

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werththätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pf. exkl. Bestellgeld.

Ges. Redaktion:

Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die 5spaltige Zeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinzelt 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 20. März.

In der Kosmopolis, der jüngsten und bedeutendsten internationalen Revue, gelangt ein beachtenswerter Artikel des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Dr. Th. Barth über Kaiser Wilhelm II. und die Sozialdemokratie zur Veröffentlichung. Es ist selbstverständlich, daß wir die Ansicht Barths über die innere Wandlung unserer Partei nicht teilen, auch sonst nicht immer mit seinen Ausführungen Hand in Hand gehen. Nichtsdestoweniger zeugt der Artikel von so hervorragendem politischen Verständnis, daß wir ihn im Auszuge wiedergeben.

Der Artikel setzt an mit der Entlassung des Fürsten Bismarck. Sie war das Werk der Sozialdemokratie ebenso wie die des Grafen Caprivi. „In einem wesentlichen Punkte lag die Sache bei dem Sturze des Grafen Caprivi allerdings ganz anders, als bei dem Sturze des Fürsten Bismarck. Der letztere fiel, weil der Kaiser im Frühjahr 1890 über Repressivgesetze gegen die Sozialdemokratie etwa so dachte, wie Graf Caprivi im Herbst 1894; und der erstere fiel, weil der Kaiser im Herbst 1894 über Repressivgesetze gegen die Sozialdemokratie etwa so dachte, wie Fürst Bismarck im Frühjahr 1890. Damit ist die Wandlung in den Anschauungen des jetzigen deutschen Kaisers deutlich genug zum Ausdruck gebracht.“ Diese Wandlung in den Anschauungen des Kaisers führt Barth auf die Einsicht zurück, daß die sogenannte Arbeiterschutzeschöpfung der Sozialdemokratie nicht nur keinen Abbruch getan, sondern sie vielmehr noch verstärkt hat.

„Es scheint danach gegenüber dieser Partei der Liebe Mühe umsonst zu sein, und das hat ohne Zweifel viel dazu beigetragen, den sozialen Reformeifer der achtziger und ersten neunziger Jahre abzukühlen. Es gehört in den oberen Schichten der Gesellschaft gegenwärtig schon nicht mehr zum guten Ton, für Sozialreform zu schwärmen; immer lebhafter dagegen plädiert man dort dafür, die Sozialdemokratie, die sich nicht bekehren lassen will, nach Möglichkeit zu knebeln, und bei dieser Gelegenheit auch gleich dem früher gehätschelten Pastoren- und Professorensozialismus das Lebenslicht wieder auszublauen. Der Großindustrielle Freiherr von Stumm, Mitglied des Reichstags und persona gratissima beim Kaiser, ist der Peter von Amiens dieses neuen Kriegszugs. Der Einfluß dieses energischen Fanatikers, der im vorigen Winter sogar durch eine Herausforderung des Rathesozialisten Professor Adolf Wagner zum Duell die Lösung der sozialen Frage zu fördern beunahmt war, ist nicht zu unterschätzen.“

Es folgt der Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie, im Anschluß an den Trinkspruch des Kaisers im September 1894 zu Königsberg das Umsturzesgesetz, das unter der Wucht der parlamentarischen Kritik völlig zusammenbrach. Ungefähr ein Jahr nach der Königsberger Rede erfolgten die Kundgebungen des Kaisers gegen die Sozialdemokratie aus Anlaß der patriotischen Septembertage. „Es schien zunächst, als ob diese Kundgebungen des Kaisers, wie die Königsberger Rede im Jahre vorher, eine neue Umsturzcampagne eröffnen würden. Einige, als besondere Sozialistenfreier bekannte Publizisten stießen auch ins Horn, aber das Echo der öffentlichen Meinung blieb aus, und von einem neuen Umsturzesgesetz war sehr bald keine Rede mehr. Dagegen hagelte es plötzlich Preßprozesse. Sozialistische Redakteure wurden früh morgens aus den Betten geholt und verhaftet, weil sie verdächtig seien, Majestätsbeleidigungen begangen zu haben, und in kürzester Frist waren von den verschiedensten Gerichten Deutschlands sozialdemokratische Schriftsteller wegen begangener Majestätsbeleidigung zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt. Auch der größte Teil der nichtsozialdemokratischen Bevölkerung sah diesen Verfolgungen mit wachsendem Unbehagen zu, und das Besondere erregte seinen Höhepunkt, als der bekannte Führer der Sozialdemokratie, der Reichstagsabgeordnete Liebknecht, wegen einer bei Eröffnung des sozialdemokratischen Parteitages anfangs Oktober in Breslau gehaltenen Rede angeklagt und wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Das Verdict nahm als erwiesen an, daß Herr Liebknecht mit den intrinseken Redewendungen keine Majestätsbeleidigung habe begehen wollen, er habe jedoch ein Auditorium vor sich gehabt, von dem er hätte annehmen müssen, daß darunter manche Personen seien, die eine Majestätsbeleidigung aus gewissen Redewendungen herauszöhen würden. Es liege somit ein dulus eventualis vor. Dafür vier Monate Gefängnis. Ob das Reichsgericht dieser Auffassung in der Revisionsinstanz beitreten wird, steht noch dahin. Die Wirkung dieser richterlichen Argumentation auf das große Publikum war verblüffend. Dem auf diese Gründe hin Verurteilten kam begreiflicherweise auch aus anderen als sozialdemokratischen Kreisen ein lebhaftes Mitgefühl entgegen, und der an sich schon nicht geringe Widerwille gegen den mit Majestätsbeleidigungsprozessen geführten Feldzug gegen die Sozialdemokratie fand reiche Nahrung. Man mochte kriminalistisch über diese Prozesse denken, wie man wollte, politisch war dieser Kampf mit Majestätsbeleidigungsanklagen das denkbar Ungeheuerste, was die

Gegner der Sozialdemokratie thun konnten. Daß auch die Begeisterung des Volks für die so geschätzte Monarchie nicht wuchs, braucht kaum hervorgehoben zu werden.

Politisch besonders bedenklich erschien es obendrein, daß diese zahlreichen Majestätsbeleidigungsprozesse ohne Ausnahme aus Verwahrungen gegen die heftigen Neußerungen des Kaisers über die Sozialdemokratie erwachsen waren. Dem einfachen Volke stellten sich die Vorgänge somit als eine Art Wortwechsel zwischen dem Kaiser und der Sozialdemokratie dar. Man sah den Träger der deutschen Kaiserkrone also unmittelbar im Kampf mit einer politischen Partei, was gegen alle konstitutionellen Theorien, die man bisher über nicht absolutistische Monarchien in sich aufgenommen hatte, zu verstößen schien.“

Barth sieht auch als Folge dieses Feldzuges der Gerichte gegen die Sozialdemokratie nur eine Stärkung der sozialdemokratischen Partei.

„Wo man sich bei den herrschenden Klassen in Deutschland des vornehmlich politischen Charakters der neueren sozialistischen Bewegung bewußt geworden ist, da ist man vielfach nur um so eifriger bemüht, das rote Gespenst in seiner ganzen kollektivistischen Scheußlichkeit herauszubeschwören, damit der ruhige Bürger das den Mächtigen so nützliche Gruseln vor der Sozialdemokratie nicht verliere. Aber es wird immer schwieriger, diese Tradition aufrecht zu erhalten.“ „Aus gleichen Ursachen ist auch die wiederholte Aufforderung des Kaisers, sich gegen die Sozialdemokratie zu ermannen, in der Bevölkerung ohne ein rechtes Echo geblieben. Der frühere Abscheu fehlt. Selbst der Philister glaubt nicht mehr daran, daß die Sozialdemokraten „bloß teilen“ und die Weibergemeinschaft einführen wollen. Dagegen passiert es immer öfter, daß politisch unzufriedene Elemente, für welche der Sozialismus an sich durchaus keine Anziehungskraft besitzt, ihren oppositionellen Gelüsten dadurch Ausdruck geben, daß sie bei Wahlen für sozialdemokratische Kandidaten eintreten. Die große Schaar der politisch Unzufriedenen bildet so eine wachsende Klientel der Sozialdemokratie, die in ihrem Auftreten weniger Rücksicht zu nehmen braucht, als jede andere Partei, und die an politischem Radikalismus auch die weitgehendsten Ansprüche zu befriedigen vermag. Damit erklärt sich auch das riesige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen.“

„Die Sozialdemokratie ist in Deutschland zu stark geworden, als daß sie mit Gewaltmitteln zu überwinden wäre. Selbst wenn man im Wege eines Staatsstreiches das allgemeine Wahlrecht beseitigen und die Preßfreiheit

Seuilleton.

Manuskript verboten.

Mein Onkel Benjamin.

Von Claude Tillier.

Deutsch bearbeitet von Lubwig Pfau.

„Weiß Sie, sagte Benjamin zu meiner Großmutter, als sie sich auf der Straße befanden, daß ich lieber den Herrn Mingit heiraten möchte, als meine Tochter.“

„Man muß nur das wollen, was man kann, und alles was man kann, muß man wollen, antwortete meine Großmutter trocken.“

„Aber — über — gieb acht auf den Esel und stoß ihn nicht mit deinem Degen, wie diesen Morgen, das ist alles, was ich von dir verlange.“

„Sie trübt mit mir, tenere Schwester? Ich möchte doch wissen warum.“

„Nun denn! so will ich dir's sagen: weil du zu viel getrunken hast, zu viel disputiert, und weil du kein Wort mit Jungfer Arabella gesprochen hast. Jetzt laß mich in Ruh.“

VII.

Wie mein Onkel einen Marquis kufte.

Folgenden Sonnabend schlief mein Onkel in Corvol. Am nächsten Morgen zog man mit Sonnenaufgang aus. Herr Mingit war von all seinen Leuten und von mehreren Freunden, worunter der Amtsbroder Jata, begleitet. Es

war einer jener prächtigen Tage, wie sie der finstere Winter, einem Kerkermeister ähnlich der lächelt, von Zeit zu Zeit der Erde beschert. Der Februar schien vom Monat April seine Sonne entlehnt zu haben; der Himmel war klar und ein südlicher Wind erfüllte die Atmosphäre mit lauer, weicher Luft; der Fluß rauchte von weitem zwischen den Weiden; der weiße Reif des Morgens hing in Tröpfchen an den Zweigen der Büsche; die kleinen Schäfer sangen zum erstenmal des Jahres in den Wiesen, und die Wasser, von der Wärme der Sonne aufgeweckt, kamen das Gebirge herab und plätscherten am Fuße der Felsen.

Herr Jata, sagte mein Onkel, Welch schöner Tag! Sollen wir den zwischen dem nassen Gestäude des Holzes verbringen?

Das ist nicht meine Meinung, Kollega, antwortete dieser. Wenn Sie mit mir kommen wollen, zeh' ich Ihnen ein Kind mit vier Köpfen, das ich in einem Glas habe. Herr Mingit bietet mir hundert Thaler dafür.

Sie würden wohl daran thun, es ihm abzulassen, sagte mein Onkel, und das Glas mit Kirchengelb zu füllen.

Da er indessen gute Weine hatte und Barzy von da nur zwei Meilen entfernt war, entschloß er sich, dem Amtsbroder zu folgen. Sie verließen demgemäß, Jata und er, den Haufen der Jäger, schlugen einen Seitenweg ein, der sich in die Wiesen verlor, und befanden sich bald Saint-Pierre du Mont gegenüber. Saint-Pierre du Mont aber ist ein breiter Hügel, auf dem Wege von Clamecy nach Barzy gelegen. Sein Fuß ist von Wiesen umkleidet und von Quellen durchrieselt, sein Gipfel jedoch ist nackt und kahle. Er sieht aus wie ein großer Erdhaufen von einem riesigen Maulwurfs mitten in der Ebene emporgehöhlet. Auf seinem abgehaarten, rühdigen Schädel sträubte sich drümmel das Ueberbleibsel eines Feudalschlusses, das

heutzutage einem zierlichen Landhause Platz gemacht hat, in welchem ein Viehmäher wohnt; denn so werden, durch einen unmerklichen Umwandlungsprozeß, die Werke des Menschen wie die der Natur zerlegt und ersetzt.

Der Herr dieses alten Edelhofes war ein gewisser Marquis Rambyses. Herr von Rambyses war groß, breit, grobknöchig und hatte die Stärke eines Mieses. Man hätte gesagt, eine alte Rüstung aus Fleisch gemacht. Dabei war er von gewaltthätigem Charakter, aufbrausend, empfindlich über alle Massen, unfähig irgend einen Widerspruch zu ertragen und von einem Hochmute, der bis zur Ueberheißung ging. Natürlich hatte er einen Adelsparren und bildete sich ein, die Rambysesische seien das Prachtwerk der Schöpfung.

Er war eine Zeilang Offizier bei den Musketieren, ich weiß nicht von welcher Farbe, gewesen; aber es war ihm unbehaglich bei Hofe: sein Wille sah sich da erdrückt, sein Jähzorn konnte sich nicht Luft machen und er selber ging unter in der Staubwolke von Junkern, die sich schillernd und wirbelnd um den Thron drehten. Er war auf seine Güter zurückgekehrt und lebte daselbst als kleiner Monarch. Die Zeit hatte die alten Privilegien des Adels, eines um das andere, davongetragen; aber er hatte sie theilsächlich bewahrt und übte sie aus in ihrem ganzen Umfang. Er war noch absoluter Herr und Meister, nicht nur auf seinen Domänen, sondern auch im ganzen umliegenden Lande. Zu einem wahren Feudalherrn fehlte ihm nichts als der alte Mundschild. Er prügelte die Bauern, nahm ihnen ihre Weiber, wenn diese hübsch waren, brach in ihre Felder mit seinen Meuten, trat ihre Ernten mit den Füßen seiner Knechte zu Boden und verübte an den Bürgern, die sich in Umkreise seines Berges von ihm betreffen ließen, tausend Blacereien.

Er machte in Despotismus und Gewaltthat aus Laune,

auf ein Minimum reduzieren würde, so ließen sich die zum politischen Selbstbewußtsein erwachten Arbeitermassen auf die Dauer nicht wieder entmündigen. Dieselben werden sich ihren Anteil an der politischen Macht sichern. Der Kaiser ist nicht stark genug, das zu verhindern. Deutschland ist ein Militärstaat, und der oberste Kriegsherr, der Kaiser, hat eine ungeheure Macht, aber absolutistisch ist Deutschland nicht mehr zu regieren. Der deutliche Beweis dafür ist die wachsende Bedeutung der Sozialdemokratie."

Politische Uebersicht.

In der Börsekommission haben die Agrarier und ihre Helfershelfer gestern eine nachdrückliche Niederlage erlitten. Die Börsekommission hat sich aufgerafft und das Verbot des Terminhandels in Roggengut und Getreide als undurchführbar abgewiesen. Wir verweisen auf den ausführlichen Bericht der gestrigen Sitzung in der heutigen Nummer.

Aus London wird uns von unserem T-Korrespondenten unterm 18. März über die parlamentarische Situation geschrieben: Ich muß gestehen, ich hoffe unsere Diplomaten; mit wenigen Ausnahmen sind es Erzhumbugs, und ich denke, sie wissen es, so schrieb General Gordon in seinem Tagebuch, 23. Okt. 1884, wenige Wochen vor seinem Tode in Khartum. Etwas von dieser Humbuggerei, ja sehr viel, zeigten die Vorgänge gestern im Oberhaus, wo Lord Salisbury, hochmütig und verächtlich, wie seine Natur ist, die von Lord Cromer an ihn gesandten Depeschen als zu unwichtig darstellte, als daß sie den Lords vorgelesen werden sollten, während sein Unterstaatssekretär Curzon sie im Unterhaus als die höchste Wichtigkeit zumahnte. Aber Lord Salisbury ist eben ein Diplomat, in der Atmosphäre der Bittgenossigkeit und Verflechtung aufgewachsen, die er für Schamlosigkeit und Verliebtheit hält. Keiner glaubt hier, daß man bei Klatsch stehen bleiben wird, obgleich klimatistische Rücksichten während der heißen Jahreszeit einen weiteren Vormarsch, besonders für weiße Truppen, bis Dongola unmöglich machen. Klimatistische Rücksichten werden ebenfalls dafür geltend gemacht, daß die von englischen Offizieren besetzten ägyptischen Truppen nicht von Suakin aus den von den Derwischen bedrängten Italienern in Kassala zu Hilfe kommen, was doch viel näher wäre, als dieser Wüstenmarsch nach Dongola, der nur Khartum und Dindurman zum Endziel haben kann, die ungefähr unter demselben Breitengrad liegen wie Kassala.

Die Rede des Sir W. Hicks-Beach, des Schatzkanzlers, hat der Agitation für Doppelwährung das Licht ausgeblasen. Es war ein gar bewegliches Schauspiel. Neben ihm auf der einen Seite sah Herr A. J. Balfour, der für Bimetallismus akademisch schwärmt; auf der anderen Seite der Agrarier Chaplin, der von Doppelwährung und Schutzzöllen das Heil des Staates voraussagt. Und gewissermaßen in ihre Ohren lönte die Erklärung des Schatzkanzlers, daß die Regierung, deren Mitglieder Balfour und Chaplin sind, nicht daran denkt, von der Goldwährung abzuweichen. Nach dieser autoritativen Erklärung waren die Reden des Sir John Lubbock und des Sir W. Harcourt überflüssig und es blieb dem Gegner der Whitehead'schen Motion, Maclean, nichts übrig, als sein Amendement zurückziehen. Denn die unbeanstandete Annahme der Motion Whitehead war nach der Erklärung des Schatzkanzlers ein harmloser Scherz.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

B. Berlin, 19. März. In fünfstündiger Sitzung wurde heute zunächst der Marineetat erledigt. Herr Eugen Richter hielt eine längere Rede, in der er aus finanziellen Gründen die Neuforderungen für Schiffbauten bekämpfte. Seine Worte waren aber in den Wind gesprochen, denn durch die Mithilfe des Centrums war die Bewilligung der neuen Kriegsschiffe, die, wenn sie fertig sind, den Steuerzahlern 138 Millionen gekostet haben werden, von vornherein gesichert. Dem Marineetat folgte der Etat des allgemeinen Pensionsfonds. Die süddeutsche Volkspartei verlangte in einer Resolution die Verminderung der Offizierspensionierungen: es soll vor allem kein Offizier deshalb seinen Abschied nehmen müssen, weil er im Avancement übergegangen ist. Abg. Gaußmann begründet die Resolution auf Grund von Material, das ihm viele verabschiedete Offiziere selbst geliefert hatten. Als Vertreter des Kriegsministeriums antwortete ihm Generalmajor von Spitz ganz im Geiste und in der Manier

seines hohen Chefs. Er verhöhnte den Abgeordneten wegen seiner angeblichen Unkenntnis in militärischen Dingen. Herr Gaußmann blieb ihm zwar die Antwort nicht schuldig, aber die Resolution wurde gegen die Stimmen der freisinnigen Gruppen und unserer Genossen abgelehnt. Beim Etat der Reichsschuld regte Genosse Singer wie im Vorjahre die Herabsetzung des Zinsfußes der Reichsanleihe auf 3% an, was für die Steuerzahler eine jährliche Ersparnis von 8 1/2 Millionen bedeuten würde. Nach der Erklärung des Reichsschatzsekretärs, der die Schuld auf Miquel zu schieben schien, steht die Konvertierung nicht in baldiger Aussicht. Die Debatte wird morgen fortgesetzt werden.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

s. Gießen, 19. März. Wegen Majestätsbeleidigung war im Januar die Ehefrau des Arbeiters Pöber von der Strafammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Frau beteuerte fortwährend ihre Unschuld und behauptete damals, daß ihre Angeberin, eine Restaurateursfrau Krögenburger, mit der sie in Feindschaft lebe, aus Nachsicht gehandelt habe. Die Verurteilte betrieb das Wiederaufnahmeverfahren und zwar mit Erfolg. Sie präsentierte einen neuen Zeugen, der beschworen wolle, daß sie die Majestätsbeleidigung nicht begangen habe. In der heutigen Verhandlung wurde festgestellt, daß die verurteilte Arbeiterfrau seither völlig unbescholtener, die Denunziantin dagegen schon n. a. wegen Diebstahls vorbestraft sei. Da die früheren Belastungszeugen heute bei ihren Aussagen lügelten, der neue Entlastungszeuge aber in der Voruntersuchung das Gegenteil der Aussagen jener Zeugen beschwor, wurde er nach der heutigen Verhandlung als meineidsschuldig verhaftet. Die Frau erhielt ihre drei Monate Gefängnis. Fiat justitia!

Manheim, 18. März. Der Liegenschaftsagent Johann Reineri wurde wegen Beleidigung des Großherzogs zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Reineri hatte sich nach der Frankfurter Zeitung in Verbindung mit dem Falle Hammerstein über Anpanageverhältnisse und deutsche Fürsten geäußert. Der mit ihm verbandene Wölkelsbinder Schönberger hatte diese im Wirtshaus gefallenem Bemerkungen notiert und sofort der Staatsanwaltschaft angezeigt. Der Fall beweist wieder, daß der Majestätsbeleidigungsparagraph vielfach der Befriedigung persönlicher Rache dienen muß.

* Berlin, 20. März. Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Donnerstag zunächst in dritter Lesung die Novelle zum Pensionsgesetz und wandte sich dann dem Gesetzentwurf zu, der die Richtergehälter und die Ernennung der Gerichtsassessoren zu regeln bestimmt ist. Die Vorlage ist nicht ohne Wichtigkeit, aber das Haus war herzlich schlecht besetzt. Die einschneidendste Bestimmung des Gesetzes besteht darin, daß in Zukunft aus dem Kreise der Referendare, die die große Staatsprüfung bestanden haben, nur die zum Richteramt „geeigneten“ Kräfte zu Gerichtsassessoren ernannt werden. Was man in Preußen unter „geeigneten“ Kräften versteht, braucht nicht weiter erläutert zu werden; es ist klar, daß es der Regierung durch diese Bestimmung noch bequemer als bisher gemacht wird, alle mißliebigen Elemente vom Richteramt fern zu halten. In seiner einstündigen Begründung verurteilte der Justizminister die in der Presse erhobenen Bedenken gegen das Gesetz zu zerstreuen, seine Gründe waren aber durchaus nicht überzeugend. Die Redner des Centrums, der Nationalliberalen, der Polen und der Freisinnigen wandten sich mit großer Schärfe gegen das Gesetz, das nur in den Konservativen Dr. Pfaffing und Schettler warme Fürsprecher fand. Die Vorlage wurde schließlich an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen, in der sie hoffentlich begraben bleibt, denn in ihrer jetzigen Gestalt hat sie keine Aussicht auf Annahme.

Die Nachricht der Liberalen Korrespondenz, der Gesetzentwurf über die Organisation des Handwerks sei dem Staatsministerium zugegangen, ist nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung verfrüht. Dieser Entwurf kann gar nicht spät genug kommen, denn er ist sicher wieder für den Papientorb gemacht.

Der Direktor im Reichsamt des Innern v. Woedtke, ist zum stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten für das Königreich Preußen ernannt worden.

Der reichsamtliche bediente Hamb. Korr. meldet lakonisch: In der vorgestrigen Sitzung des Staatsministeriums ist nicht Graf Poladovsky, sondern der Finanzminister Dr. Miquel unterlegen. Der Beschluß der Budgetkommission wegen Verwendung der Ueberschüsse wird im Anschluß an den Etat durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Von dieser Niederlage

wird sich Miquel bald erholt haben. Etwas fährt er im Schilde.

Zur Charakteristik vom Ligenpeters erzählt man in parlamentarischen Kreisen nachfolgendes Vorkommnis. Dr. Peters gab ein Festmahl und hatte dazu auch den Kolonialdirektor Dr. Kayser und seine Gattin eingeladen. Diese Einladungen ließ er nach den Verhandlungen im Reichstage durch einen Diener wieder abholen mit dem Bemerkten, sie seien irrtümlicherweise abgegeben worden. Die offiziöse Presse weist jetzt auch scharf die Lügen und Widersprüche des schon längst dem Staatsanwalt Verfallenen nach.

Der Reichstag giebt sich morgen, ehe er in die Ostern geht, ein Festmahl zur Belohnung für den fleißigen Besuch der Mitglieder. Bei diesem Festessen werden mit Ausnahme der sozialdemokratischen Fraktion so ziemlich alle Mitglieder mitessen und mit trinken, auch die, die während der bisherigen Tagung zur gesetzgebenden Arbeit keine oder sehr wenig Zeit gefunden haben. Der Anlaß zum Bankett ist die 25jährige Erinnerungsfest an die erste Reichstagsitzung. Die Abgeordneten erscheinen in Grad mit weißer Binde. Für Droschkeln zur nächsten Heimfahrt ist gesorgt.

Das Lehrerbildungsgesetz ist von der Kommission des Abgeordnetenhauses in zweiter Lesung mit 16 gegen 5 Stimmen angenommen worden. Außerdem nahm die Kommission noch folgende, von konservativer Seite eingebrachte Resolution an: Die königliche Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage baldmöglichst ein auf konfessioneller und christlicher Grundlage beruhendes Volksschulgesetz vorzulegen.

Die deutschen Bimetallisten hufen zurück. Infolge der Erklärungen Balfours und Hicksbeachs im englischen Unterhaus haben nach der Frankfurter Zeitung unsere Bimetallisten beschlossen, ihre gleichlautenden im Reichstage und Abgeordnetenhause eingebrachten Anträge zurückzuziehen.

Der Parteitag der Christlich-Sozialen für den Norden und Osten des Reichs findet am Mittwoch den 8. April in Berlin statt. Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: 1. Die sozialpolitische Lage. 2. Die christlich-sozialen Aufgaben in der städtischen Bevölkerung. 3. Die christlich-sozialen Aufgaben auf dem Lande.

Der Landtag in Braunschweig genehmigte nach zweitägiger Beratung einstimmig die grundlegenden Paragraphen des neuen Einkommensteuergesetzes, nachdem Staatsminister Dr. Otto eine den Landtag befriedigende Erklärung über die Weiterführung der Steuerreform abgegeben hatte. An Opposition aus dem Lager der Bauern hatte es nicht gefehlt.

Die Einigung der Handwerker, die in München ihre Centralstelle haben, mit denen, deren Organisation in Berlin ihre Spitze hat, ist nach langer Zeit endlich erfolgt. Die Allg. D. Handwerkerz. bringt in ihrer letzten Nummer zur Kenntnis der Bundesmitglieder, daß zwischen dem Centralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands zu Berlin und dem Allgemeinen deutschen Handwerkerbunde zu München ein Ausgleich der bisher bestandenen persönlichen Differenzen auf Grund gegenseitig bindender Abmachungen erzielt und der Erlaß einer Bekanntmachung vereinbart worden ist. Die Einigkeit wird bei den auseinandergehenden Interessen des Handwerkerstandes keine nachhaltige und dauernde sein.

Bayerische Beamte wollen nicht in die überseeische Kolonialverwaltung eintreten; ihnen fehlt der richtig-preussische Affectiositätszucht. Wie der Frankf. Zeitung aus München gemeldet wird, soll man vor einiger Zeit von Berlin aus dort angefragt haben, ob die bayerische Regierung nicht einen Beamten für die überseeische Kolonialverwaltung vorschlagen könne. Die Regierung habe dann bei den Bezirksämtern umgefragt, es habe sich aber kein Beamter gezeigt, nach Afrika zu gehen. Die Bayern sind bei aller Großheit doch Menschen mit Mut und Herz, während die schneidig brutaler und kalten Preußen grausam und frech sind.

Frankreich.

Zur Dongola-Expedition.

Paris, 18. März. Die energische Stellung, die die Regierung gegenüber der Dongola-Expedition eingenommen hat, findet in parlamentarischen Kreisen, wie in der Presse allgemeine Billigung. Selbst die heftigsten Gegner des Kabinetts sind entzückt über die kategorischen Verwahrungen, die Bartholomäus, Minister des Inneren, in seiner Unterredung mit dem englischen Gesandten, Lord Dufferin, gegen die Expedition eingeleget hat. Sämtliche Presseorgane ohne Ausnahme erklären den englischen Vorschlag nach Dongola für ein durchsichtiges Manöver, darauf berechnet, die so oft versprochene Räumung Aegyptens auf

zum Zeitvertreib, und hauptsächlich aus Eigenliebe. Um die hervorragende Person des Landes zu sein, hatte er sich zur bösesten gemacht. Er wußte den Leuten auf keine bessere Art zu beweisen, daß er ein Mensch höherer Sorte sei, als indem er sie unterdrückte. Er war, den Umfang abgerechnet, wie der Floh, der seine Gegenwart zwischen unseren Leintüchern nicht anders bemerklich machen kann, als indem er uns sticht. Obwohl er reich war, hatte er Gläubiger. Aber es war ein Ehrenpunkt für ihn, sie nicht zu bezahlen. So groß war der Schrecken seines Namens, daß man keinen Gerichtsboten im Lande gefunden hätte, um ihn vorzuladen. Ein einziger, Papa Ballivet, hatte gewagt, ihm einen Ladungszettel zu eigenen Händen zu übergeben, aber er hatte sein Leben dabei riskiert. Ehre sei ihm daher, dem Papa Ballivet, königlichem Gerichtsboten, der seine Vorladungen um die ganze Welt trug und noch zwei Meilen weiter, wie die schlimmen Wigbolds des Ortes sagten, um den Ruhm dieses großen Gerichtsboten zu schmälern.

Dieser aber war auf folgende Weise verfahren: Er hatte seinen Zettel in ein Duzend perfid versegelter Papiere gewickelt und ihn dem Herrn von Rambyes als ein vom Schlosse von Vilaine kommendes Packet überreicht. Während der Marquis die Vorladung entwickelte, hatte er sich in aller Stille aus dem Staube gemacht, war zum großen Thor hinausgewechselt und hatte sein Pferd zwischen die Beine genommen, das er an einen Baum in der Nähe des Schlosses gebunden. Nachdem der Marquis von dem Inhalte des Packets Kenntnis genommen, war er außer sich, von einem Gerichtsboten überlistet worden zu sein, und befohl seinen Bedienten, denselben einzuholen; aber Papa Ballivet war bereits außerhalb ihres Bereichs und verhöhnte sie mit einer Gebärde, die ich hier nicht wiedergeben kann.

Uebrigens drückte Herr von Rambyes seine Flinte kaum weniger bereitwillig auf einen Bauern ab als auf einen Fuchs. Er hatte schon zwei oder drei zugerichtet, welche man im Orte die Krüppel des Herrn von Rambyes nannte, und mehrere Honoratioren von Clamecy waren Opfer seiner schlechten Späße geworden. Obwohl er noch nicht alt war, so hatte das Leben dieses ehrenwerten Edelmannes genug blutige Schalkstreiche für zwei lebenslängliche Galeerensträflinge aufzuweisen. Aber seine Familie war wohlgehalten bei Hofe, und der Einfluß seiner adeligen Väter schätzte ihn vor aller Verfolgung. Auch nimmt ja jeder sein Vergnügen, wo er es findet. Der gute König Ludwig der Fünfte wollte nicht, daß — während er in Versailles sich so trefflich erlusterte, während er den Edelenten seines Hofes Feste gab — seine Edelente der Provinz sich langweilen auf ihren Gütern; es wäre ihm sehr zu Herzen gegangen, wenn sie nicht hinlänglich Bauern zu prägen und Städter zu pladen gehabt hätten. Ludwig, genannt der Vielgeliebte, hielt darauf, die Liebe zu verdienen, welche ihm seine Untertanen zuerkannt hatten. So galt es denn für ausgemacht, daß der Marquis von Rambyes unverlethlich sei wie ein konstitutioneller König, und daß für ihn weder Justiz noch Polizei existiere.

Benjamin war stets bereit, gegen Herrn von Rambyes loszugehen; er nannte ihn den Gessler der Umgegend; und oft äußerte er den Wunsch, diesem Menschen einmal gegenüber zu stehen. Sein Verlangen wurde nur zu bald befriedigt, wie wir folgen sehen werden.

Herr Mathery, wandte sich der Amtsbürokrater zu ihm, indem er ihn am Kermel zog, es ist nicht gut sein in der Nähe dieses Schlosses, das muß ich Ihnen sagen.

Wie! auch Sie, Herr Fata, auch Sie haben Angst vor einem Marquis?

Sie wissen ja, Herr Mathery, daß ich ein Arzt mit Perücke bin.

So sind sie alle, rief mein Onkel aus, indem er seinem gerechten Unwillen freien Lauf ließ, sie sind dreihundert Bürgerliche gegen einen Adligen und leiden, daß ihnen ein Adliger über den Bauch marschiere.

Was wollen Sie machen, Herr Mathery, gegen die Gewalt?

Aber ihr habt sie ja, die Gewalt, ihr Glenden! Ihr gleicht dem Ophen, der sich von einem Rinde aus seiner grünen Wiese ins Schlachthaus führen läßt. Oh! das Volk ist feig, es ist feig! ich sag' es mit bitterem Kummer, wie eine Mutter sagt, daß ihr Kind ein schlechtes Pferd habe. Stets überläßt es dem Hentler die, welche sie für seine Sache opfert, und wenn es an einem Stricke fehlt, um sie zu hängen, so liefert es den Strick. Zweitausend Jahre sind über die Asche der Grachen weggegangen, siebzehnhundert und fünfzig Jahre über das Hochgericht Christi, und es ist immer daselbe Volk. Es hat manchmal Missethäter, es speit Feuer aus Maul und Nase; aber die Sklaverei ist sein Normalzustand, auf den es jedesmal zurückkommt, wie ein gezähmter Stimpel immer in seinem Käfig zurückkehrt. Ihr seht den Stehbach vorüberrollen, den ein plötzliches Gewitter aufschwellt, und ihr haltet ihn für einen Strom. Am nächsten Tage kommt ihr wieder und findet nichts mehr als ein zaghaftes Wasserläin, das sich unterm Krautwerk seiner Ufer versteckt und von dessen Hochgang nichts übrig blieb als einige Strohhalm am Gezwieg der Bäche. Es ist stark, wenn es will; aber nehm' euch in acht, seine Stärke dauert nur einen Augenblick. Die, welche sich auf das Volk stützen, bauen ihr Haus auf die Eisfläche des Sees.

(Fortsetzung folgt.)

den Sanft-Nimmerleinstag hinauszuschieben. Auch wird geltend gemacht, daß England nicht berechtigt sei, ohne Zustimmung der übrigen fünf Mächte, die die ägyptische Schuld garantiert haben, die Expedition auf Kosten der ägyptischen Staatskasse zu organisieren. Das alles zeigt hinlänglich, daß man diesmal in Frankreich entschlossen ist, die englische Aktion zu durchkreuzen. Die internationale Stellung Frankreichs hat sich eben seit dem Anfang der achtziger Jahre, wo es die Besetzung Ägyptens durch England zulassen mußte, durch und durch verändert. Die Mitwirkung Russlands ist ihm in diesem Falle um so sicherer, als diese Macht von jeher und überall in einem scharfen Interessengegensatz zu England steht. In dieser Beziehung fällt die Bedeutung der gestrigen — wohlgerneht, offiziös bekannt gemachten — Audienz des russischen Gesandten bei Verhelot in die Augen. Und Deutschland? Bielsch wird hier die Erwartung ausgesprochen, daß die deutsche Regierung sich wiederum, wie im japanisch-chinesischen Kriege, auf Seiten — des Zweibundes schlagen werde. — Die offizielle Mitteilung an die Presse über die Unterredung Verhelots mit Lord Dufferin wurde in der Kammer während der Sitzung bekannt. Sofort wurde von zwei verschiedenen Seiten eine Anfrage bzw. eine Interpellation über die Stellung der Regierung gegenüber der Dongola-Expedition eingebracht. Die Kammer wird sich also nächstens über die Angelegenheit auszusprechen haben. In welchem Sinne sie das thun wird, kann nicht mehr zweifelhaft sein.

Die Erhebung des Volkschaffers Herbetts in Berlin durch einen Präfekten ist nunmehr beschlossene Thatsache, kommt jedoch erst dann zur Ausführung, wenn das Kabinett die gegenwärtigen politischen Stürme, besonders die Debatte betreffs des Einkommensteuergesetzes, überlebt hat.

In der französischen Deputiertenkammer gelangte am Donnerstag der Bericht der Budgetkommission über die Einkommensteuervorlage zur Verhandlung. Wie berichtet, lehnte die Kommission den Gesetzentwurf scharf ab. Es ist kaum anzunehmen, daß im Laufe sich eine Mehrheit für die Vorlage findet. Daraufhin sind mehrere Tagesordnungen eingebracht worden. Bourgeois hielt es im Interesse der Erhaltung des gegenwärtigen Ministeriums für geraten, auf der Vorlage nicht länger zu bestehen, und schlägt die Tagesordnung vor, die den Grundlag der Einkommensteuer überhaupt betont. Ob sich dafür eine Majorität in der Kammer ergibt, ist jedoch auch noch fraglich. Doch glaubt man nicht, daß die Lage für das Ministerium wegen dieser Frage kritisch werden könnte.

Loulou. 19. März. Der Korrekionsgerichtshof wies den Direktor der Glasfabriken in Carmaux, Messaguer, mit seinem Antrage ab, den Deputierten Fauros und diejenigen Blätter, die die Streikenden unterstützen, zur Zahlung eines Schadenersatzes nebst Zinsen zu verurteilen. Es wäre auch schlimm gewesen, wenn durch eine andere Entscheidung das Streikrecht der Arbeiter illusorisch gemacht worden wäre.

Italien.

Rom, 20. März. Die Nachricht der Times vom Falle Kassala wird als unbegründet bezeichnet. Major Salsa, welcher aus dem Lager Menelik zurückgekehrt ist, berichtet, daß letzterer geneigt sei, sofort den Frieden abzuschließen, falls Italien auf die Provinz Tigre verzichte. Menelik sei wegen der Mahdisten benrubigt und habe zugesichert, dieselben, nach Friedensschluß mit Italien, anzugreifen.

Dänemark.

Kopenhagen, 17. März. Die Landarbeiter rühren sich. Der Gutsherr Peter Jensen auf Egebjerg kündigte seinen Arbeitern Entlassung an, falls sie sich nicht aus ihrer Organisation abmelde. Sämtliche Arbeiter weigerten sich, dem Anfinnen Folge zu leisten und legten die Arbeit nieder. Nach Verlauf von 14 Tagen mußte der schneidige Herr sie alle wieder einstellen, ihren Tagelohn um 25 Prozent erhöhen und das Versprechen abgeben, nie wieder die Mitglieder der Organisation schikanieren zu wollen. Trotz dieses Fiaskos hat der Herr Jensen von Overgaard, Hofjägermeister Arenstorf, einen ähnlichen Vorstoß unternommen. Die Gasse dieses Herrn ist übergelaufen, weil seine Arbeiter eine Erhöhung ihres Tagelohns um 15 Dore (17 Pfg.) verlangten. Durch Herabsetzung ihres Fachvereins will er sich jetzt auf ewige Zeiten gegen so unerhörte Ansprüche schützen. Der jetzige Lohn beträgt im Winter 60 Dore (67 Pfg.) und im Sommer 1 Krone (1.12 M.) täglich. Unter diesen Umständen begreift es sich, daß der schwerreiche Hofjägermeister von den „gesellschaftlichen“ Organisationen nichts wissen will. Den Ausgang des Konflikts werden wir seiner Zeit mitteilen.

Großbritannien.

Gavelock Wilsons Prozeß. — Finanzaussichten. London, 18. März. Es ist sehr zu beklagen, daß Gavelock Wilson, der Abgeordnete für Middleborough, der Sekretär des vom Heber-Bund zu Grunde gerichteten Gewervereins der Matrosen und Schiffsheizer im Unterhaus gar wenig Gehör gefunden hat. Am letzten Sonnabend kam sein gegen die Wortführer der Freiarbeiter-Liga wegen Ehrbeleidigung geführter Prozeß zu Ende. Diese Herren hatten ihn der Fälschung der Rechnungen seines Gewervereins und sonstiger ehrlöser Handlungen angeklagt; da sie sich weigerten, für ihre Anschuldigungen und Verleumdungen Belege vorzubringen, lehnte es Wilson ab, als Zeuge sich verhalten zu lassen, und die Geschworenen gaben daraufhin zu seinen Gunsten einen Wahrspruch ab; aber die Entschädigung, die ihm zugesprochen wurde, war ein Farthing = 2/10 Pfennige. Daraufhin bezichtigte die St. James Gazette den Abgeordneten der Lüge, und Wilson, brachte die Angelegenheit vor das Parlament, als privilegierte Sache, indem er sich erbot, die Anschuldigungen von einem Ausschuss des Unterhauses untersuchen zu lassen. Das Unterhaus nahm aber, unter der Leitung des Sprechers Gully, von der Sache keinerlei Notiz.

Es verlautet, daß trotz des kostspieligen Marineprogramms der Schatzkanzler auf einen Ueberschuß von rund 60 Millionen Mark rechnet, die er im Sudan los werden dürfte.

Ein Vierbund?

Das Daily Chronicle fordert Lord Salisbury auf, offen und klar dem Unterhaus mitzuteilen, ob England auf die wirksame Unterstützung der Dreibundmächte in der ägyptischen Frage zählen zu können hoffen dürfe, und ob wirklich eine Vierbund zu stande gekommen sei, an dessen Spitze England stehe.

Das Termingeschäft vor der Börsenkommission in der zweiten Lesung (§ 47).

S. Berlin, 19. März.

1. Das Verbot des Börsenterminhandels in Bergwerks- und Industriepapieren.

Staatsminister von Berlepsch teilt mit, daß nach eingezogenen Erkundigungen ein Teil der Interessenten für, ein Teil gegen das Verbot des Terminhandels in Industriepapieren sei. Dafür sei der Bergmännische Verein in Essen, dagegen mit großer Mehrheit der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein und der Niederrheinische Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen. Er glaube persönlich, daß ein Teil mindestens der Industriepapier dem Termine entzogen werden müsse und halte es darum für besser, ein Verbot nicht in das Gesetz aufzunehmen, sondern dem Bundesrat entsprechende Vollmachten zu erteilen.

Im gleichen Sinne spricht Staatssekretär v. Boetticher. Graf Arnim vertritt das Verbot dieses Termingeschäfts unter Bezugnahme auf das Vorgehen Oesterreichs. Das Auf und Ab der Terminpapiere rege die Arbeiter auf.

Handelsminister v. Berlepsch: Ein großer Teil oder vielleicht alle Industriepapier und Bergwerkaktien seien seines Erachtens dem Termingeschäft zu entziehen. Die Thatsache, daß das Auf und Ab der Kurse die Arbeiter anrege, werde auch ohne Termingeschäfte bestehen bleiben. Dies Auf und Ab zeige sich auch z. B. in Kalkaktien bei Werken, wo man nicht einmal fündig geworden sei.

Der bayerische Bundesratsbevollmächtigte von Stengel schlägt sich diesen Ausführungen an.

Graf Kanitz: Man könne so über die Nützlichkeit der Ausnahme solcher Einzelvorschriften streiten. Für ihn sei es abschlaggebend, daß die Ultimospesulanten durch ihre Kenntnis der Verhältnisse, die sie durch ihre amtliche Stellung erlangten, den Markt abschöpften und das Publikum schädigten. Aus Börsenkreisen, nicht aber aus bergmännischen Kreisen seien Beschwerden gegen das Verbot gekommen.

Gesheimrat Bermuth: Diese Ausnähmung durch die Spekulation sei nicht bedingt durch das Termingeschäft.

Abg. Paasche: Wenn der Bundesrat die Mehrzahl der Papiere aus dem Termingeschäfte ausschalten wolle, so könne das Verbot auch im Gesetze festgelegt werden. Von Papieren des Essener Reviers, das gegen das Termingeschäft sei, würden allein 4 oder 5 in Berlin auf Termin gehandelt. Zum internationalen Zahlungsausgleich hätte man die Konfols z. Eine Spekulation ohne Mittel werde gerade durch das Zeitgeschäft gefördert.

Staatssekretär v. Boetticher: Es erscheine ihm der Ausschluß gewisser Effekten in der Kommission deshalb bedenklich, weil man ja die wirtschaftlichen Momente jetzt noch nicht alle berechnen könne.

Reichsbankpräsident Koch: Das Spiel gerade in westfälischen Bergwerkspapieren sei deshalb entstanden, um die großen Preisschwankungen etwas auszugleichen. Der Begriff Fabrik sei so allgemein, daß er im Gesetz nicht verwertbar sei. Man gebe dem Bundesrat die Befugnisse; das sei die beste Lösung.

Abg. Müller-Fulda berichtet von einem Protest aus Bergwerksinteressentenkreisen gegen das Termingeschäftsverbot. Die Abschlüsse der auf Termin gehandelten Bergwerkspapiere würden nicht geheimgehalten. Er habe Vertrauen zum Bundesrat.

Die Abgg. Graf Arnim und Dr. Hahn sprachen für den Beschluß der ersten Lesung. Der Terminhandel in Fonds, so führt Dr. Hahn aus, stehe im Dienste der Arbitrage, der Zahlungsausgleichungen, und sei wirtschaftlich gerechtfertigt. Anders aber stehe es mit den Bergwerks- und Industrie-Aktien. Zur Ausnähmung dieser Termingeschäfte hätten sich für diesen ausbrüchlichen Zweck an der Berliner Börse eigene Spuditate gebildet. Das Publikum müsse von den Ultimospesulationen ferngehalten werden; die Verdienste der Großbanken (Diskontogesellschaft, Deutsche Bank, deren Archiv früher unter Leitung des Herrn Hahn stand) kämen zum großen Teil aus den Ultimospesulationen der dadurch zum schwerste geschädigten breiten Schichten des Publikums. Man solle der eigenen Einsicht vertrauen, obwohl er als guter Patriot dem Bundesrat ein hohes Vertrauen schenke.

Abg. von Strombeck ist für das Verbot. Der Terminhandel in Bergwerkspapieren wird mit 14 gegen 6 Stimmen unterzagt. Ebenso der Terminhandel in Fabrikunternehmungen mit 14 gegen 6 Stimmen.

Der Absatz 2 des § 47 lautet also: Der Börsenterminhandel in Aktien von Bergwerks- und Fabrikunternehmungen ist untersagt. Der Börsenterminhandel in Aktien von anderen Erwerbsgesellschaften kann zc.

2. Das Verbot des Rammzugtermingeschäftes.

Direktor im Reichsamt des Innern Nothe: Er habe nicht die Aufgabe, den Rammzugterminhandel zu verteidigen. Aber die Sache sei nicht spröde. Es sei nicht richtig, daß keine starken Gegengründe zu Gunsten des Terminhandels bestünden. Die Terminfreunde seien auch keine Feldherren ohne Arme. Die Statistik der Spinnereivereinigung mit dem langen Namen gegen den Termin sei Interessentenstatistik, die auf mathematische Exaktheit nicht Anspruch erheben könne. Unter den Rammgarnspinnern sei das Verhältnis der Terminfreunde zu den Termingegnern wie 3 : 4. Von den 1 1/2 Millionen Spindeln der Termingegner waren einige Hunderttausende in der Schweiz, in Rußland und Oesterreich. 2 250 000 Spindeln hätten die Terminfreunde. Eine große Anzahl Weber seien für den Termin, es sei also nicht richtig, daß die Sache von den Interessenten schon endgültig entschieden sei. Das Verbot des Rammzugtermins aus dem Handgelenk sei bedenklich. Die Arbitrage, die Ausgleichung der Preisschwankungen, die Herr Hahn so treffend empfohlen habe, werde dann beseitigt. Man ließe das einzige Kampfmittel, durch das bessere internationale Zustände geschaffen werden könnten, aus der Hand, verböte man das Termingeschäft. Die Verhältnisse in der Textil-, speziell in der Rammgarnindustrie seien in keiner Weise, die Situation sei vielmehr erfreulich, auch die Aussichten für die nächsten Jahre seien günstig; die Textilindustrie sei in aufsteigender Richtung, deshalb wären Termingegner von ehemals Terminfreunde geworden. Man habe dem Termingeschäft zugehoben, was vielmehr auf das Konto der Mc Kinley-Bill u. s. w. zu setzen wäre. Bei einem plötzlichen Verbot des Terminhandels würde eine Depoute, ein Preissturz eintreten. Er empfehle, schon um die ruhige Entwicklung nicht zu fördern, die Regierungsvorlage. Der sächsische Vertreter Graf Hohenthal: Die sächsische Regierung sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Ramm-

zugterminhandel überwiegend schädlich sei. In Interessentenkreisen sei jedoch in neuerer Zeit ein Umschwung zu Gunsten des Termingeschäfts eingetreten. Sächsische Handelskammern hätten sich dahin geäußert, ein plötzliches Verbot könnte mehr Nachteile als Vorteile im Gefolge haben. Er schloße sich den Ausführungen des Direktors Nothe an. Die Sache sei jetzt nicht mehr so dringend, er ersuche im Auftrage seiner Regierung, das Verbot wieder aufzuheben und die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Abg. Gamp spricht für das Verbot. Man solle keinen ganz plötzlichen Schritt machen, eine Uebergangszeit eintreten lassen, höchstens von ein bis zwei Jahren. Die Sache sei geklärt. Werde das Termingeschäft nicht verboten, so erfolge ein Terminmarkt in Berlin, und der Leipziger Markt verschwinde. Der Export sei 1894 zurückgegangen. Interessenten, die in vierzehn Tagen ihre Ansicht wechselten, seien nicht als Autoritäten ins Gewicht; diese Interessenten hätten „keine Spur von Uhnung“ vom Wesen des Termingeschäfts. Die Beweisführung des Unterstaatssekretärs ergebe, daß die Vertreter der Regierungen sich für den Rammzugterminhandel ausgesprochen haben. In Frankreich sei eine starke Bewegung gegen das Rammzugtermingeschäft. Die deutschen Industriellen würden beim Verbot des Termingeschäfts nicht nach Antwerpen gehen.

Ein Antrag Paasche-Blade fordert als Zusatz: Das Verbot tritt ein Jahr nach Erlass des Gesetzes in Kraft.

Der bayerische Bevollmächtigte v. Stengel: Auf das Für und Wider gehe er nicht ein. Ein einseitiges Verbot erziele nur, daß der Sitz des Terminhandels nach dem Auslande getrieben werde; so denke seine Regierung. Er hätte gedacht, als er die Resolution Gamp gelesen, der Abg. Gamp werde heute für, nicht gegen das Termingeschäft stimmen. Ein einseitiges Verbot würde das eventuelle internationale Vorgehen unmöglich machen. Gamps Vergleich des Terminhandels mit den Spielbanken sei unzutreffend. Wenn der Terminhandel wirklich so schädlich wäre, dann hätte Deutschland das größte Interesse daran, daß er auch im Auslande beseitigt werde. Er habe den Eindruck gewonnen, daß nur ein Mangel an Vertrauen zum Bundesrat die Kommissionmehrheit zum Verbot gedrängt habe. Aber der Bundesrat habe hier die äußerste Dillgentia (Sorgfalt) gezeigt. 1895 hätten dem Bundesrat eine Reihe Eingaben gegen, eine für den Terminhandel dieser Art vorgelegen. Der Bundesrat hätte keine gefühlliche Handhaben zum Eingriff gehabt. Er hätte die Eingabe von der Schwelle weisen oder sie bis auf weiteres lagern lassen können. Er habe aber den Reichskanzler um Erhebungen erucht; eine Konferenz habe im Oktober 1895 getagt, das Material sei den Regierungen zur Prüfung unterbreitet. Es sei also doch besser, daß der Reichstag erst diese Prüfung abwartet, ehe er beschließe. Die Sache habe schon dank dem Geschäftsgang auch in Bayern gar keine Eile; die Geschäfte der bayerischen Rammgarnspinnereien seien 1895 glänzend gewesen; es bestehe keine Gefahr im Verzuge. Er ersuche die Kommission dringend, jetzt nicht einen so einschneidenden Beschluß zu fassen und die Regierungsvorlage anzunehmen.

Der hannoversche Bevollmächtigte Mügmann spricht sich im gleichen Sinne aus. Die Rhebererien seien durch den Terminhandel gefördert worden. Auf Grund von Petitionen, deren Wichtigkeit die letzte Zeit sehr stark erschüttert hätte, dürfe man nicht verdröhen. Die Frage sei fällig, ein Verbot schädigte große berechnete Interessen. Man solle sich vor solch einem Heberstriche hüten.

Der sächsische Bevollmächtigte Graf Hohenthal: Der sächsische Vertreter, Gesheimrat Nocher, habe ausgeführt, daß die sächsische Regierung 1890 allerdings das Termingeschäft verboten hätte, wenn sie gefühlliche Handhaben gehabt hätte. Damals hätten die Verhältnisse klar gelegen, die Spinner seien dagegen gewesen. Jetzt sei es anders; in den Interessentenkreisen der Spinner seien terminfreundliche Ansichten laut geworden. Seine Regierung sei gegen das gefühlliche Verbot. Er glaube, daß seine Regierung im Bundesrats Anträge auf Beseitigung des Termingeschäfts stellen werde, und er hoffe, daß sie Unterstützung fänden. Er ersuche um die Annahme der Regierungsvorlage.

Abg. Müller-Fulda spricht ausführlich gegen das Verbot und führt für seine Darlegungen ein reiches Material an. Wie steht es um die nollebenden Rammgarnspinnereien? Die Fabrik Schwarz in Wülhausen i. Elb. (deren Chef vor einiger Zeit von einem entlassenen Arbeiter erdolcht worden ist) habe im letzten Jahre 1344000 Mt., 67 Proz. ihres Aktienkapitals verdient. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Abg. Schoenlant erklärt, daß er diesen Antrag eingebracht und um so eher auf das Wort verzichtet habe, da die Ausführungen der Regierungsvertreter weitere Argumentationen gegen das Verbot erbrügten.

Das Verbot des Rammzugtermingeschäftes, das in der ersten Lesung beschlossen war, wird mit 11 (Centrum, Sozialdemokraten und Freisinnige stimmen geschlossen) gegen 9 Stimmen abgelehnt, der Beschluß der ersten Lesung also angefochten.

- Die Resolution Gamp
- a) Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit denjenigen Staaten, in denen ein börsenmäßiger Terminhandel in Rammzug und anderen Fabrikaten der Textilindustrie besteht, wegen Unterzagung dieses Handels in Verhandlungen zu treten und über das Ergebnis derselben dem Reichstage Mitteilungen zu machen.
 - b) Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß in den statistischen Jahrbüchern für das deutsche Reich alljährlich Mitteilungen über die an den einzelnen deutschen Börsen zur Einführung gelangten Wertpapiere mit Zeichnung der Einführungsfirma, des Einführungskurses sowie des Betrages und der Art dieser Wertpapiere zur Veröffentlichung gelangen.

3. Das Verbot des Termingeschäfts in Getreide.

Abg. Graf Kanitz schlägt Verzicht auf jede Diskussion hierüber vor; er werde sich nicht beteiligen, da er im Reichstage die Sache doch werde zur Sprache bringen.

Abg. Müller-Fulda spricht gegen das Verbot. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Abg. Blade erklärt, daß er und seine Freunde in der Kommission (Paasche, Graf Oriola) auch in der 2. Lesung für das Verbot seien, ohne dadurch die Entschlüsse ihrer Fraktion festzulegen.

Das Verbot des börsenmäßigen Termingeschäftes in Getreide, das in der ersten Lesung beschlossen war, wird mit 11 gegen 10 Stimmen aufgehoben.

Gamp stimmte für Aufhebung.

Hierzu zwei Beilagen.

Sonnabend den 21. März abends 7/9 Uhr
Oeffentliche Versammlung
 der in
Buchbinderereien

der Papier- u. Ledergalanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen
 im Restaurant **Johannisthal, Hospitalstraße 22.**
 Tagesordnung: 1. Die Macht der Konzentration in Bezug zu den verschiedenen Berufen. 2. Stellungnahme zum 2. Gewerkschaftskongress, eventuell Wahl eines Delegierten. 3. Gewerkschaftliches.
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Einberufer.

Buchbinder-Fachverein

(Arbeiter und Arbeiterinnen).
 Sonnabend den 21. März abends 7/9 Uhr
Vereins-Versammlung
 im Restaurant **W. Spiess, Fiebursgasse**
 (in sämtlichen Partieräumen).
 Tagesordnung: 1. Die Geschichte der Erde, erläutert durch Kalligraphien vom Genossen **Daube**. 2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
 Zu diesem interessanten Vortrag sind die Mitglieder mit ihren Frauen sowie Gäste freundlich eingeladen.
 Der Vorstand.

Achtung!! Achtung!!
Textil-Arbeiter.

Sonnabend den 21. März abends 7/9 Uhr
Große öffentliche
Textilarbeiter u. Arbeiterinnen-Versammlung
 in der **Gesellschaftshalle zu Lindenau.**
 Tagesordnung: 1. Bericht vom Gewerkschaftskongress und Neuwahl eines Delegierten. 2. Der deutsche Textilarbeiter-Kongress und Wahl eines Delegierten. 3. Gründung eines Unterstützungsfonds. 4. Der Streik der Textilarbeiter in Kottbus. 5. Gewerkschaftliches und Diskussion.
 Faschinenmacher, Wirker, Webler, Färber, Spinner und sämtliche Hilfsarbeiter werden hiermit zu regem Besuch eingeladen.
 Keiner veräume seine Pflicht.
 Der Einberufer.

Achtung, Schmiede!

Sonnabend den 21. März abends 7/9 Uhr
Oeffentliche Versammlung
 in der **Flora, Windmühlenstraße.**
 Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zur Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes. 2. Bericht vom Gewerkschaftskongress und Neuwahl des Delegierten. 3. Gewerkschaftliches.
 Fragebogen sind mitzubringen.
 Der Vorstand.

Verein der Steinsetzer
 und Berufsgenossen.

Morgen Sonnabend den 21. März abends 8 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: Vortrag des Genossen **Mich. Lipinski** über: Die Organisationskämpfe der Handwerksgehilfen. 2. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Bauhandarbeiter.

Sonntag den 22. März vormittags 11 1/2 Uhr
Oeffentliche Versammlung
 im **Universitätskeller, Ritterstraße 7.**
 Tagesordnung: Was sollen die Gewerkschaften sein, Unterstützungs- oder Kampforganisationen? Referent: Genosse **Klinga**. Der Vertrauensmann.

Konsumverein L.-Eutritzsch
 und Umgegend.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).
 Sonntag den 22. März nachmittags 3 Uhr
Ordentliche

General-Versammlung
 im **Gasthof zur goldenen Krone, Mödern.**

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht der nach § 51 des Genossenschaftsgesetzes erfolgten Revision. 3. Beschlußfassung über Erziehung einer Geschäftsstelle in Schöneburg. 4. Antrag Schindler: Bericht der Kommission, Erwerbung eines Grundstücks betr. 5. Verschiedenes.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 Der Vorstand. S. S. Schefel, Karl Hermann.

Arbeiter-Bildungs-Verein
Groitzsch und Umgeg.

Sonntag den 22. März abends 7/9 Uhr
Versammlung
 im **Alten Schützenhause.**

Tagesordnung: 1. Zahlen der Monatsbeiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag über: Die Entwicklung der christlichen Religion. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten.
 Zahlreiches Erscheinen wünscht
 NH. Gäste sind willkommen.
 Der Vorstand.

Arbeiterverein Leipzig.

Sonnabend, 21. März, abends 9 Uhr:
 1. (Leipzig, Georgenstr. 20, 2. Hof I.) Diskussion u. Redebeiträge. — Gesangsstunde (Männerchor).
 2. (L. Connewitz, Zum Gambinus, Salze Str.) Diskussion.
 3. (L. Gohlis, Restaurant zur Nachtigall, Untere Georgstr.) Diskussion und Redebeiträge.
 4. (L. Reinsdorf, Bürgergarten.) Diskussion.
 5. (L. Ritzsch, Albertgarten, Zwietaun-dorfer Str.) Diskussion.
 Sonntag, 22. März, abends 8 Uhr:
 1. (Leipzig, Georgenstr. 20, 2. Hof I.) Letzte Versammlung im alten Lokale. Vortrag von Herrn **Ed. Stelger**: Kulturaufgaben des Arbeitervereins. Nachdem gefälliges Beisammensein in der Stadt Altenburg.
 2. (L. Lindenau, Erholung Algenstr.) Nachm. 5 Uhr gefälliges Beisammensein in der Stadt Altenburg.
 3. (L. Thonberg, Gasthof Reurendln, Südlicher Straße.) Diskussion.
 4. (L. Gohlis, Restaurant Schmidt, Marienstr. 9.) Vortrag von Herrn **Hammer**: Die Parteien im deutschen Reichstag.
 Sonntag, 22. März, vorm. 11 1/2 Uhr im 1. Vereinslokal **Turners-Gymn.** und Abrechnung des Turnjahres.
 Donnerstag, 26. März, abends 8 1/2 Uhr Vortrag über die Elektrizität und ihre Anwendung.

9. Abteilung.

Sonntag, 22. März, vormittags 11 1/2 Uhr
Turner-Besprechung.
 Alle diejenigen, welche sich am Turnen beteiligen wollen, werden hierzu eingeladen.
 Deutschthälische Gemeinde (Freirelig.).
 Sonntag, 22. März, früh 10 1/2 U. 1. Bürger-schule: Erbauung. Prediger **Wienor**.

Arbeiterver. Stötteritz.

Sonnabend den 21. März
Abteilung für Naturheilkunde
 im **Deutschen Haus.**

Arbeiterverein Vorwärts
Schönefeld.

Sonnabend, 21. März, abends 9 Uhr
 Mitgliederversammlung b. **Elmört.**
 Tagesordnung:
 1. Vortrag: Märzereinerungen;
 2. Sängers- u. Turnereinheiten betr.;
 3. Wie betreiben wir für den Arb.-Verein die zweckmäßigste Agitation?
 4. Anträge u. Verschiedenes.
 Die Mitglieder werden gebeten, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Arbeiterverein Wahren u. Umg.

Sonnabend, 21. März, abends 9 Uhr
 Vortrag über: Die Entfaltung u. Entwicklung der Erde. Ref. Herr **Witte**. Gäste willkommen. D. S.

Arbeiter-Verein
Böhlitz-Ehrenberg.

Sonnabend den 21. März
 Vortrag von **Max Jacobsen**
 über:
 Erziehung zum Menschen. D. V.

Arbeiterverein
Großschöcher-Windorf.

Morgen abend 7/9 Uhr
 im **Trompeter**
 Diskussion.
 Da wichtige Punkte zur Erleuchtung kommen, ist es notwendig, daß sämtliche Mitglieder pünktlich anwesend sind.
 Der Vorstand.

Gemeinnütziger Verein
Oetzsch.

Sonnabend, 21. März, abends 9 Uhr
Versammlung.
 Vortrag des Herrn **Abt** über **Gerhard Hauptmanns Florian Geyer**.

Moltkebrücke, Moltkestr. 5.

Freunde und Genossen, vergeht den faulsten Richard nicht.
 Der Vorstand.

Restaurations
Zum Feldschlösschen

Fellerhausen, Edlitzstr. 9
 bringt seine freundlichen Lokalitäten Freunden u. Genossen in gef. Erinnerung. Gute Küche, ff. Biere sowie jeden Sonnabend **Schweinschmalz**.
 Hochachtungsvoll **Georg Bauer**.

Münzgasse 7.

Sonnabend den 21. März
Grosses Schweinschmalzen.

Verpfunde

morgen Sonnabend 2 Schweine, Fleisch Pfd. 55, fr. Wurst 60 Pf. Lindenau, GutsMuthsstr. 19, 1. Laden.
 Fr. Rinds, Schweine, Schafsen und Kalbfleisch sowie gute hausl. Wurst empf. Marktstraße 41, Galerie 121.

Sonntag früh nach [2481]
Radfahrer. Pegau, Altes Schützenhaus,
 Abfahrt 7 1/2 Uhr bei **Witte, Reiter Str.**

Achtung, Stuckateure!

Sonntag den 22. März vormittags 11 1/2 Uhr
Oeffentliche Versammlung
 bei **Spiess, Fiebursgasse.**
 Tagesordnung: 1. Bericht vom Gewerkschaftskongress und Neuwahl der Delegierten. 2. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 3. Wahl des Vertrauensmannes und Gründung eines Unterstützungsfonds. 4. Gewerkschaftliches.
 Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen nötig.
 Der Einberufer.

Sonntag den 22. März 1896
Glaser. Gr. Abendunterhaltung

bestehend in [2461]
 Gesangs-Konzert und komischen Vorträgen
 im grossen Saale der **Flora, Windmühlenstrasse.**
 Eintritt an der Kasse 25 Pf. Anfang 6 Uhr.
 Kollegen und Freunde ladet ein
 Der Vorstand.

Gemeinde-Verein Paunsdorf.

Sonntag den 22. März feiert der Verein sein
19jähriges Stiftungsfest
 bestehend in Konzert und Gesang, sowie heiteren und ernsten Vorträgen. Außerdem ist es dem Vorstand gelungen, Herrn **Redakteur Ad. Thiele** als Festredner zu gewinnen. Das Fest findet im **Alten Gasthof** statt. Programme sind bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben.
 Der Vorstand.

Restaurant z. vollen Krug

43 Reichsstrasse 43
 empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten allen Freunden und Bekannten zur gef. Benützung.
 Sonnabend und Sonntag
Grosses Bandonion-Konzert.
 Es ladet ergebenst ein [2422] **August Zehle**.

Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.

Empfehle kräftigen **Gemüse-Mittagstisch**, à Portion 40 Pf.
Restaurant z. Gambinus, Kreuzstrasse 48.
 Bringt meine Lokalitäten in freundl. Erinnerung (großes Gesellschaftszimmer). **Guten Kräft. Mittagstisch.** Kaffee und warme Speisen. Hochfeines **Bayerisch u. Lagerbier**. Ergebenst **Hermann Schönhäuser**.

Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr. 52

empfehle seine freundlichen Lokalitäten, Speisen und Getränke hochfein. Sonnabends **Schweinschmalzen**. Sonntag **Speckfische**.
Vereinsszimmer noch für einige Tage frei.

L-Plagwitz, Restaurant und Café National, Karl Heine-Strasse 71.

Halle meine Lokalitäten sowie **Vereinsszimmer** bestens empfohlen. Verschiedene Tageszeitungen liegen aus, darunter **Wohlfahrt, Reich, Novosti u. Rasjel**. Bier u. Speisen v. bekannt. Wirt. Sonntag früh **Speckfische**. **Wirtungsvoll Karl Müller**.

Stötteritz, Deutsches Haus.

Sonnabend den 21. und Sonntag den 22. März **Grosses Konzert** von den **Oberbayerischen Alpenjüngern D. Oberländer**. 4 Dirnln. 3 Violin. Hierzu ladet ergebenst ein [2429] **Karl Reuter**.

Gebr. Rockmann

Jrsh.: **Gottfr. Kühne**.
Chausseestr. 51 L. Neudnitz Chausseestr. 51
 gegenüber Meubn. Depot. gegenüber Meubn. Depot

Mode-Magazin

Herren- u. Knaben-Garderoben
 empfehlen in bekannt **grossartiger Auswahl** zu wirklich **erkannlich billigen Preisen:**

Anzüge aus prima Cheviot, Bique, Tricot und glatt englisch in blau, schwarz und braun von 17 1/2 - 33 Wrt.
Anzüge aus modernsten hell u. mittelfarbigem Sommerstoff in prachtvoller Musterwahl von 12 1/2 - 19 Wrt.
Anzüge aus pa. Qual., hoch aparte Verarbeitung, Jackett Ivelsig u. lang. Vagon u. im Rücken halbweit von 20 - 33 Wrt.
Anzüge aus prima Kammgarn und Cheviotbeige, hell, mittel- und dunkelgrau und braun von 22 - 35 Wrt.

Sommer-Ueberzieher aus pa. feinfarbigem Satin, Kammgarn u. Cheviotbeige in denkbar modernst. Farben von 9 1/2 - 30 Wrt.
Beinkleider in den apartesten Mustern u. Stoffen von 3 1/2 - 12 Wrt.
Bayer. u. tirol. Loden Havelock, gar. wasserdicht, von 12 - 25 1/2 Wrt. Joppen von 5 - 11 1/2 Wrt.

Stadtfahrer-Anzüge in großer Auswahl außerordentlich billig.
Knaben-Anzüge für das Alter von 2-8 Jahren von 2 1/2 Wrt. an bis zu den hoch apartesten Modellsingeln.
Knaben-Anzüge für das Alter von 9-14 Jahren von 5 1/2 - 15 Wrt.

Jünglings-Anzüge bis zu den Herren-Mäßen von 8 - 22 Wrt.
Arbeits-Garderoben für jeden Beruf zu billigsten Fabrikpreisen.
Anfertigung feinst. Herrengarderoben nach Maß in eigener Werkstatt bei peinlich gewissenhafter Lieferung zu außerordentlich billigen Preisen. [2449]

Reichstag.

14. Sitzung vom 19. März 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, v. Marschall, Gollmann.

Die Veranlagung der einmaligen Ausgaben des Marine-Etats wird fortgesetzt.

Abg. Richter (fr. Vp.): Der Staatssekretär v. Marschall hat gestern beiläufig zu begründen versucht die Intervention in Ostasien, bei der sich die deutsche Regierung der französischen und russischen angeschlossen hat. Diese Erklärung war mehr geeignet, Fragen aufzuwerfen, als die Angelegenheit abzuschließen. Das deutsche Interesse sollte bedingen, daß nicht Japan einseitig die Oberherrschafft über China erlangt. Es konkurriert aber in Ostasien auch Rußland, und gerade die Stellung Rußlands erfordert eine Stärkung durch die Eröffnung der sibirischen Eisenbahn, welche die Führung russischer Kruppen nach Sibirien gestattet. Eine weitere Stärkung ist die Einräumung eines eisernen Hafens. Die Stärkung Rußlands ist für die Gleichberechtigung anderer europäischer Interessen gefährlicher als die Meinberechtigung Japans. Wir haben keine anderen Interessen als England und Nordamerika. Diese beiden Länder haben es aber nicht als ihren Interessen entsprechend erachtet, sich an der Intervention zu beteiligen. Von dem Vortheil der Intervention ist bisher nichts zu Tage getreten. Ich will mich eines abschließenden Urtheiles enthalten, denn wir wissen immer noch viel zu wenig von den dortigen Verhältnissen.

Ueber die Stellung des Marineministers hat der Staatssekretär seine Erklärung aus der Budgetkommission etwas ausführlicher wiederholt, daß sich nämlich der Chef des Marineministeriums seiner Kontrolle entziehe, da er der Bureauchef des Monarchen für die Marine-Angelegenheiten sei. Dieser Vergleich mit einer mehr subalternen Stellung ist doch nicht zutreffend. Der Chef des Marineministeriums hat Vorträge zu halten nicht bloß in Kommandos, sondern auch in Verwaltungsangelegenheiten. Es ist doch bedenklich, daß eine Persönlichkeit, die selbst nicht verantwortlich ist und einer verantwortlichen Stellung nicht untergeordnet ist, Vorträge hält über Reichsangelegenheiten. Das verträgt sich doch mit konstitutionellen Verhältnissen nicht. (Zustimmung im Centrum.) Dieses Marineministerium besteht erst einige Jahre, es hat ein Seitenstück im Militär- und Zivilkabinett. Das preussische Zivilkabinett ist dem preussischen Staatsministerium untergeordnet. Wenn ich Gefahren erblicke in dieser Stellung des Marineministers, so sind das keine Gefahren. Denn die Stellung des Marineministers hat schon sehr verhängnisvoll auf die Regierung in Preußen eingewirkt. Es liegt in dieser Stellung die Möglichkeit, sich zu emancipiren von der Leitung des Reichstages. Nachtheilige Folgen sind in den letzten Jahren hervorgetreten. Der Militärkonflikt würde sich nicht so zugespielt haben, wenn der damalige Chef des Marineministeriums, v. Mantensfel, sich nicht in einer solchen unabhängigen Stellung befunden hätte. Deshalb haben wir alle Ursache, die Verhältnisse scharf im Auge zu behalten.

Die gestrige Rede des Herrn v. Bennigsen bewogte sich in Allgemeinheiten, die wenig zur Begründung des Etats beitragen. Man konnte auf den Gedanken kommen; als ob wir am Vorabend einer neuen Flottenaktion ständen, als ob wir unterliegen müßten unter den Schuß anderer Mächte, als ob Düneamark wieder unsere Rüste blockiren könnte. Wenn auch Verbel die Nothwendigkeit einer Flotte leugnen wollte, wir haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir eine ausreichende Flotte neben einer starken Landarmee für nothwendig halten. Es fragt sich nur, in welchem Umfange die Flotte einzurichten ist, um ihre Zwecke zu erfüllen und unbeschadet der anderen Ausgaben des Reichs. Unter den Ministern v. Stosch und v. Caprivi haben die Marineforderungen niemals zu ausregenden Debatten Anlaß gegeben. Als von der Marine als von einer „heißgeliebten Flotte“ gesprochen wurde, da mußte man darauf achten, daß die heiße Liebe nicht erkaltete für alle anderen Zweige der Reichsverwaltung. Herr v. Marschall sprach vom Stillstand, der den Rückschritt bedeutet; als ob wir stille gestanden hätten! Sind doch niemals so große Aufwendungen für die Marine gemacht worden als in den letzten sieben Jahren. Es sind im Extraordinarium über 300 Millionen Mark aufgewendet. (Hört, hört! im Centrum.) Die Zahl der Schiffe ist von 79 auf 91 gestiegen, wobei die Torpedoflotte weit gerechnet ist. Die einzelnen Schiffe sind durchschnittlich weit stärker als die früheren Schiffe. Die Zahl der Pferdekräfte ist um 80 pCt., die Stärke der Mannschaften um mehr als ein Drittel gestiegen. Die Ersatzbauten sind größtentheils größer und stärker ausgefallen, als man ursprünglich beabsichtigte. Die Ersatzbauten sollen nicht eingestellt, aber es muß Maß und Ziel gehalten werden. Die ersten Raten sind gering, aber die großen Summen kommen erst später nach; die Etats nach 1897 werden jetzt schon mit 84 Millionen Mark belastet für weitere Raten, und was wird dazu kommen an neuen Raten!

Herr Freyer will von neuen Steuern und Anleihen nichts wissen. Wie sollen denn aber solche Ausgaben gedeckt werden? Selbst diejenigen, welche für die neue Militärvorlage gestimmt haben, sagten, sie dürfe sich nicht wiederholen. Die Deckung solcher Ausgaben müsse erst geschafft sein, ehe man die Ausgaben bewillige. Diese Gefahr der Bewilligung der Ausgaben ohne Deckung liegt hier nahe. 200 Millionen sind demnach noch erforderlich für die Kasernierung des Heeres; ganz abgesehen von den großen Kosten der Uebungsplätze und der Lazarethe, und sonstigen Einrichtungen. Dazu kommen die Ausgaben für die warme Abendkost der Soldaten. Diese Finanzlage gestattet nicht ein Engagement in dem Umfange, wie es die ersten Raten verlangen. Dazu kommen aber noch die weiteren Pläne. Ich spreche nicht von den Chauvinisten, sondern von dem, was Herr Marschall angedeutet hat. Seine allgemeinen Erklärungen sind nicht befriedigend, sie können alles decken. Es handelt sich um Pläne, die in absehbarer Zeit in Erfüllung gehen sollen. Ob die Agitation hier schon eine Wirkung gehabt haben, ist schwer festzustellen; aber darüber läßt sich nicht streiten: Je leichter der Reichstag die Bewilligung vornimmt, desto mehr wird der Glaube erweckt, daß man auf dem Wege des Chauvinismus schon weiter kommt. Von einer melancholischen Auffassung hat auch 1888 Herr v. Caprivi in bezug auf einen Artikel der „Nötkischen Zeitung“ gesprochen und wenige Monate später hatte sich der Artikel zur Militärvorlage verdrückt. So etwas macht vorläufig. In breiten Volkstreffen ist der Chauvinismus nicht vorhanden, aber wohl in den kleinen, aber mächtigen Kreisen. Vor 10 Jahren hatten wir 27 Kreuzer, jetzt nur 20; aber Kreuzer und Kreuzer ist doch ein Unterschied; die Zahl der Pferdekräfte hat sich von 52 auf 83 000 gehoben. (Hört! links.) Wenn die auswärtigen Stationen nicht besetzt werden können, so liegt das daran, daß man die großen Panzer in den heimischen Gewässern zu lange fest hält und daß wir die Kräfte auf Kolonien vertheilen, die nichts werth sind. Und welche Ansprüche stellt der Hofdienst an die Marine! (Sehr richtig links.) Nach Konstantinopel konnte kein Schiff geschickt werden, aber jetzt wird die Kaiserin

„Augusta“ im Goddienst nach dem Mittelmeer geschickt. Die wirtschaftlichen Interessen in Südamerika sind so groß, daß dafür Schiffe vorhanden sein müssen. Wenn trotzdem in jedem Jahre die Batalanzeige kommt, so will man dadurch nur den horror vacui hervorgerufen; erst wenn der letzte Kreuzer bewilligt sein wird, wird man diese Station wieder besetzen. Die Beunruhigung des Handels und der Industrie datirt nicht von dem Fehlen der Kreuzer her, sondern von den Agrariern im Inlande. Man beklagt sogar, daß der Handel zu den produktiven Ständen gehört und möchte doch ungeheure Gelder für maritime Zwecke bewilligen. Man lockert Handelsverträge und stellt es so dar, als wenn der Handel leidet durch das Fehlen von Kriegsschiffen. Wir wollen Vorfrage treffen, daß wir nicht durch die Berufung hierauf gezwungen werden zu neuen Steuern, welche Handel und Wandel mehr stören, als der Umstand, ob wir einen Kreuzer mehr oder weniger haben. (Beifall links.)

Abg. v. Leipziger (l.): Die Schiffsaliste enthält eine ganze Reihe von Schiffen, aber darunter sind viele, die den heutigen Anforderungen nicht mehr entsprechen und ersetzt werden müssen. Die neuere Technik erfordert größere und daher auch kostspieligere Schiffe. Wir müssen daher durch Qualität ersetzen, was uns an Quantität abgeht. Wenn Herr Richter die Besetzung der südamerikanischen Station für nothwendig hält, dann wird er hoffentlich einen Kreuzer bewilligen für diesen Zweck. Eine Beunruhigung des Handels und der Industrie durch die Landwirtschaft liegt nicht vor; die Landwirtschaft leidet Noth, während Handel und Industrie blüht und florirt. Das die Gerüchte über die uferlosen Pläne gerade in die Zeit der Budgetberatung fallen, bedauere auch ich. Die Stellung der Regierung ist dadurch erschwert worden. Mit den uferlosen Plänen beschäftigen wir uns nicht, solange sie nicht Körper bekommen haben in Gestalt einer Vorlage. Namens der Mehrzahl meiner Freunde kann ich aber schon heute erklären, daß ein weiteres Hinansgehen über das jetzt geforderte Maß bei uns wohl keine Gegenliebe finden wird. (Sehr richtig rechts.) Einer Denkschrift, einem Flottenplan stehen wir feindselig gegenüber, denn bisher ist noch keine Denkschrift ganz ausgeführt worden; denn die technischen Fortschritte wechseln und ebenso die Bedürfnisse des politischen Dienstes. (Sehr richtig rechts.) Ich hoffe, daß der Reichstag die Forderungen bewilligen wird und dadurch sein Einverständnis erklärt mit der friedlichen Politik des Kanzlers und damit, daß das Schwert des Reiches gefesselt gehalten wird in der Scheide. (Beifall rechts.)

Abg. Förster (Reform-V.): Ich persönlich meine, daß wir über das Maß dessen, was jetzt gefordert wird, noch etwas hinausgehen könnten. Wenn eine Vermehrung der Flotte sich als nothwendig herausstellt, so beweist das, daß unser Einfluß über die ganze Welt sich ausdehnt, daß unsere Handelsbeziehungen sich vermehren. Aber ein Vorbehalt muß gemacht werden; daß die Leistungen nicht über die Finanzkräfte des Reiches hinausgehen. Die Annullation des Staatssekretärs über die ostasiatischen Verhältnisse hat auch nicht befriedigt. Es ist mir nicht klar geworden, weshalb Deutschland sich auf die Seite Chinas stellen soll.

Abg. v. Nordhoff (Vp.): Die Marineforderungen haben wir nicht übertrieben, sondern gesund. Die Steuern sind es nicht, welche das Land drücken und Noth und Elend hervorbringen. Das liegt an einer schlechten Wirtschaftspolitik. Wir können es sehr gut verantworten, für die Ehre des Vaterlandes diese Summen zu bewilligen, trotz der Noth der Landwirtschaft, weil diese Steuersummen nicht in betracht kommen gegenüber den großen Fragen. Ich hoffe, daß der Reichstag die Forderung bewilligen wird. Es ist so hart geurtheilt worden über den Flottenenthusiasmus. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß in jener Zeit, als diese Versammlungen abgehalten wurden, jene grenzenlosen Verschimpfungen des Reiches durch die englische Presse vorlagen, welche der englischen Regierung nahe legten, die ganzen deutschen Kriegsschiffe vom Meere fortblasen zu lassen. Ich würde mich geschämt haben, wenn darauf in Deutschland nicht irgend ein Antwort erfolgt wäre. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Diskussion. Die ersten sechs Titel, welche weitere Raten für bereits früher bewilligte Schiffsbauten enthalten, werden bewilligt; ebenso die ersten Raten für Ersatz „Friedrich der Große“, für drei Kreuzer und für die sonstigen Bauten.

Bei den Kosten für den Umbau einer Anlagebrücke in Wilhelmshaven empfiehlt Abg. Jahn im Interesse der Handelschiffahrt die Verbesserung der Schleusenverhältnisse und die Beschaffung einer Dampfmaschine, um die Schiffe bei starkem Winde in den Hasen zu schleppen.

Staatssekretär Gollmann verspricht, sich bemühen zu wollen für die Erfüllung dieses Wunsches.

Die Budgetkommission beantragt, die Ausgabe für Strand- und Ankerplätze im Riel in Höhe von 10 800 M. zu streichen.

Der Berichterstatter Lieber begründet diesen Beschluß.

Staatssekretär v. Bötticher: Für dieses Jahr will ich dem Antrage der Budgetkommission nicht widersprechen.

Die Position wird abgelehnt.

Gesprochen werden soll nach dem Antrage der Budgetkommission die erste Bauvorte für ein Trockendock in Kiel in Höhe von 1 Million Mark.

Berichterstatter Lieber erklärt, daß die Kommission die Nothwendigkeit eines Trockendocks anerkenne, aber die jetzige große Ausgabe für die Marineverwaltung verhindere es, daß die Bewilligung jetzt eintritt.

Staatssekretär Gollmann spricht seine Befriedigung darüber aus, daß das Bedürfnis anerkannt werde.

Abg. Haffe (natl.) erklärt sich gegen die Streichung der Ausgabe.

Der Titel wird gegen die Stimme des Abg. Haffe unter großer Heiterkeit des Hauses abgelehnt.

Damit ist der Marine-Etat erledigt.

Es folgt der Etat des allgemeinen Pensionsfonds, wozu ein Antrag Augst u. Gen. (süddeutsche Volkspartei) vorliegt: an die Reichsregierung das Ersuchen zu stellen, auf eine Abminderung der Zahl der Offizierspensionierungen hinzuwirken und insbesondere Pensionierungen von Offizieren nicht aus dem Grunde einzutreten zu lassen, daß ein Offizier, welcher sich für seine bisherige Dienststellung als genügend befähigt erweist, für die nächst höhere Dienststellung nicht geeignet erscheint.

Abg. Hausmann (südd. Volksp.): Der Pensionsfonds wächst mit rapider Schnelligkeit an! Er ist in wenigen Jahren von 48 auf 84 Millionen M. gestiegen und die Zahl der pensionirten Offiziere hat sich nahezu um 100 pCt. vermehrt. Die Vermehrung der Pensionierungen ist eine Folge der Vermehrung der Offiziere infolge der Heeresvermehrung, ferner eine Folge der Besserstellung der Pensionäre, weil bei der Anstellung der Pensionäre im Kommunal- und Privatdienst eine Kürzung der Pension nicht mehr eintritt. Es verletzt das Rechtsgelühl des Volkes, wenn die Pensionäre neben ihrer Pension ein auskömmliches Gehalt beziehen. Es besteht auch Klage darüber, daß die Pensionierung der Militärpersonen aus unzureichenden Gründen erfolge, während die Offiziere noch vollkommen dienstfähig sind. Ein aktiver Offizier hat mir mitgeteilt, daß auch in der Armee der große Umfang der Pensi-

nirungen Anstoß erregt hat; in der bayerischen Abgeordneten-Kammer ist auch festgestellt worden, daß den Offizieren vielfach eröffnet wurde, sie würden in die nächst höhere Stelle nicht mehr aufrücken, was ein Rath zur Einreichung des Pensionsgesuches bedeute. Es sind sogar Offiziere für den Felddienst unfähig erklärt worden, die nicht nur nicht davon wußten, sondern sogar schon für ihr erwartetes Avancement eine Gesellschaft zur Feier eingeladen hatten. Die Offiziere werden dadurch veranlaßt, geschmeidig nach oben zu sein und die charaktervollen Offiziere verschwinden immer mehr. Das Beschwerderecht der Offiziere ist schlechter gestellt als das des gemeinen Soldaten. Sie sind vollständig rechtlos als das des gemeinen Soldaten. Sie sind vollständig rechtlos als das des gemeinen Soldaten in bezug auf ihre Qualifikation. Woran liegt es, daß die Offiziere sich in immer jüngeren Jahren pensioniren lassen müssen? Man will Platz schaffen für ein besseres Avancement für die viel zu große Zahl der Offiziere der anderen Klassen. Man sollte an die Stelle der Pensionanten mehr die Unteroffiziere stellen, welche doch im Kriege vielfach Offiziersdienste verrichten; warum läßt man nicht die Unteroffiziere ihre Karriere mit der Pensionierung abschließen? Ferner müßten zur Entlastung des Pensionsfonds die jungen Offiziere, welche sich offensichtlich nicht eignen für die militärische Karriere, ohne Pensionierung abgeschoben werden, damit sie sich zeitweilen in einem anderen Berufszweige betheiligen können. Die jetzige Abschließung des Offizierskorps nicht nur von der bürgerlichen Bevölkerung, sondern auch von den Unteroffizieren würde dann aufhören. Diese Abschließung ist ein Widerspruch mit der Vorstellung, daß unsere Armee ein Volk in Waffen ist. Die Kriegs-Verwaltung freilich wird sich mit einem solchen Gedanken ebenso wenig befreunden wollen, wie sie sich mit der zweijährigen Dienstzeit befreunden konnte. Aber eine solche Reform würde gleichzeitig den Interessen der Armee und des Volkes entsprechen.

Abg. v. Schöning (l.): Ich bin immer unter dem Beifall des Hauses dafür eingetreten, daß den Pensionären ihre Pension nicht gekürzt werden möge, und Herr Hausmann verlangt das Gegenteil. Dafür fehlt mir das rechte Verhältniß. Die Abschließung junger Offiziere empfiehlt der Vordredner. Zietzen wurde zweimal entlassen und ist später ein großer Reitergeneral geworden.

Generalleutnant v. Spitz: Herr Hausmann hat sich als ein so tiefer Kenner dessen, was für die Armee nöthig ist, dargeboten (Heiterkeit), daß ich ihn nicht folgen kann. Er tadelt die Wiedererneuerung invalider und halbinalider Offiziere im Kriegesfall, wo doch schließlich alles heran muß. Er verlangt die Einführung des Troupiersystems, um welches wir andere Armeen nicht beneiden. Der Vordredner wird für seine Ideen keine Anhänger finden bei denen, die Kenner dessen sind, was für eine schlagfertige Armee nöthig ist. Der Vordredner wirft die Offiziere und Militärbeamten zusammen; die Statistik ergibt aber, daß die Vermehrung der Pensionierung bei den Beamten der Zivilverwaltung sowohl wie bei den Offizieren sehr viel stärker ist, als bei den Offizieren. Bei der Post namentlich war die Steigerung zu erklären daraus, daß die Unterbeamten schon meist ältere Leute, Militär-Anwärter sind. Aber bei den anderen Zivilverwaltungen sind die Beamten meist höhere Beamten und trotzdem sind die Pensionierungen größer als bei den Offizieren. Das sogar Pensionanten entlassen werden, um für die Avantagure Platz zu schaffen, wird in der Armee großes Staunen erregen. Man vergißt ganz, daß von Mannschaften zahlreiche junge Leute entlassen werden müssen, weil sie nicht dienstfähig sind. Bei den Pensionanten stellt sich oft heraus, daß sie nicht ganz dienstfähig sind. Namentlich treten vielfach Herzleiden, Brüche, Rehtlosleiden u. s. w. hervor bei Leuten, die sonst ganz gesund erschienen. Die Einführung des Troupiersystems würde ein Nachtheil für die Schlagfertigkeit der Armee sein, sie würde aber den Pensionsfonds nicht entlasten.

Abg. Hausmann: Herr v. Schöning hat mich absolut mißverstanden; ich wollte keinen Invaliden die Pension kürzen. Herr v. Spitz hat die Hauptfrage umgangen und sich von oben herunter über mich armen unterfahren Vätern ausgeprochen. Ich bin das gewohnt; ich war schon einmal in der Lage, mich über seine spitzigen Bemerkungen zu beschweren. (Heiterkeit.) Ich bin kein Kenner, denn das, was ich vorgebracht, habe ich von aktiven Offizieren, die es ernst mit dem Wohl der Armee meinen. Die Hauptfrage ist die: Nimmt in der Regel der Offizier seinen Abschied dann, wenn er sich für eine höhere Stellung nicht qualifizirt? Man sollte das Prinzip offen einführen, aber nicht einen Umweg machen, indem man die Offiziere durch ärztliche Atteste für felddienstunfähig erklärt. Für die Armee von 1870 galt noch nicht das System der Verjüngung, welches gegenwärtig durchgeführt wird. Der Hinweis auf die Zivilverwaltung paßt nicht, weil man nicht die Altersverhältnisse der Beamten bei der Pensionierung berücksichtigen darf. Es giebt viele Unteroffiziere, die intelligenter sind als die Offiziere, die man jetzt abstoßen muß.

Generalleutnant v. Spitz: Ich habe auch jetzt meiner Antwort von vorn nichts hinzuzufügen. In der ganzen preussischen Armee ist es bekannt, daß 1866 das preussische Offizierskorps sehr verjüngt worden war; deshalb hat sich die Armee so gut geschlagen und 1870 war dasselbe der Fall.

Gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wird der Antrag Augst abgelehnt; der Etat des Pensionsfonds wird genehmigt; ebenso der Etat des Reichsschatzkanzlers.

Beim Etat der Reichsschuld weist

Abg. Singer darauf hin, daß im vorigen Jahre die Konvertirung angeregt sei; die verbündeten Regierungen haben sich damals freie Hand vorbehalten, aber bis jetzt die günstige Lage des Geldmarktes nicht benutzt, trotzdem es sich um eine Zinsen-ersparnis von 8 1/2 Millionen Mark handelt. Man führt die armen Wittwen und Waisen, die Stiftungen, ja überhaupt den ganzen Mittelstand an, der durch die Konvertirung geschädigt würde. Der Mittelstand hat wohl andere Sorgen, als die Anlage von Kapitalien in Staatspapieren. Die Zinsen werden gezahlt aus den Steuern der breiten Massen des Volkes, die Armen bezahlen die Zinsen für die Reichen. Wenn die Einzelstaaten die Konvertirung ebenfalls vornehmen, so werden keine erheblichen Ersparnisse erzielt werden. Ich will hoffen, daß die Regierung sich nach dieser Anregung nicht mehr ablehnend verhalten wird.

Abg. Meyer-Danzig (Vp.): Nachdem die Regierung gegen den Antrag Kanitz hauptsächlich geltend gemacht hat, daß die Ursache der Nothlage der Landwirtschaft die Verschuldung sei, hoffe ich, daß sie der Konvertirung geneigt sein wird. Ich werde nach Ostern die Konvertirung der Reichsanleihe auf 3 pCt. beantragen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Da ich nach Ostern Gelegenheit haben werde, mich zu äußern, will ich heute nur bemerken: Zur Konvertirung ist ein Reichsgesetz nothwendig, wozu die Zustimmung des Bundesraths erforderlich ist. Diejenigen Regierungen, die sich noch nicht haben entschließen können, ihre seit mit der Konvertirung vorzugehen, werden natürlich gegen diesen Entwurf stimmen. Der Schwerpunkt der Frage liegt also mehr in den Einzelstaaten, weil diese noch viel größere Schulden haben als das Reich. Wir haben eine Zeit gehabt, wo ein Theil unserer Schuldtitel aus England zurückföhrte; man sah darin eine Gefahr für das Reich. Die Vertheilung des Auslandes an unseren Anleihen

wird zum theil überschätzt; ich glaube auch, wir sind reich genug, um unsere Schulden im Lande unterzubringen. Es ist besser wenn unsere Anleihen im Inlande ihren hauptsächlichsten Markt finden.

Um 6 Uhr wird darauf die weitere Berathung bis Freitag 1 Uhr vertagt.

Aus dem Reichstage.

Aus der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch.
 In der Sitzung am Donnerstag wurden zum Mätkervertrag drei Zusätze beschlossen, deren letzter insbesondere von erheblicher Tragweite für weite Kreise auch der arbeitenden Bevölkerung sein kann. Zunächst wurde beschlossen, ausdrücklich zu bestimmen, daß eine Vergütung des Mätkers dann nicht einzutreten habe, wenn der Mätker der Erklärung oder aus den Umständen zu entnehmenden Absicht desjenigen, der den Mätkerlohn versprochen hat, zuwider auch für den anderen Theil thätig gewesen ist. Ferner wurde folgender Antrag des Abg. Vetscha beraten: „Durch das Versprechen eines Vermögensvortheils für die Nachweisung einer heirathsfähigen Person oder für die Vermittlung einer Ehe wird eine Verbindlichkeit nicht begründet. Das auf Grund solchen Versprechens Gesehete kann aber nicht deshalb zurückgefordert werden, weil eine Verbindlichkeit nicht bestanden hat.“ Zur Begründung des Antrages wurde von den Abgeordneten Vetscha, Stadthagen und Wachen etwa ausgeführt: Der Heiligkeit einer Ehe und der Würde der Frau entspricht es nicht, daß Frau oder Mann wie Waaren ausgetrieben und als Heugut verschachert werden. Die aus solchem Menschenschacher entstehenden Prozesse förderten wunderbare Einzelheiten zu Tage, die von einer besonderen Niedrigkeit der Gesinnung Wohlhabender Zeugniß ablegten. Einen widerlichen Eindruck machen die Annoncen, wie sie in dem „Lokal-Anzeiger“, der „Kreuzzeitung“, der „Geirathzeitung“ und dergleichen sich vorfinden; in ihnen werden von Juden und Christen, von Beamten, Offizieren, Industriellen, Güterbesitzern u. s. w. Ehekandidaten beiderlei Geschlechts mit den verschiedensten angebliehen Eigenschaften empfohlen und gesucht. Dieselben Annoncen dienen, wie männiglich bekannt, zur Beförderung des auferzehligen Geschlechtsverkehrs. Unständige Zeitungen, vor allem Arbeiterzeitungen, nähmen solche Sorte Annoncen nicht auf. Daß man in der Aufnahme sehr berechtigter Zeitungsnotizen zur Wahrung der Rechte der Arbeiter „groben Unfug“ gefunden habe, in dem Fleischmarkt gewisser Blätter aber nichts die Anstandsinteressen verletzende erblicke, müsse übersehen. Das Ausbieten von Menschenfleisch zu ehelichen oder außerzehligen Genuss sei verwerflich, dergleichen die Zahlung für Zuführung desselben. Einen gleichen Standpunkt nehme das sächsische Gesetzbuch ein, das in § 1260 Heirathsvermittlungsvergütungen für nichtig erklärt. Ein ähnliches Resultat habe im rheinischen, badischen und rheinbessischen Gebiet Artikel 1138 des Code civil, beziehentlich des badischen Landrechts gegolten. Dieser Artikel bestimme, daß Verträge gegen die „guten Sitten“ oder gegen die „öffentliche Ordnung“ nichtig seien. Demgemäß hat in sehr vielen Fällen das Oberlandesgericht zu Köln und das Oberlandesgericht zu Karlsruhe Forderungen, für Heirathsvermittlungen für unzulässig erachtet. Allerdings das Reichsgericht hat anders entschieden. Das Reichsgericht nahm an: die Vermittlung der Ehe ist als Herbeiführung eines durchaus erlaubten Vertrages an sich nichts moralisch Verwerfliches und der Ehemätkerlohn lagbar, wenn sich auch der Vermittler zur Herbeiführung seines Zwecks unerlaubte Mittel (solcher Vorpiegelungen über die Vermögensverhältnisse, über körperliche Vorzüge und dergl.) bedient habe! Diese Auffassung dürfe der Gesetzgeber nicht adoptiren. Allerdings würde der Nebenvertheil, die unbilligen Anerbieten aus den Zeitungen zum Verschwinden zu bringen, durch den gestellten Antrag nicht ganz erreicht, aber doch eine größere Möglichkeit gegeben werden, solchen Schmutzfluten auf die Finger zu kloppen. Das bürgerliche Gesetzbuch solle seine Hand nicht dazu bieten, daß Weiber und Männer wie Käse und Schen ausgeboten werden. Die Vertreter der Regierung hielten ihre Sympathie mit dem Antrage, aber hatten insofern Bedenken, als weite Volkskreise, insbesondere Theile der bäuerlichen Bevölkerung, Ehevermittler gegen Entgelt in Anspruch nehmen. Doch die Abgeordneten Vetscha, Stadthagen und Wachen stimmten dem Antrage zu. Der Antrag wurde dann einstimmig angenommen. Ferner beantragte Abg. v. Djiembowski-Pomien (Pole) folgende Bestimmung aufzunehmen: „Ein unverhältnismäßig hoher Mätkerlohn kann auf Antrag des Schuldners durch Urtheil auf den angemessenen Betrag herabgesetzt werden. Die Nichtforderung des Gehaltes ist unzulässig.“ Antragsteller und Abg. Wachen exemplifizirten zur Begründung wesentlich auf eine Reihe Fälle im Grundstücksverkehr. Die Abg. Vetscha und Stadthagen legten dar, daß insbesondere für das Gebiet der Stellenvermittlung die Annahme des Antrages wünschenswerth und nothwendig sei. Es sei ja leider fast die Regel geworden, daß auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes, mag es sich um Gesindeverhältnisse, mag es sich um gewerbliche oder kaufmännische Angestellte handeln, die Vermittler, Agenten u. dgl. unverhältniß hohe Preise nähmen. Insbesondere ländliche Arbeiter, städtisches Gesinde, Kellner, Kellnerinnen, Artisten, Schauspieler, Schauspielerinnen, Handlungsgehilfen und Seelente werden oft für die ganze Dauer des Arbeitsverhältnisses tributpflichtig gemacht, hätten oft 2, 5, 10 u. dgl. des Gehalts oder Lohnes, ja noch mehr für die gesammte Dauer des Arbeitsverhältnisses zu zahlen. Der Krost der Regierungsvertreter, daß dann strafbarer Ducker vorliege, müge nicht; in der Wirklichkeit müßten diese Opfer bluten und werde der blutgierige Dampf in seiner Ausbeutungsmöglichkeit durch Urtheil gestoppt. Ebenso wie bei der Konventionalstrafe müße auch hier dem Richter das Recht der Ermäßigung gegeben werden, das ja übrigens in der Rechtsanwaltsordnung Anwälten gegenüber bereits anerkannt sei. Auch dieser Antrag gelangte zur einstimmigen Annahme. Ohne erhebliche Debatte gelangten sodann die §§ 644-688 des Entwurfs (Auslobung, Auftrag, Geschäftsführung ohne Auftrag und Hinterlegungsantrag) zur Annahme. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Gerichtssaal.

Die aus der vorzeitigen Veröffentlichung des kaiserlichen Gnadenverlasses durch den „Vorwärts“ entstandene Diebstahls-Anlage wurde Donnerstag vor der 132. Abtheilung des Amtsgerichts Berlin I verhandelt. Die Anklage lautete auf Diebstahl bezw. Anstiftung zum Diebstahl, Begünstigung, Beihilfe und Hehlerlei; sie richtet sich gegen den 30 Jahre alten Buchbinder Wilhelm Hillert, den 22jährigen Hansbinder Ernst Tschuener und den 37jährigen Buchbinder Bruno Zetsche. Zur Erinnerung an die vor 25 Jahren erfolgte Neubegründung des Deutschen Reiches war seitens des Kaisers ein Gnadenverlaß ergangen, durch welchen bestimmte im Bereiche der preussischen Militärverwaltung gegen Militärpersonen verhängte Strafen erlassen sein sollten. Diese Ausdeutung sollte am 18. Januar durch das „Armeeverordnungsblatt“ zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. Dieses Blatt wird in der königl. Hofbuchdruckerei von G. S. Mittler u. Sohn hierseits gedruckt. Um die Veröffentlichung rechtzeitig zu bewirken, wurde am Abend des 16. Januar ein heliographischer Abzug des Gnadenverlasses in der Mittler'schen Druckerei abgegeben. Am 18. Januar nachmittags wurde mit dem Druck des Erlasses bez. der Nr. 8 des „Armeeverordnungsblattes“ begonnen. Es mußte überraschen, daß der kaiserl. Gnadenverlaß schon einen Tag vor seiner Veröffentlichung im „Armeeverordnungsblatt“ in der Nr. 14 des „Vorwärts“ vom 17. Januar wörtlich abgedruckt werden konnte. Das räthselhafte Vorkommniß veranlaßte die Polizei zu eingehenden Ermittlungen, durch welche nach der Anklage schriftlich festgestellt wurde: Die Angeklagte Hillert, welcher in der Mittler'schen Hofbuchdruckerei als Buchbinder angestellt war, erhielt am 16. Januar nachmittags den Auftrag, in den Papierfaal zu gehen und dort unter Aufsicht des Papiermeisters Zeichmann das soeben aus dem Druck gelangte „Armeeverordnungsblatt“ zu falzen. Als der Angeklagte Zetsche dies hörte, soll er den Hillert gebeten haben, ihm ein Exemplar des „Armeeverordnungsblattes“ zu besorgen. Zetsche soll dann mit Hillert weiter verabredet haben, er werde ihm den Angeklagten Tschuener mit dem Auftrage schicken, „eine Liste“ zu holen. Tschuener soll dann ausdrücklich beauftragt worden sein, sich von Hillert ein Exemplar der Nr. 8 des „Armeeverordnungsblattes“ geben zu lassen und es dem Zetsche zu bringen. Er erwähnte ihm gleichzeitig zur größten Vorsicht, damit der Papiermeister Zeichmann nichts merke; zu diesem Zwecke sollte er oben sagen, daß er „eine Liste“ haben wolle. Der Auftrag wurde denn auch in der so verabredeten Weise ausgeführt. Hillert soll ein Exemplar des „Armeeverordnungsblattes“ unbemerkt zernüßert und dem Tschuener übergeben haben. Letzterer überbrachte es dem Zetsche. Dieser soll, wie die Anklage behauptet, sofort in die Redaktion des „Vorwärts“ gelangen sein und dort das Blatt dem Redakteur Dr. Braun übergeben haben. Soweit der Thatbestand, zu dessen Erweise 14 Zeugen geladen worden sind. Den Vorfall im Gerichtssaal führte Ankläger Wienkowsky, die Anklage vertrat Oberstaatsanwalt Drescher, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Freudenthal.

Vom Kriegsministerium war Oberlieutenant Gäde, von der politischen Polizei Kommissarius v. Tausch anwesend.
 Die Angeklagten sind, wie der Vorlesende feststellte, in Folge des Vorfalls aus ihren Stellen entlassen worden, wo die beiden ersten 7-8 Jahre thätig waren. Sie behaupteten, daß sie nicht bei Mittler u. Sohn, sondern in der Buchbinderlei der Kammerer, die ganz selbständig arbeite, beschäftigt gewesen seien. Die Angeklagten gaben den Thatbestand zu. Tschuener erklärte, durchaus nicht gewußt zu haben, zu welchem Zweck das Blatt, welches er dem Zetsche übermittelte, von letzterem verwandt werden sollte. Der Angeklagte Hillert gab an, daß es in der Mittler'schen Druckerei Sitte sei, daß sich Arbeiter gelegentlich ein einzelnes Exemplar der dort angefertigten Blätter nehmen, ohne daß irgend jemand in solcher Aneignung etwas Unerlaubtes gefunden hätte. Nach Angabe des Angeklagten Zetsche haben die Buchbinder ein besonderes Interesse daran, gerade das „Armeeverordnungsblatt“ rechtzeitig zu lesen, weil darin oft Decretes verlangt würden - eine für die Buchbinder recht lohnende Arbeit - und nur aus diesem Grunde habe er den Angeklagten Hillert erucht, ihm ein Exemplar dieser Nummer zukommen zu lassen. Erst als er nach dem Empfang der fraglichen Nummer dieselbe durchgesehen und darin den Gnadenverlaß gefunden habe, sei ihm der Gedanke gekommen, daß dieser zur Veröffentlichung im „Vorwärts“ geeignet sein könne, worauf er am anderen Tage das Blatt in der Redaktion des „Vorwärts“ abgegeben und sich gleich darauf entfernt habe. Als er später sah, daß der Erlaß im „Vorwärts“ wörtlich abgedruckt war, habe er sich bei der Redaktion deswegen beschwert, und bei dieser Gelegenheit sei ihm gesagt worden, er solle künftig derartige Sachen nicht auf der Diebstahl abgeben, sondern dieselben in den Briefkasten stecken. Im übrigen habe er nicht das Bewußtsein gehabt, hierdurch etwas Unerlaubtes zu thun, da das fragliche Blatt ein Ausschuss-Exemplar war und derartige Exemplare ad hoc herumgeworfen würden und niemand etwas dagegen habe, wenn sich ein Arbeiter solche Makulaturbogen aneigne. Selbst solche Druckfahnen, die ausdrücklich als geheime bezeichnet worden wären, hätten oft wochenlang in den Arbeitsräumen herumgelegen und seien jedermann zugänglich gewesen. Das „Armeeverordnungsblatt“ sei übrigens nie als geheim behandelt worden. Das er sich durch die Aneignung des Blattes eines Diebstahls schuldig gemacht habe, sei ihm nicht zum Bewußtsein gekommen. Der Zeuge Ranglei-Direktor Siebmann gab an, dem Oberfaktor der Mittler'schen Druckerei Stahl das heliographirte Manuskript des Gnadenverlasses übergeben zu haben mit der Bemerkung, daß dasselbe als geheim zu behandeln sei. Die Zeugen Oberfaktor Stahl, Prokurist Jilakti, Faktor Frije befanden, von der Geheimhaltung des Gnadenverlasses gewußt, und denselben auch als sekret behandelt zu haben. Die Fortnahme einzelner Exemplare durch die Arbeiter sei weder üblich, noch statthaft. Papiermeister Zeichmann giebt an, für den Druck des „Armeeverordnungsblattes“ die Bogen ausgegählt und auch die richtige Anzahl bedruckter Bogen zurückgehalten zu haben. In der Weise würde die Kontrolle immer geübt und wäre daher auch eine beliebige Verwendung selbst von unbrauchbaren Exemplaren seitens der Arbeiter nicht vorkommen. Das „Armeeverordnungsblatt“ würde sonst nicht als geheim behandelt, nur bei der Nr. 8, welche den Gnadenverlaß enthielt, sei eine Ausnahme gemacht worden. Den mit dem Falzen betrauten Buchbindern sei allerdings von der Geheimhaltung dieser Nummer nichts gesagt worden. In keinem Falle dürften von einer der Mittler'schen Druckerei vor Ausgabe derselben Exemplare von Arbeitern verwendet werden. Nach der Ausgabe habe er selber schon die Erlaubniß dazu gegeben. Drei als Zeugen vernommene Buchbinder der Kammerer'schen Buchbinderlei, welche die Arbeiten für Mittler anfertigt, und wo auch die Angeklagten beschäftigt waren, sagten aus, sie hätten gehört, daß Zetsche den Hillert beauftragte, ihm ein Exemplar des „Armeeverordnungsblattes“ zuzustellen. Jedoch sei dieser Auftrag nicht in einer Weise erfolgt, die als heimlichthure angesehen werden könne. Im Gegenheil habe Zetsche so laut gesprochen, daß die umstehenden Kollegen diesen Auftrag gleichfalls gehört hätten. Makulaturblätter wurden sonst öfter von Arbeitern mitgenommen, ohne daß jemand etwas dagegen hatte. - Kriminalkommissarius Schöne sagte aus, daß er die Ermittlungen in dieser Sache erhoben habe. Er legte gerade dieser Angelegenheit eine besondere Bedeutung bei, weil er der Ansicht ist, daß der „Vorwärts“ nur durch verbrecherische Handlung in den Besitz der in verschiedenen Fällen von ihm veröffentlichten geheimen Erlasse aus sekretellen Aktenstücken gekommen sein könne. Hier in diesem Falle habe er erst die Schriftsteller in Verdacht gehabt, er sei aber dann doch zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Thäter in der Buchbinderlei sitzen müßten und habe Herr Dr. Löche, den Besitzer der Mittler'schen Druckerei, erucht, auch nach dieser Richtung hin seine Aufmerksamkeit zu wenden. Das müße wohl in der Buchbinderlei gemerkt worden sein, denn bald darauf seien die Mittheilungen seitens des Zeugen Müd gekommen. Der Zeuge befandte weiter, daß, nachdem er die drei Angeklagten festgenommen, diese bei ihren Vernehmungen auch bald den Thatbestand zugegeben haben. Speziell habe Zetsche gesagt, er habe schon vorher unter der Hand erfahren, daß in jener Nummer des Armeeverlasses der kaiserliche Erlaß erscheinen werde und da zu solchen Handlungen schon wiederholt direkt oder indirekt aufgefordert worden sei, habe er geglaubt, als Leser des „Vorwärts“ dem Blatte einen Gefallen zu thun, wenn er ihm den Erlaß brächte. Die Angeklagten haben auch ohne weiteres zugegeben, daß sie etwas Strafbares begangen hätten. Der Angeklagte Zetsche bestritt dies und behauptete, daß er erst durch das Lesen des „Armeeverlasses“ erfahren habe, daß der Gnadenverlaß darin stehe. - Rechtsanwalt Freudenthal ließ schließlich aus den Akten feststellen, daß in dem Protokoll, welches Kriminalkommissarius Schöne über die Vernehmung des Zetsche aufgenommen, kein Wort davon stehe, daß dieser gesagt habe, er habe schon vorher unter der Hand erfahren, daß das Armeeverlaß den Gnadenverlaß bringen würde. - Staatsanwalt Drescher stellte seinerseits fest, daß heute zum ersten Male die Angeklagten die Behauptung aufgestellt haben, daß es sich um ein Makulatur-exemplar handele. - Nach Schluß der Beweis-

aufnahme ergriff Oberstaatsanwalt Drescher das Wort und führte etwa folgendes aus: Ehe ich auf die Sache selbst eingehe, sei es mir gestattet, einen Punkt hier zu erörtern, der sich auf das Verfahren der Behörden in dieser Angelegenheit und die darauf bezüglichen Publikationen in der Presse bezieht. Vor einigen Tagen erschien in der „Post“ ein Artikel, der auf die juristisch interessanten Seiten dieses Strafprozesses hinwies und ein Reichsgerichts-Urtheil anog, dessen Bedeutung vollständig verkannt worden ist. In jenem Artikel wurde allerdings noch nicht einer Behörde ein Vorwurf gemacht. Das „Berliner Tageblatt“ benutzte sich dann dieses Gegenstandes und erhob Vorwürfe gegen die Behörden, denen geradezu eine tendenziöse Behandlung der Sache nachgesagt und behauptet wurde, daß man die Verhandlung nur deshalb dem Schöffengerichte überweisen habe, weil man das Kammergericht als oberste Instanz haben wollte, da man das Reichsgericht nicht ganz sicher sei. Dieser Vorwurf ist ganz leichtfertig und grundlos erhoben, er wurde aber ohne Prüfung auch von der „Staatsbürger-Zeitung“ nachgedruckt. Darin liegt doch der schwere Vorwurf, daß man die Sache tendenziös handle. Was mich betrifft, so bin ich stets geneigt, für alle Akte der Staatsanwaltschaft mich der Kritik der Presse zu unterstellen, die Presse sollte doch aber nicht dazu die Hand bieten, so unerhört leichtfertige Vorwürfe zu erheben, denn das ist nicht dazu angethan, die Achtung vor der Presse zu erhöhen. Ist mit diesem Vorwurf die Staatsanwaltschaft gemeint, so ergeben die Akten gerade das Gegentheil, denn gerade die Staatsanwaltschaft hat den Antrag gestellt, die Sache zur Verhandlung an die Strafkammer zu überweisen. Sie ging dabei von der Ansicht aus, daß es sich hier um ein Objekt handele, welches der Zuständigkeit des Schöffengerichts um deshalb entgegen sei, weil es sich hier nicht um den bloßen minimalen Werth des Stück Papiers handele, sondern um den unschätzbaren Werth des Inhaltes. Von der Staatsanwaltschaft prallen die Vorwürfe also ab und auch die Strafkammer, die die Ueberweisung an das Schöffengericht beschlossen, ist frei von jedem berechtigten Vorwurf. Was die Sache selbst betrifft, so handelt es sich um eine Angelegenheit von großer politischer Bedeutung. Strafrechtlich sind für die hier zu erörternde That allerdings nur die auf der Anklagebank sitzenden Angeklagten verantwortlich. Es kommt aber noch ein anderer Gesichtspunkt in Betracht: der Gesichtspunkt der Moral. Von diesem Gesichtspunkte aus sind noch Mitschuldige vorhanden, das sind die Personen, die in gewissenloser Weise andere zu solchen Straftaten, gemeinen Diebstählen und Vertrauensbrüchen anreizen und verleiten. Diese Personen verstehen es allerdings, sich in sicherem Versteck zu halten. Dies ändert aber an ihrer moralischen Mitschuld nichts. Es ist nun allgemein zu beobachten, daß die sozialdemokratische Parteipresse, und hier besonders der „Vorwärts“, ein schimpfliches Gewerbe daraus macht, derartige durch gemeinen Diebstahl erlangte Aktenstücke zu veröffentlichen oder vorzeitig zu veröffentlichen. Das geschieht in der Absicht, der großen Menge zu zeigen, welche Macht die Sozialdemokratie besitzt. Dabei brüsst sich diese Partei in großthuerischer und pralerischer Weise noch damit, daß sie keinen Finger rühre, um in den Besitz solcher Aktenstücke zu kommen. Mag dem sein, wie ihm wolle, moralisch verwerflich muß es immer gelten, sich mit Dieben einzulassen und von Dieben etwas in Empfang zu nehmen. Die sozialdemokratische Presse hat darüber andere Ansichten, sie nimmt von Dieben ohne jeden Strupel Gegenstände in Empfang, sie empfangt die Diebe mit offenen Armen, der Herr Redakteur sagt wiederholt „Danke schön!“ und giebt dem betreffenden noch guten Rath, wie er es in Zukunft machen muß und daß er solche Dinge doch nicht selbst überbringen, sondern in den Briefkasten stecken müß. Ist das nicht eine Aneignung in bester Form? Die sozialdemokratische Presse kann sagen was sie will: die Diebe von Aktenstücken bleiben ihr an den Rockschößen hängen! Was den gegenwärtigen Fall betrifft, so kann die Anklage wegen Hehlerlei gegen Zetsche nicht aufrecht erhalten werden, weil das Moment des Vermögensvortheils wegfällt. Im übrigen erscheint es ganz ungewiss, daß die Angeklagten nach einem vorher gefaßten Plane gehandelt haben. Thatächlich handelt es sich auch nicht um ein verdrucktes und beiseite gelegtes Exemplar, sondern um ein solches, welches Hillert aus dem Stoß fertiger Exemplare genommen und dann zernüßert hat, wahrscheinlich um es nicht auffällig zu machen, daß überhaupt ein solches Exemplar gegeben wird. Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme giebt es nur zwei rechtliche Gesichtspunkte, die hier in Frage kommen können: Entweder haben Hillert und Tschuener zusammen den Diebstahl verübt und Zetsche ist der Anstifter oder die Sache ist so konstruirt: Zetsche ist allein der Dieb und die beiden anderen sind seine strafbaren Beihilfer. Die eine dieser Auffassungen ist so berechtigt, wie die andere, es kommt nur darauf an, wie man annimmt, zu welchem Zeitpunkt das gestohlene Exemplar aus dem Gewahrsam von Mittler und Sohn oder Kammerer gekommen ist. Ein Diebstahl liegt aber jedenfalls vor. Ein solches bedrucktes Blatt Papier hat immerhin einen, wenn auch noch so minimalen Werth; hier aber handelt es sich nicht bloß um diesen materiellen Werth, sondern der aus den Motiven des Zetsche ersichtliche ungemein große ideelle Werth. Die Angeklagten, die schon vorher unter der Hand von dem Gnadenverlaß gehört hatten, haben bei der Wegnahme das Bewußtsein gehabt, daß es sich um ein sehr werthvolles Stück Papier handele. Die gegenseitigen Behauptungen der Angeklagten sind ihnen zweifellos von außen nahe gelegt worden, um sich herauszulösen. Wenn die Wegnahme des Blattes Papier wirklich etwas so alltägliches wäre, dann hätten die Angeklagten der Geheimthurei gar nicht bedurft. Und dann: sie haben ja auch sämtlich ein Geständniß abgelegt und wenn sie davon heute abgegangen sind, so ist das auf Einfästerungen von außen zurückzuführen. Hier handele es sich nicht um die Wegnahme eines an sich ziemlich werthlosen Blattes zum Zwecke der Vernichtung, sondern um die Wegnahme eines Gegenstandes beizüh Uebertragung des Eigentums auf einen dritten. Der Thatbestand des Diebstahls und der Beihilfe liegt vor. Was das Strafmaß betrifft, so muß man vor allem Rücksicht nehmen auf das Motiv der Angeklagten. Aus ihrer Stellung als Sozialdemokraten heraus haben sie ihre Gesinnung bekundigen wollen. Das ist ein erschwerender Gesichtspunkt. Dazu kommt das planmäßige Vorgehen, die Raffinirtheit des ganzen Planes und die große Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Das durch die schon wiederholt durch den „Vorwärts“ erfolgte unbefugte Veröffentlichung solcher Aktenstücke die öffentliche Ordnung auf das Äußerstbedenkliche gefährdet wird, läßt sich nicht bestreiten und ist den Angeklagten auch bekannt gewesen. Dazu kommt ferner der von den Angeklagten begangene grobe Vertrauensbruch, der auch bestehen bleibt, selbst wenn man zugeben will, daß bei Mittler u. Sohn oder Kammerer diese Dinge nicht einer sehr sorgfältigen Kontrolle unterworfen gewesen zu sein scheinen. Schließlich kommt der Inhalt des Blattes Papier selbst in Frage. Es handele sich hier nicht um die Verfüggung einer untergeordneten Behörde, sondern um einen persönlichen Willensakt des Kaisers, um einen hochherzigen Akt, der gerade von den Sozialdemokraten hoch geschätzt werden sollte. Und wenn die Angeklagten in ihrer Verblendung sich dazu haben rüßschließen können, ein solches Dokument zum Gegenstand des Diebstahls zu machen, so ist das chrios! Ich beantrage gegen Zetsche und Hillert neun Monate bezw. sechs Monate Gefängniß und je ein Jahr Ehrverlust, gegen Tschuener vier Monate Gefängniß. - Rechtsanwalt Freudenthal beantragte die Freisprechung der Angeklagten. Er werde es vermeiden, die Person des Kaisers hier in die Verhandlung zu ziehen, denn im dem Gerichtssaal solle im Namen des Königs nicht gesprochen werden. Nach seiner Ansicht habe die Strafkammer durchaus richtig gehandelt, als sie diese Sache

bei welcher es sich um ein ganz minimales Objekt handelt, dem Schöffengericht überwies. Er denke also gar nicht daran, der Strafkammer einen Vorwurf zu machen, er sei auch fernher der Meinung, daß man im Gerichtssaal nicht nach etwaigen moralischen, sondern nur nach strafrechtlichen Gesichtspunkten fragen solle. Daß solche Briefe oder Aktenstücke entwandt werden, sei doch nichts gar so Ungewöhnliches, seien doch auch dem alten Kaiser Wilhelm, als er noch Kronprinz war, Briefe gestohlen worden, freilich damals nicht von Sozialdemokraten, sondern von ganz anderen Leuten. Auf diese Dinge wolle er nicht eingehen, denn im Gerichtssaal solle nicht Geschichte geschrieben und Moralpredigten gehalten werden, sondern untersucht werden, ob eine strafbare Handlung vorliege. Das sei nun hier nicht der Fall. Der Verteidiger ist über das Ergebnis der Beweisaufnahme in einzelnen Punkten anderer Meinung wie der Staatsanwalt und bestreitet, daß die Angeklagten den geheimen Charakter des Aktenstückes gekannt oder gar gewußt haben, daß das Armeeblatt einen derartigen Gnabenerlaß bringen werde. Gegenüber polizeilichen Protokollen müsse man immer sehr vorsichtig sein. Es sei unglücklich, daß dieselben unter der Hand erfahren hätten, das Armeeverordnungsblatt enthalte einen Gnabenerlaß. Nicht einmal der Chef der Angeklagten habe irgend etwas davon gewußt. Jedem ihrer Mitarbeiter sei dieses vollständig unbekannt gewesen. Ganz plötzlich sei die Arbeit des Patzens dem Hillert übertragen worden. Öffentlich vor seinen Mitgefellen hatte der Angeklagte Jette dem Hillert gesagt, er solle ihm ein Blatt besorgen und als ihm der Angeklagte Tschernert in

den Wurf kam, habe er diesem öffentlich gesagt, er soll die Liste holen. Von einem planvollen geheimen Agieren kann hierbei gar nicht die Rede sein. Deswegen erscheine es auch ganz unglücklich, daß der Angeklagte Jette dem Kriminalkommissar Schöne gesagt haben soll, er habe unter der Hand erfahren, das Blatt würde einen Staatsverlaß enthalten und das sei etwas für den Vorwärts. Von dieser Neußerung des Jette enthalte seine polizeiliche Aussage nicht ein Wort. Mäßig trete der Polizeikommissar Schöne in der Verhandlung mit dieser Behauptung hervor, eine Behauptung, die angesichts der Sachlage unwahrscheinlich sei. Eine derartige höchst gravierende Auslassung hätte der in politischen Prozessen so bewanderte Kriminalkommissar sicherlich zu Papier gebracht und diese nicht außer acht gelassen. Der Verteidiger erörterte des weiteren die rechtliche Seite der Frage und bestritt unter Hinweis auf vorliegende Reichsgerichts-Entscheidungen das Vorliegen eines Diebstahls. Wenn ich jemand einen Tausendmarktschein nehme, um ihn zu zerreißen, so ist das kein Diebstahl. Bei einem Diebstahl handelt es sich nicht darum, daß ich etwas an mich bringe, sondern daß ich es in mein Vermögen bringe. Daß diese Absicht bei den Angeklagten vorgevaltet, sei ausgeschlossen. Der Verteidiger verwies in dieser Beziehung namentlich auf eine Reichsgerichtsentscheidung im Bd. XI, Seite 210. Hier handle es sich um einen sogenannten Gebrauchsdiebstahl, und der sei nicht strafbar. Aus dem Umstande, daß die Angeklagten von dem kaiserlichen Erlaß durch Veröffentlichung Gebrauch machen wollten, könne ihnen ein Strick nicht gedreht werden, denn kraft des Nachdruckgesetzes könne

man jeden öffentlichen Erlaß nachdrucken. Nachdem der Oberstaatsanwalt Dreißer den Kriminalkommissar Schöne gegen die Angriffe des Verteidigers in Schutz genommen, zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Diese dauerte nur kurze Zeit. Wie der Vorliegende publiziert, ist der Gerichtshof zu der Überzeugung gekommen, daß die Angeklagten unter der Hand schon vorher gehört hatten, daß das Armeebblatt den Erlaß bringen werde und nun, um dem Vorwärts gefällig zu sein, danach getrebt hätten, in den Besitz eines Exemplares des Armeeblasses zu gelangen. Was die rechtliche Seite betrifft, so hält der Gerichtshof dafür, daß alle Thatbestandsmerkmale des Diebstahls gegeben seien, die Angeklagten auch das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ihres Handelns gehabt haben. Ihr ganzes Verhalten zeige, daß sie wohl wußten, daß derjenige, der die Verwahrung halte, mit der Wegnahme nicht einverstanden war. Nach Ansicht des Gerichtshofes sei Jette als der eigentliche Dieb, Hillert und Tschernert aber als seine Werkzeuge — allerdings bloße — zu betrachten. Strafmildernd liege nur die Unbescholtenheit der Angeklagten vor, sonst aber nur strafschärfende Momente. Auf den materiellen Wert des Papiers komme es nicht an, wohl aber auf den sehr hohen ideellen Wert, ferner auf den sehr großen Vertrauensbruch und auf das Motiv der Angeklagten, die lediglich in der Absicht gehandelt haben, in ihrer Partei als große Leute dazuzufallen. Das Urteil lautete gegen Jette auf 6 Monate, Hillert 3 Monate, Tschernert 1 Monat Gefängnis.

Für Konfirmanden

empfehle als Gelegenheitskauf einen Posten reine Wolle doppeltbreit, Meter 1.20—1.95 gute Qualitäten, Chemisettes von 24 Pfg. an, Kragen, garantiert 4fach, von 25 Pfg. an, Manschetten, garant. 4fach, von 30 Pfg. an, Krawatten von 5 Pfg. an, Hosenträger in allen Preislagen.

Reiche Auswahl in Besätzen für Kleider, Seidenband, Futterstoffen etc. Neu aufgenommen: Große Auswahl in garnierten und ungaruierten Damenputz. Damenhüten und Kinderhüten. Sämtliche Putzartikel, als: Spitzen, Seidenbänder, Blumen, Federn, Agraffen, Nigettes u. c., sind in großen Sortimenten vorrätig. — Preise hervorragend billig. Modistinnen und Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Albert Tropelowitz, Königsplatz 15.

Habt Acht!

Viel unter Preis sind Waren Pfandleih und von den bedeutendsten Fabriken durch Kassa-Einkauf Neue und gut erhaltene Herrenkleider in großer Auswahl empfehle neue nach Maß gearbeitete und getragene (sogen. Monatsgarderobe) Ausgeh-Anzüge, einzelne Saccos, Paletots, Beterinenmäntel, Weinkleider in hell und dunkel, gute Qualität, von 3.50, 4, 5, 6 bis 8 Mk. Konfirmanden-Anzüge 11 bis 20 Mk. Knaben-Anzüge v. 3—5 Mk. Konfirmanden-Stiefel 4 Mk. an.

Schuhwaren: große Auswahl Herrenschuhtiefel, Stiefeletten, Herren-Halbschuhe (auch in Wiener Façon) genagelt und auf Mand genäht. Herren-Hüte große Auswahl, in weiß, u. steifen Façon, Lehrlings- u. Arbeits-Anzüge für Eisenarbeiter, Buchbinder, Buchbinder, Maler, Zimmerleute, Maler, Studenarbeiter, Fleischer, Marktbesetzer und Handarbeiter u. dergl. Einzelne Hosen, Blusen, Schürzen, Barchentheuden. Kellner-Fracks, Jacken schwarze Hosen, Reisserschuhe staunend billig gegen bar Geld! Nikolaistr. 27, 1 Treppe Eingang in der Hausflur geradeüber „Hotel Stadt London“, Sonnabend bis 10 Uhr nachts offen. Sonntags geschlossen. Bekleidungs-Geschäft von Gebr. Cohn.

Zur Konfirmation Jacketts und Krügen

empfehle in neuesten Formen, empfehle in besten Schnitten, empfehle in gediegenen Stoffen, empfehle in grösster Auswahl, empfehle in allen Preislagen.

Hugo Seifert
Petersstrasse 37, part. u. 1. Et.

Hüte in neuesten Formen u. Farben mit Kontrollmarke von 2.50 Mk. an. Konfirmandenhüte v. 2 Mk. an. Mützen, Schülermützen, Schilpse u. s. w. zu billigsten Preisen. [2415] Otto Rost, Lindenau, Merseburger Str. 107 (Stadt Merseburg).

Einem geehrten Publikum zur Nachricht, daß ich mein Korbwaren-Geschäft von Wurzenener Strasse 89 nach 61 verlegt habe. [2424] Empfehle sämtliche Korbwaren zu den billigsten Preisen. Reform-Kinderwagen von 14 Mark an. Hochachtungsvoll M. Winkler, Wurzenener Str. 61.

Herren- und Knaben-Hutlager Damen- und Mädchen-Strohüte, garniert und ungaruiert, sämtliche Patzartikel, Regens- und Sonnenschirme, Schilpse, Hosenträger, Leinen, Gummi- und Papierwäsche empfehle in bekannt großer Auswahl Ernst Dietrich, Connowitz, Lange Strasse 42. Hüte mit Kontrollmarke. Konfirmanden werden in Zahlung genommen. Konfirmanden-Hüte und Schülermützen.

Cytrablatt.

Sonnabend den 21. März werden 40 Stück ff. Schweine ausgepundet, à Pfd. 55 Pf., bei 5 Pfd. 50 Pf. ff. Kalbsfleisch, à Pfd. 55 Pf. Markthallen-Stand 25 26 27. Fleischer Roeser.

Wiener Schuhwaren-Industrie Tauchaer Str. 9 empfehle zur bevorstehenden Konfirmation ihr neu ausgestattetes Lager aller schwarzen und hellfarbigen [2421] Schuhwaren. Spezialität: Denbar dauerhafte Arbeitsstiefeln. Eigene Werkstatt f. Maßarbeit und sämtliche Reparaturen.

Reform-Kinderwagen in jeder Preislage, Korbwaren jeder Art. [2425] E. Hofmann Leipzig, Brühl 18, Eutrichstr. 14. Glühkörper, à Stück 1 Mk. Markt 3, Konradstrasse 55. Kinderwagen auf Räder auf Ranetäuter Steinweg 12.

Jede Braut kann ihre Möbel-Ausstattung am billigsten in der Möbelabrit von Moritz Freyer Connowitz, Ecke Kurze- u. Bornalsche Str. kaufen. [2418] Fein gelagerte Cigarren in allen Preislagen empfiehlt Karl Grimmer, 2. Thonberg Reitzenhain Strasse 62.

Beste Sorten: Gemüse-, Feld-, Gras- und Blumensamen, Steckzwiebeln Schwedenkartoffeln, blaue u. weiße, Blumenerde, Blumen- und Gartendünger empfehlen Bergmann & Barth Samenhandlung [1980] Naschmarkt. Preisliste gratis und franko.

Million-Uhr beste und billigste, sicher gehende Chl.-Rem.-Uhr: In Nickel Mark 6.— netto In Stahl „ 10.— Konfirmanden-Uhren und Schmuckfaden in reichster Auswahl zu billigsten Preisen. Abonnenten erhalten 10 Proz. Rabatt. Gustav Kaniss, Uhrmacher, Tauchaer Strasse 6.

Neuheiten! Grösste Auswahl in Herren-Anzügen 3 von 12 Mark an Ernst Schubert Zeitzer- und Sophienstrassen-Ecke.

Achtung für alle an Rheumatismus, Gicht, Podagra, Gelenkschmerz, Migräne, rheumatischen Kopf- und Gesichtsschmerzen u. Leidenden. Ich habe lange Zeit an Gicht u. Rheumatismus, alle Mittel blieben erfolglos. Durch eine ebenso einfache als billige Kur wurde dieselbe in kurzer Zeit vollständig gesund. Wilhelm Mehnert, Tischlermeister, Blasewitz b. D. (Unterfahr. amtlich beglaubigt). Im Interesse aller Leidenden bleibe derselbe auf Anfragen gratis Auskunft. [1896]

H. Niepraschk, Uhrmacher Lindenau, Josephstr. 38 empfiehlt [1821] Konfirmandenuhren Herren u. Damenuhren Regulat., Wanduhren u. Wecker. Alle Sorten Ketten u. Goldw. Reparatur gut u. billig. Cigarren-Weber, 2. Wolfmarstorf Bergstraße. Pianinos, neu u. geb., tafelf. Instr. Klappen, Ritherrn, Salten, sehr billig. W. Elormann, Magisch, Amalienstr. 3, pt. Solide Kleiderschr. u. Sekretäre, Stühle, Tische u. andere Möbel wirklich billig. Lindenau, Marienstr. 28, p. r. Dr. Angel-Schellisch, a. Pfd. 20 Pf. „fette Rapsen“, à Pfund 60 Pf. „fette Backfische“, à Pfd. 25 u. 30 „Tafel-Rander“ à Pfund 60 Heynes Fischhandlg., Merseburger Straße 25. Karpfen, Zander, Weißfische, Schellfische, Schollen, grüne Serringe empfehlen [2464] Gebr. Zühlendorf, Neuschönefeld, Eisenbahnstraße 68. Morgen Schlachtfest Von früh 9 Uhr an Wellfleisch. [2464] frische Wurst und Bratwurst. Böhme, Engelsdorf.



Keine Preissteigerung! Konfirmandenstiefel 5 Mark.

Herren-Schaftstiefel . . . 6.50 | Herren-Hauschuh . . . 3.—
 Herren-Stiefeletten . . . 5.50 | Turnschuhe . . . 2.50
 Herren-Halbschuhe . . . 4.50 | Kinder-Turnschuhe . . . 2.—
 Damen-Knopfstiefel . . . 5.50 | Damen-Ballschuh . . . 3.—4
 Damen-Quaststiefel . . . 5.— | Kinder-Schürfstiefel . . . 2—5
 Damen-Hauschuh . . . 3.— | Kinder-Knopfstiefel . . . 2—5

Reparaturen: Herrensohlen, Abzüge 2.50 Mt., Damensohlen, Abzüge 1.75 Mt.
 Cordantoffeln für Herren und Damen 45 Pfg. [1849]

13 W. Wendt, Bayerische Str. 13.

Emil Kluge



Brühl 28 vis-à-vis Café Reichspost Brühl 28

empfeht zur Frühjahrs-Saison
feine unter eigener Leitung angefertigte [2217]

Herren- u. Knaben-Konfektion

Konfirmanden-Anzüge von 10—55 Mt.
 Herren-Anzüge " 18—50 "
 Burschen-Anzüge " 12—50 "
 Knaben-Anzüge " 5—15 "

Grösstes Lager in Arbeitsgarderobe.
Bestellungen nach Maß unter Garantie für guten Sitz.

Ernst Schubert

Zeitzer- und Sophien-
strassen-Ecke.

Confirmations-Anzüge

VON 10 Mark an
in schönster Auswahl. [1028]

Achtung!

**Grösste Auswahl sämtl. Schuhwaren
zu billigsten Preisen.**

Deutsche Schuhfabrik

vormalig G. Markus & Comp. Gen. m. beschr. Haftpf.
Filiale: Leipzig, Zeitzer Str. 37.

J. Schneider & Co.

Speditionen u. Kohlen-Geschäft Ritterstrasse 19

Alleinvertreter der Köstiger Braunkohlenwerke, A. G.
empfehlen ihre wiederholt mit ersten Preisen gekrönten [1578]

Rositzer Briquetts, Marke „Rositz“

Beste Delsnitzer Steinkohlen und Steinkohlen-
Briquetts, vorzügl. Brucher und Duxer
Braunkohlen, engl. Anthracitkohlen
zu billigsten Tagespreisen prompt und reell. [1578]
Kohlenniederlage: Neuhäuser Tauchaer Straße 15.

Markthallenstand Nr. 25, 26 u. 27

Robert Röser, Fleischermeister. [1080]

Rur Ochsenfleisch . . . 60 u. 65 Pf.	ff. handsh. Blut- und Leberwurst . . . 60 Pf., bei 5 Pfd. . . 55 Pf.
ff. Schweinefleisch . . . 60 Pf.	ff. Zungenwurst . . . 80 Pf.
ff. Hammelfleisch . . . 55 Pf.	ff. Knackwurst . . . 70 Pf.
ff. Koteletts . . . 70 Pf.	ff. Wittwurst . . . 80 Pf.
ff. Kalbfleisch nur . . . 55 Pf.	ff. Polnische Knackwurst . . . 80 Pf.
ff. geräucher. Landfleisch-Spec . . . 70 Pf., bei 5 Pfd. . . 65 Pf.	ff. Pökelrippen u. Reule . . . 65 Pf.
Thüringer Landschwein-Schlucken . . . 80 Pf.	ff. Schweinefleisch . . . 70 Pf.
ff. Schwarzküch 70, bei 5 Pfd. 65 Pf.	ff. Selbstaufgebratenes Fett . . . 70 Pf.
	ff. Würstchen . . . 60 Pf.

Kein Laden! Schuhwaren!

Für Konfirmanden sehr billig!

Damen-Leberpantoffeln . . . von 1.50 an
 Damen-Knopfstiefel . . . 5.50
 Damen-Steppschuh . . . 1.75
 Damen-Zugstiefel . . . 3.—
 Damen-Leberstiefel . . . 4.—
 Herren-Leberstiefel . . . 4.50
 Herren-Promenadenschuh . . . 4.—
 Herren-Schaftstiefel . . . 6.—
 Kinder-Halschuh . . . von 50 Pf.
 sowie alle Sorten Schuhwaren spottbillig.
 Nordstr. 24, 24, 24, Pf. r. Kein Lad. [1264]

Konfirm.-Anzüge

in größter Auswahl
von 12 Mark an. [1264]
Amerikanische Verkaufshalle
Tauchaer Str. 9.

Specialität. Große Fleischergasse 5. Kurprinzstr. 4.



Jeder Hut
2 Mk. 80 Pfg.
H. Heinze
Hutfabrik.
Begr. 1867.

Großartige Auswahl, anerkannt reelle
Ware, auch mit Kontrollmarke. [1865]
Achtung.
Neu! getr. Herren-Garderobe, sowie
Konfirmanden- und Kinder-Anzüge,
Schuhe, Stiefeln u. Wäsche kauft man
gut und billig bei
Maxi Junghaus, Thalstr., alte Nr. 28.

!Kaufen! Sie nur grundsollide und gediegene Schuhwaren.

Billigste Bezugsquelle bei
O. Keilitz, Schuhm.-Mstr.
Nürnberg. Str. 37, Ecke Seeburgstr.
Bitte auf Firma u. Hausnummer zu achten.

Mein Waren- Credit- Geschäft

bietet Jedermann die
günstigste Gelegenheit, sich
Herren- Anzüge,
Knaben- Mäntel,
Herberzieher,
Jackets, Hosen, Westen
Damen- } Jackets,
Mädchen- } Mäntel,
Kleiderstoffe, Gardinen
Cachemirs, Bettzeuge
Tisch- und Bettdecken
Möbel und Betten
auf die leichteste Weise, d. h.
auf

Abzahlung

zu beschaffen.
Großes Lager in
Konfirmanden-Sachen
für Knaben u. Mädchen.

L. Cohn

„Am Westplatz“
Eingang:
Colonnadenstr. 34, I. [1567]

Die Auswahl ist unüber-
troffen!
Die Preise sind erstaunlich
billig!
Die Qualitäten sind bessere
als anderswo!
Die Zahlungsbedingungen
sind so günstig wie irgend.

Frühjahrs-Aussaat.

Ich empfehle den geehrten Gartenliebhabern
meine vorzüglichsten, garantiert reinen
Samen aller Arten von
Gemüse-, Gras- und Blumensamen
in echten Sorten und neuester Ernte
August Trebst, Samenhandlung
Markthalle 204—95.
früher Verkäufer der Firma Bergmann
u. Barth. [2335]

Fahrräder [2759]

Nähmaschinen

Beste Fabrikate zu billigsten
Preisen. Fachmannliche
Garantie. Unterlicht frei.
Günstige Teil-
zahlung.

Wilh. Frenzel, Mechaniker

L. Neuschönefeld, Eisenbahnstr. 40.
Große Reparatur-Berkschaffen.
Wer ein gutes Rad oder eine solide
Nähmaschine billig haben will, wende sich
an einen Fachmann und nicht an Händler,
die alles, nur nicht Mechaniker sind. Diese
Erkenntnis kommt sonst spät, durch Schaden.

Hamburger Kaffee

Fabrikat, kräftig und schön schmeckend, ver-
sendet zu 60 Pfg. und 80 Pfg. das Pfund
in Postkolis von 9 Pfund an postfrei.
Ferd. Rahmstorf
[1898] Ottenfuss bei Hamburg.

Gummiwaren-

Sämtliche Bedarfs-
Artikel
G. Dietz, Al. Fleischergasse 21, I.
Preisliste auf Wunsch gegen N. [1895]

Reichsstr. 9. Die Reichsstr. 9. Auflösung meines Engros-Lagers

veranlaßt mich, die Restbestände in
**Tricotagen, Strumpf- und Woll-
waren, Barchenthemden**

in kürzester Zeit vollständig aufzulösen. [278]
Es bietet sich dem Bedarf habenden Publikum Gelegenheit, die ein-
gangs erwähnten Artikel 25 Prozent unter dem wirklichen Wert
einzukaufen.

Serner offeriere ich ein
**größeres Quantum in den Schanfenstern
schmutzig gewordener Wäsche**
zu jedem annehmbaren Preise.

A. Blum, Reichsstrasse 9.

Südvorstädtische Möbelhalle

empfeht vollständige Möbel-Ausstattungen vom einfachsten bis zum
feinsten unter Garantie zu außerordentlich billigen Preisen! [1956]
Ecke
Karl Sänger, Tapezierer, Südstr. 9, Arndtstr.

J. Lilienthal, Plagwitz, Zschochersche Str. 18.

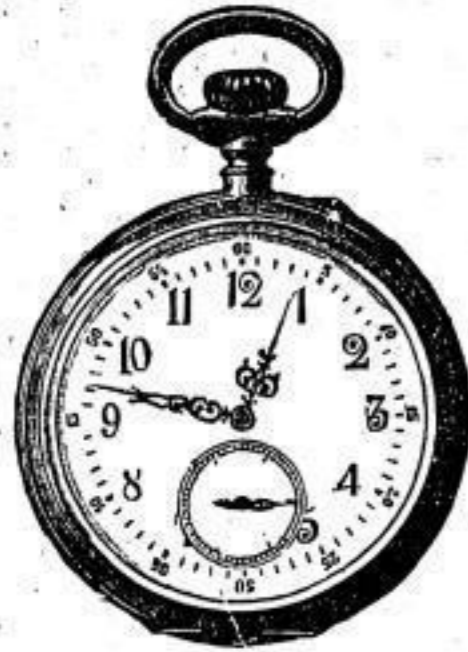
Billigste u. reellste Bezugsquelle
Herren- u. Knaben-Garderoben.
Konfirmanden-Anzüge . . . von 7, 9, 10, 12 Mt. an

Herren-Anzüge	bessere prima	8, 11, 13, 15	12, 15, 18, 20
Herren-Sommer-Paletots	bessere prima	9, 11, 13, 14	14, 16, 18, 20
Burschen-Anzüge	prima	22, 24, 26, 30	10, 14, 16, 20
Stoff-Hosen in hell und dunkel		7, 8, 9, 10	2 1/2, 3, 4, 5
Kinder- u. Knaben-Anzüge		1 1/2, 2 1/2, 3, 4	
Stoff-Leibchen-Hosen f. Kinder im Alter v. 2—6 Jahren 75 Pfg.			

Einzeln: Jackets, Westen, Hosen und [1814]
Arbeitergarderoben z. unerreichbar bill. Preisen.
 Grösste Auswahl am Platze. [1814]
J. Lilienthal.

Konfirmations- Uhren und Schmucksachen. Arno Haas

Uhrmacher
L.-Neustadt, Hedwigstr. 17.
Uhren- u. Goldwaren-Lager.
Taschen-Uhren, Regulateure
Wecker und alle Arten Uhren in
nur solider Ware bei äuss. billigsten
Preisen. [2879]
Specialität: Mass. gold. gestempelte
Trau-Ringe von 4 Mark an.
Werkstatt für solide Reparatur.



Herren-Mode-Magazin

Emil Engelberg

L.-Reudnitz, Chausseeestr. 53, vis-à-vis Al. Ruchengarten
empfeht zur Saison den Eingang sämtlicher Neuheiten in- und ausländischer
Stoffe zur Anfertigung eleganter Herrengarderobe nach Maß. Für guten Sitz
volle Garantie. Gleichzeitg bringe mein reichhaltiges Lager fertiger
Herren-, Knaben- u. sämtl. Arbeitergarderobe
in empfehlende Erinnerung. [2905]
Umtausch bereitwilligst gestattet event. Betrag zurückgezahlt.

Emaillierte Kochgeschirre.

Billigste Bezugsquelle. Verkauf nach Gewicht.
Tassen von 25 Pfg. an, Eimer von 1 Mt. an, eiserne Kochgeschirre,
Lampen und sämtl. Wirtschaftartikel billiger als jede Konkurrenz.
Otto Wagner, Leipzig, Nikolaistraße 6.

Hermann Weidlich, Tapezierer

Altstraße 4 (Wohnung) Plagwitz, Wühlstr. 28 (Werkstatt)
empfeht sich zum Neuankertigen u. Aufputzen von Sofas, Matratzen etc.
Tapezieren und dekorieren aller Räume. [358]

Sächsischer Landtag.

(65. ordentliche Sitzung der Zweiten Kammer.)

Die Wahl Grünbergs wird für gültig erklärt, Beanstandungen derselben sind nicht eingegangen.

1. Allgemeine Vorberatung über das kgl. Dekret Nr. 27, einen Nachtrag zum ordentlichen Etat für 1896/97 betr.

Für die Frauenklinik zu Dresden werden 181 250 Mk. für Kunstzwecke im allgemeinen 60 000 Mk. mehr verlangt. Letztere Summe soll zur Unterstützung der Internationalen Kunstausstellung zu Dresden 1897 dienen.

Das Dekret wird an die Finanzdeputation A verwiesen.

2. Bericht der Rechnungsdeputation über Kapitel 22-111 des Etats der Zuschüsse, sowie über die Ueberschüsse O, E, F, und G. des Rechnungsbereiches für 1892/93.

Bei Kapitel 34 (Ordnungsanstalt) bemängelt

Abg. Stolle-Gesau (Soz.), daß bei Titel 4, Ordnungsdekretionen, Ordnungsänderung etc. statt der in den Etat eingestellten 20 000 Mk. über 80 000 Mk. auszugeben worden sind. Woher stammt diese horrende Ueberschreitung? Schon durch eine ganze Reihe von Finanzperioden hindurch wird dieser Titel jedesmal in so unglücklicher Weise überschritten. Wenn die geforderten 20 000 Mk. nicht langen, warum wird der Titel nicht höher eingestuft? Das Land weiß nicht, woher diese Ueberschreitung kommt.

Wenn eine arme Witwe ihre 50 Pfg. Steuern nicht bezahlen kann, wird sie gepöndelt, und hier kommen fortwährend so große Ueberschreitungen vor, ohne daß wir Rechenschaft über die Verwendung dieser Summe erhalten. Ich beantrage Ausschreibung des Kapitels 34 aus dem Deputationsantrag, da meine Partei für diese Ueberschreitung die Entlastung nicht erteilen kann.

Verdichter Abg. Dpjh (Konf.): Die Deputation hat die Ueberschreitungen in den früheren Perioden im Bericht festgestellt, es könnte sich also nur darum handeln, von der Regierung Auskunft zu verlangen. Die Regierung hat uns gegenüber nur die Bemerkung gemacht, daß das Mehr entstanden sei infolge von Ordnungsveränderungen. Es gehört zu den Vorrechten der Krone, Orden zu verleihen, und es würde eine Ueberschreitung unserer Befugnisse sein, wenn wir vom Könige hierüber Rechnungslegung fordern wollten. Die Finanzdeputation A hat die niedrige Einstellung in den Etat nicht beanstandet, und die Rechnungsdeputation hat die Finanzdeputation nicht zu kritisieren haben. Der Vergleich Stolle zwischen der Witwe und dieser Etatsüberschreitung war hier nicht am Platze.

Abg. Stolle-Gesau: Wenn das Land verpflichtet ist, mehrere Jahre hindurch so bedeutende Summen für die Krone zu bewilligen, hat die Volksgemeinde auch das Recht, zu fragen, wie das Geld verwendet wird. Wenn die Krone ausgeben kann, was sie will, könnte dies in weiterer Konsequenz schließlich zum völligen Ruin des Landes führen. Schon die früheren Deputationen hätten besser prüfen sollen. Im Lande wird durch so niedrige Einstellungen in den Etat der Einbruch erwartet, als ob eine Käufung beabsichtigt sei. (Der Präsident erteilt ihm dafür eine Rüge.) Ueber die Befugnisse der Deputationen bin ich anderer Meinung wie Dpjh. Die Rechnungsdeputation soll den Rechnungsbereich nachprüfen. Es ist deshalb wohl ihre Pflicht, auch die Finanzdeputation nachzuprüfen.

Abg. Dpjh: Das wäre eine Ueberschreitung unserer geschäftsberechtigten Befugnisse. Stolle hätte bei der Beratung des Etats seine Beschwerde anbringen sollen, da hat er aber nichts gesagt. Die Sozialdemokraten beschwerten sich über ihre Nichtzulassung zu den Deputationen — sie befinden sich dafür in der angenehmen Lage, alles im Plenum angreifen zu können. Stolle hat die Konsequenz seines Antrags nicht gezogen, denn sonst hätte er die Regierung für die Ueberschreitung verantwortlich und haftbar machen müssen.

Abg. Seyer (Soz.): Wir haben stets gegen dieses Kapitel gestimmt. Allerdings ist auch der Regierung ein Vorwurf bei dieser Ueberschreitung zu machen; sie ist inorrekter verfahren. Für Kapitel 34 wird die Entlastung gegen 13 sozialdemokratische Stimmen, für die übrigen Kapitel und Uebersichten einstimmig erteilt.

3. Antrag Streit und Genossen auf Abänderung der Geschäftsordnung. § 23, Absatz 2, der besagt, daß niemand gleichzeitig Mitglied mehrerer Deputationen sein kann, soll folgende Fassung erhalten: Niemand kann gleichzeitig Mitglied mehrerer ständigen oder ordentlichen Deputationen sein.

Abg. Streit (fortchr.): Bei Zwischendeputationen, wie jetzt bei der Ständehausdeputation und früher bei der Deputation für die Einkommensteuerverordnung, hinderte die bisherige Bestimmung, die ständigen Deputationsmitglieder in diese Zwischendeputationen

zu wählen. Ja, nach der jetzigen Fassung kann ein Deputationsmitglied nicht einmal Mitglied einer Deputation der Kammer an den König werden.

Der Präsident schlägt vor, den Antrag nicht erst einer Deputation zu überweisen, sondern direkt zur Schlussberatung zu stellen. Die Kammer schließt sich dem einstimmig an.

4. Petition der Gemeinde Wilsbach und Genossen, die Aufhebung des § 11 des Parochiallastengesetzes betr.

Die Deputation schlägt vor, dem Beschlusse der 1. Kammer beizutreten und die Petition auf sich beruhen zu lassen (in einer früheren Sitzung hatte die Kammer Ueberweisung zur Kenntnisnahme beschlossen), die neuerdings eingegangene Petition des Kirchen- und Schulvorstandes zu Hartenstein aber für erledigt zu erklären.

Abg. Lettkow (Konf.): Ueber diese Sache habe ich schon drei Landtage hindurch so viel geredet, daß ich nicht mehr weiß, was ich neues sagen soll, ich werde daher heute einmal hohe Verwaltungsbeamte reden lassen. Redner gleicht eine Reihe Aktienauszüge und erörtert die Sache nochmals aus gründlichste. Er beantragt zum Schluß, auf dem Beschlusse vom 17. Dezember v. J. (Ueberweisung zur Kenntnisnahme) bestehen zu bleiben.

Kultusminister v. Seydewitz: Die Regierung hat bereits zweimal den Vorschlag gemacht, diesen Paragraphen aufzuheben, es ist aber beidemal kein ständischer Beschluß gefaßt worden. Die Petition hat jedesmal dasselbe Schicksal: die zweite Kammer überweist sie der Regierung zur Kenntnisnahme, die Erste Kammer läßt sie auf sich beruhen und die Zweite Kammer tritt dann diesem Beschlusse bei. Ich habe um Vorschläge zur Beseitigung der Härten aus der Mitte der Versammlung gebeten, es sind bis jetzt aber keine erfolgt. Die Regierung kann sich zu einem anderenweitigen Abänderungsvorschlag nicht entschließen, so lange die Ständeversammlung nicht eine ganz andere Stellung zu der Sache einnimmt.

Abg. Streit: Ein Einigungsverfahren mit der Ersten Kammer würde zu keinem Resultat führen, wir müssen deshalb dem Beschlusse der Ersten Kammer zustimmen. Er hofft, daß die Finanzdeputation A sich noch einmal eingehend mit der Sache beschäftigen wird.

Nach längerem Hin- und Herreden wird der Antrag mit 35 gegen 21 Stimmen abgelehnt und der Deputationsantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Lettkows angenommen.

5. Petitionen des pensionierten Schaffners Karl Heinrich Wübe in Leipzig um Erhöhung seiner Pension.

Die Kammer läßt die Petition auf sich beruhen.

6. Petition des Gemeindevorstandes Heinrich Krause in Salzbü und Genossen, Herstellung eines direkten Zuganges für Weichirre und Fußgänger von dem nahe vor den Bahnhof auf Döblicher Flur gelegenen Bahnhofsgebäude nach dem Bahnhof Stauchig. Die Kammer überweist die Petition insoweit, als bei der geplanten Erweiterung des Bahnhofes Stauchig auf die event. Einführung des erbetenen Weges bedacht genommen werden kann, der Regierung zur Kenntnisnahme und läßt sie im übrigen auf sich beruhen.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetensaale. (Sitzung vom 18. März 1896.)

Ueber den revidierten Entwurf des Konzessionsvertrages mit der Großen Leipziger Straßenbahn liegt eine Mitäußerung des Rates vor, nach welcher dieser den früheren Anträgen der Stadtverordneten Folge gegeben hat. Gleichzeitig kommt mit zur Verhandlung eine Eingabe des Deutschen Vereins, die sich auf das Verhältnis der Straßenbahngesellschaften zu ihren Beamten und auf das Verhältnis der Gesellschaften zum Verkehr bezieht. In sehr ausführlicher Weise referiert über beide Gegenstände Stadtv. Dr. Junk. Er schildert die einzelnen Teile des Vertrages und führt aus, daß es sich nicht etwa jetzt um eine Revision des Vertrages handle, sondern lediglich um eine Prüfung, ob der Rat den Anträgen der Stadtverordneten allenthalben nachgegangen sei. Das sei geschehen. In den abgeänderten Paragraphen beantragen die Ausschüsse u. a. noch, den Rat zu ersuchen, mit beiden Straßenbahngesellschaften in Verhandlung zu treten, um die Gültigkeit von Umsteigertarifen der einen Gesellschaft auf Linien der anderen Gesellschaft innerhalb der Fahrtlänge von 5000 Metern herbeizuführen; ferner durch Verhandlungen mit der Konzessionarin darauf hinzuwirken, daß die Linie Möckern-Blücherplatz ausgedehnt werde bis zum Augustusplatz, und endlich mit

den beiden Gesellschaften über Einführung einer Sitzgelegenheit für das Fahrpersonal zu verhandeln und dabei insbesondere zu erwägen, ob eine solche Sitzgelegenheit im Interesse der Sicherheit des Betriebes empfehlenswert sei. Ferner beantragen die Ausschüsse, die Eingabe des Deutschen Vereins durch die vorstehenden Anträge für erledigt zu erklären. In dem Inhalt der genannten Eingabe führt der Referent noch aus, daß nicht nachgewiesen sei, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Besserung der Arbeitsgüte zur Folge habe. Die in den Anlagen zum Vertrage getroffenen Bestimmungen verlangten auch nicht zu viel von dem Personal. Zwischen den einzelnen Fahrten lägen doch Erholungspausen, und der Aufenthalt auf den Stationen sei doch namentlich im Sommer recht angenehm. Was die geforderte Heizung der Wagen und Wartehäuser betreffe, müsse bedacht werden, daß ein Verlassen geheizter Wagen für das Publikum die Gefahr der Erkältung hervorrufen würde, und geheizte Wartehäuser würden den Wärmestuben Konkurrenz machen, zumal wenn in ihnen ein Ausschank geistiger Getränke erfolgen solle. Auf die Wohnverhältnisse einzunehmen, sei unangänglich, da es sich doch um eine private Gesellschaft handle und keineswegs um einen städtischen Betrieb. Mit ihren weitergehenden Wünschen sollten sich die Petenten direkt an die beiden Gesellschaften wenden. Zum Schluß bemerkt der Referent, daß er nach eingehendem Studium die Ueberzeugung gewonnen habe, daß in dem ganzen Vertrage die Interessen der Stadt in der weitgehendsten Weise gewahrt worden seien.

Stadtrat Fischer teilt mit, daß neuerdings die Große Leipziger Straßenbahn die Erlaubnis nachgefordert habe, den Endpunkt der Möckernschen Linie vom Blücherplatz zu verlegen. — Stadtv. Scheller bemängelt den langsamen Fortschritt der Gleisbauarbeiten in der Grimmaischen Straße. — Stadtrat Fischer weist die Beschwerde zurück. Gerade die Arbeiten an dieser Stelle würden aufs äußerste beschleunigt und würden im ganzen nur acht Tage in Anspruch nehmen. — Stadtv. Kaiser beantragt, die Straßenbahngesellschaft zu veranlassen, die Lindenauer Linie von der Lützenberger Straße durch die Friedrich August-Straße bis zu den Plagwitz Bahnhöfen fortzuführen, zieht jedoch den Antrag wieder zurück bis zu einer demnächst zur Beratung gelangenden Konzeptionsklärung neuer Linien.

Prof. Dr. Bücher widerspricht der Auffassung des Referenten, daß wir es bei den Straßenbahnen lediglich mit privatrechtlichen Unternehmungen zu thun hätten. Die Stellung der Stadt zu den Straßenbahnen sei doch offenbar dieselbe wie die des Staates zu den früheren Privatbahnen. Der vom Rate vorgelegte Bericht über die Entwicklung der Leipziger Straßenbahn widerlege in keinem Punkte die Auffassung, die der Redner am 17. Juli 1895 in Bezug auf das Anseinsfallsrecht vertreten habe. Er wolle jedoch hierauf nicht nochmals näher eingehen, da er das Kollegium nicht für das geeignete Forum halte, diese Frage endgültig zu entscheiden, er werde sich aber vorbehalten, sich hierzu ein anderes Forum zu wählen. — Der Referent, Herr Junk, bringt hiergegen seine juristische Auffassung zum Ausdruck, daß der früher vorgezeichnete Anseinsfalls der Pferdebahn an die Stadt bereits durch den Vertrag von 1881 beseitigt worden sei.

Die gestellten Ansuchen werden hierauf sämtlich angenommen und damit die Genehmigung des Vertrages endgültig ausgesprochen.

Weiter stand noch zur Beratung die an den sächsischen Landtag zu sendende Petition wegen Erbauung des Elster-Saalekanals durch den Staat. Die Regierung hat den im Vorjahre von der Stadt Leipzig zu den Baukosten des Kanals bewilligten Beitrag von 3 Millionen Mark als kein Opfer der Stadt angesehen und hält es auch für ansichtslos, wegen der gewünschten Ladefähigkeit der Schiffe bis zu 10 000 Centner aufs neue mit der preussischen Regierung in Verhandlung zu treten, nachdem zwischen beiden Regierungen über die Ladefähigkeit bis zu 7800 Centner bereits früher Einigung erzielt wurde. Die Regierungsverordnung, die diese Eröffnungen enthielt, ist bereits am 27. September v. J. erlassen worden. Im Februar hat nun eine Sitzung des hiesigen Kanalausschusses

Aus dem Leipziger Konzertleben. Mit raschen Schritten eilt die Saison ihrem Ende entgegen. Die stürmische musikalische Hochflut glättet allmählich des milden Frühlingswetters ihre Wogen; sie und da noch ein Wohlthätigkeitskonzert, ein verspäteter Klavier-Talon, der vor leeren Bänken spielt — warte nur — Konzert-Saison 1895/96 — balde ruhest Du auch!

Der feste Stützpunkt inmitten dieses alljährlich hochaufschäumenden Musiktreibens sind und bleiben nun einmal die 23 Gewandhauskonzerte. Mit ihnen beginnt, mit ihnen schließt glanzvoll die Saison, in ihnen mit regelmäßiger Sicherheit sich folgendem musikalischen Thaten gepflegt innenfüllig die allerletzt angestrebte Vollendung. Die alljährlich von Konzertagenturen veranlaßten Gastspiele auswärtiger berühmter Kapellen und gefeierter Dirigenten vermögen uns diese hohe Meinung von unserem einheimischen Institute keineswegs zu benehmen, vielmehr gewinnen wir nachgerade die Ueberzeugung, daß unser Gewandhausorchester, wie es sich Arthur Nikisch's eminenten Dirigentenbefähigung innerhalb einer Saison herangezogen, nunmehr den vornehmsten europäischen Orchestern (Wien, Berlin, München etc.) beigestellt werden darf.

Schade, daß diese Herde des Leipziger Konzertlebens nur den schweren und schwersten Gesäßen ihr tönenb' Geheimnis offenbart, der einfache Bürgermann kommt nie ins Gewandhaus, ganz zu schweigen vom sogenannten Volke, daß sich den Luxus eines Gewandhauskonzertes (Willet 5 Mk.) bisher noch nicht zu leisten vermag.

Sehr glänzend und festlich war der Charakter des vorletzten Konzertes, das zum Besten des Orchesterpensionsfonds stattfand. Schumann's glanzvolle Oboe-Symphonie ist wohl selten kraftvoller und farbenreicher zu Gehör gebracht worden, besonders das hymnenartig ausklingende Finale mit den donnernden Paukenschlägen wirkte elektrisierend. Einen mächtigen Eindruck hinterließ gleichfalls Wachs' imposante Fdur-Orchel-Loccata, die G. Esler mit bewundernswertem Geschick für Orchester übertrug hat. In Mendelssohn's Wertelre zur schönen Melusine interessiert besonders die in der Einleitung auftretende wallende Klarinettenfigur, die Richard Wagner bei seinem Motus des wogenden Rheines (Rheingold) vorgeschwebt haben mag.

Die Ehre, nach einem Joachim, Kuer etc. als letzter diesjähriger Instrumentalist aufzutreten, hatte der Frankfurter Violinvirtuose Hugo Herrmann vollaus verdient; einen würdigeren Interpreten des Beethoven'schen Violinkonzertes zu finden, wäre schwer. In diesem seltenen Künstler paart sich geistbeschwungte, zündende Auffassungskraft mit nie verlassender technischer Fertigkeit. Seine Cantilene ist von zauberhafter Innigkeit durchdrungen, ohne je in Süssigkeit oder Sentimentalität sich zu verlieren. Das inoffiziere Davidische Stück: Tambourin hätten wir Herrn David freilich gern gesehen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 20. März.

Neues Theater. Man kann die ganze Größe eines Genies bewundernd anerkennen, ohne für seine Fehler und Schwächen blind zu sein. Ich weiß wohl, daß es seit Winckelmann und Lessing in Deutschland als Verbrechen gilt, über den Dichter und Menschen Goethe etwas Nachtheiliges zu sagen; aber alle Dämpfer und Voepel der Welt werden mich nicht hindern, die Wahrheit zu bekennen, d. h. das, was ich für Wahrheit halte. Nicht etwa aus Verkleinerungssucht und kritischer Schadenfreude. Nein, wenn einer Goethe liebt und vor dem, was groß an ihm ist, bewundernd verhinunt, so bin ich dieser eine. Aber diese Liebe und Bewunderung ist stark genug, um den Anblick der Kleinlichkeiten und Beschränktheiten, die den Uebermenschen von Weimar mit seinem Land und seiner Zeit verknüpfen, überdauern zu können.

Das Kapitel Goethe als Philisterr ist noch nicht geschrieben. Und doch ließen sich aus dem Leben und den Schriften dieses großen Mannes, der an Tiefe der Erkenntnis und Breite des Blickes alle Zeitgenossen überragte, tausend kleine Züge zusammentragen, die ihre Herkunft aus dem deutschen Spielbürgerthum des 18. Jahrhunderts nicht verkünnen. Dahin rechne ich vor allem die Knechtelhaftigkeit des Frankfurter Bürgerbüchchens, das es sich stets zur höchsten Ehre anrechnete, wenn ein Baron es eines Grußes würdig, und ganz in Entzücken schwinnt, wenn es einer Gräfin die Hand küssen kann. Man lese daraufhin doch einmal Wilhelm Meister mit kritischem Auge durch! Wie ein roter Faden zieht sich durch das ganze die tiefe Ehrfurcht des Nichtablägen vor dem Adligen — ein trauriges Zeugnis für den Mangel an bürgerlichem Selbstbewußtsein, durch den das Deutschland des ausgehenden 18. und das des angehenden 19. Jahrhunderts bei den Nachbarn rings umher zum Geipötl wurde. Die mittelalterlichen feudalen Standesunterschiede, die die großen Revolutionen in England und Frankreich in die historische Kumpellammer geworfen hatten, blieben in Deutschland, dank der Feigheit und Knechtelhaftigkeit des Bürgerthums, unangetastet, und ihr Geiß beherrscht bis heute die politische und soziale Entwicklung des neuen deutschen Reiches.

Goethe's Tasso ist der schönste und reinste Ausdruck dieser Spielbürgerdemut. Gerade darum aber mußte er jeden freien Geist nur komisch an. Wie? Oder sollten wir modernen Menschen es etwa für ein tragisches Verbrechen halten, wenn ein Genie eine Prinzessin liebt? Im Gegentheil. Nach unserem Empfinden sollte sich die Prinzessin eher bei Tasso bedanken, wenn sie solcher Ehre gewürdigt wird. Ja, wenn der Hühner und Staatsmann und Antonio

beim Anblick dieses menschlich-allgemeinlichen Vorganges ganz erstarrt die entsetzten Worte stammelt:

Wenn unser Geiße was Ungeheures sieht, Steht unser Geiße auf eine Weile still, Wir haben nichts, womit wir das vergleichen.

so haben wir als Antwort nur ein unaussprechliches Gelächter. Um so mehr, als die steife Giltette des Weimarer Hofes, die Goethe hier schildert, gar nicht in die ungebundene Geniezeit der Renaissance hineinpaßt. Doch genug. Ich will die Kritik des Tasso wohlweislich hier abbrechen. Die Schulmeister mögen nach wie vor dieses Drama als den Höhepunkt von Goethe's Schaffen preisen. Ich sehe darin nichts als eine ungeheure Verirrung. Und das trotz der angeblich so feinen Charakteristik der einzelnen Personen. Wie sieht es denn damit? Kenore Sanvitale sagt der Kenore von Este in wohlgelesenen Worten, sie sei so und so, die Prinzessin erwidert der Fremdbin, sie sei so und so, Tasso sagt dem Antonio, er sei so und so, und alle zusammen sagen Tasso, er sei so und so. Wenn das dramatisch charakterisieren heißt, dann verstehe ich überhaupt nicht, was dramatisch ist.

Aber die Sprache, diese unvergleichlich schönen Verse, an deren lyrischem Wohlklang sich jedes Ohr heraufsch! Ja, wenn ich ins Theater ginge, um lyrische Gedichte zu hören, dann sänd' ich sicher des Entzückens kein Ende. So aber gehe ich hin, um ein Drama zu sehen, und siehe da! es wird fünf Akte hindurch ein Sentenzenstuck über mich ausgeschüttet. Schöne Sentenzen velleicht, gute Lebensregeln, Knigges Umgang mit Menschen in Versen, aber doch nur Sentenzen. Ich gestehe: unter Menschen, die alle von früh bis spät so allweise redeten, wie die Gesellschaft in Veltriguaro, hielt' ich es keine vierundzwanzig Stunden aus.

Und nun denke man sich eine Aufführung, bei der alle Sentenzen in ausringeliger Weise dem Hörer ins Ohr geschrieben werden, eine Aufführung, bei der die fallischen Betonungen und das unnatürliche Pathos den ganzen Schmelz von den Goetheschen Versen streifen; eine Aufführung, bei der Fil. Mancke (Kenore von Este) nach jedem Verse so laut nach Luft schnappt, daß das hinterste Parterre sich verpumpt fragt, ob die Prinzessin von Ferrara den Schluß hat, und Fil. Immitisch bei jedem geflügelten Worte, das im Buchman steht, die Stimme hebt, als wollte sie das Publikum auf die Goethesche Lebensweisheit aufmerksam machen. Fürwahr, unsere Theaterdirektion sollte mit solchen Schauspielern keine derartigen Experimente machen. Selbst der Tasso des Herrn Zaeger war eine sehr mächtige Leistung, und der Antonio des Herrn Borchardt und der Alphons des Herrn Köchner steif und hölzern. Man freute sich vom Herzen, als die Vorstellung vorüber war.

unter Hinzuziehung städtischer Vertreter stattgefunden, in der die Abstimmung einer abermaligen Petition beschlossen wurde, der sich der Rat unter Aufrechterhaltung der Forderung einer Ladefähigkeit bis zu 10000 Centner angeschlossen hat und zu der auch der Beitritt der Stadtverordneten gewünscht wird. Herr Stadtv. Schröder, der über die Angelegenheit referiert, drückt dabei die Verwunderung des Ausschusses darüber aus, daß die Vorlage so spät an die Stadtverordneten gelangte, empfiehlt im übrigen aber der Petition beizutreten.

Prof. Bücher tadelt die Art der Behandlung der Kanalangelegenheit. Die ganze Frage sei jetzt auf ein totes Geleise geraten, da die Regierung an der Ladefähigkeit von 7800 Centnern festhalte, während die Stadt Leipzig die bewilligten 3 Millionen nur beitrage, wenn die Ladefähigkeit auf 10000 Centner erhöht werde. Uebrigens handle es sich für die Stadt keineswegs nur um das Opfer von 3 Millionen, sondern sie werde nach einer früheren Berechnung des Tiefbauamtes für Arealabtretung zu den Hafenanlagen und für die Eifer-Regulierung noch weitere sieben Millionen aufzuwenden haben. (Dieser Auffassung widerspricht eine Erklärung, die der Oberbürgermeister Dr. Georgi in der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni 1895 abgab und die dahinging, daß die drei Millionen die Gesamtheit dessen bilden, was die Stadt zu dem Kanal leisten werde. Der Berichterstatter.) Die Regierung wolle vor allem wissen, was die Interessenten, die Großindustriellen, zu den Kosten des Kanals beizutragen willens seien, und stellt Redner deshalb den Antrag, die Beschlußfassung über die vorliegende Petition so lange auszusetzen, bis diesbezügliche Erklärungen von den Interessenten abgegeben seien.

Aus der weiteren Diskussion wollen wir nur feststellen, daß von einer Neigung der Interessenten, etwas zu den Baukosten des Kanals beizutragen, überhaupt nichts zu vernehmen war.

Der Antrag Bücher wurde bei der Abstimmung mit 30 gegen 20 Stimmen abgelehnt und darauf dem Ausschuhsantrage, der Petition beizutreten, zugestimmt.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 19. März. Hier fand eine Parteiversammlung statt zwecks Beratung über die fortan einzuschlagende Parteitaktik und Wahl der Delegierten zur Landeskonferenz. Eine Resolution, die verlangte, daß man sich künftig nicht mehr an den Landtagswahlen beteiligen sollte, wurde mit großer Majorität abgelehnt. Zu Delegierten wurden mit ungebundenem Mandat gewählt die Genossen Stölzer, Stadnauer, Wallfisch und Conrad.

Wegen Diebstahls und Einbruchs ist hier der Tapezierer-Gehilfe Voigt zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Voigt war früher Vertrauensmann des Agitationskomitees der deutschen Holzarbeiter im 3. bis 8. Reichstagswahlkreise gewesen und hatte die ihm anvertraute Agitationskasse bestohlen.

Die streikenden Maler hielten vorgestern Abend in der Gildenen Aue eine ziemlich gut besuchte Versammlung ab, wobei konstatiert wurde, daß gegen 400 Mann die Arbeit niedergelegt haben. Gegen 30 Meister haben die Forderungen bewilligt.

g. Zwickau, 18. März. Die Geschäftsberichte der Werke des Zwickauer und Delsnig-Lugauer Kohlen-Reviers lauten auf das Jahr 1895 viel günstiger als 1894. Der Zwickau-Ober- und Hohndorfer Steinkohlenbauverein hat 580 539 Mt. 30 Pf. Reingewinn gemacht und zahlt 150 Mt. Dividende auf jede Doppelaktie. Auf die Aktien dieses Werkes sind 330 Mt. eingezahlt worden und sie wurden im Zwickauer Börsebericht vom 6. März mit 3540 Mt. G. notiert. 1894 wurden 130 Mt., 1893 180 Mt. Dividende gezahlt. Der Zwickauer Steinkohlenbau-Verein Vereinsglied will 200 Mt. Dividende zahlen; 1893 zahlte er 240, 1894 190 Mt. Auf diese Aktien sind seiner Zeit 138 Mt. eingezahlt worden. An der Börse sind sie jetzt mit 3080 Mt. notiert. Der Aufsichtsrat des Hohndorfer Steinkohlenbau-Vereins hat beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 16%, Prozent auf die Prioritäts-Aktien, Serie 1, 14%, Prozent auf die Serie 2 und 4%, Prozent auf die Stammaktien vorzuschlagen. Bodwa-Hohndorf-Vereinigt sind über 100 000 Mt. und Konfordia-Delsnig über 60 000 Mt. Reingewinn gemacht. Dieses Werk hat 1893 und 1894 mit bedeutendem Verlust gearbeitet; der günstige Geschäftsgang des letzten Jahres hilft aber wieder dazu, einen großen Teil des Defizits zu decken. Auch jetzt wird noch flott selbst unter der Erde auf vielen Werken 12stündig gefahren. Allerdings soll die Schicht nur 10 Stunden dauern, aber viele Vergleite machen aus Furcht vor Maßregelungen und um sich den Mehrverdienst nicht entgehen zu lassen, Behtel (Ueberstunden). Die Betriebsverwaltungen freuen sich über diesen Eifer der Vergleite natürlich sehr, denn er begünstigt die Lohn-druckerei und erhöht die Profile der Herren. Um den Vergleiten das direkte Wahlrecht zum Landtag zu erhalten, dafür hat sich unter den Grubenbaronen keine Stimme erhoben. Auch die evangelischen Arbeitervereinigungen, wie der Königstreue Knappenverein des Delsnig-Lugauer Reviers, wo Arbeiter und hohe Beamte zusammen im Vorstand sitzen, haben keine Silbe zur Wahrung der Rechte der Arbeiterklasse verloren. Ihr ganzes Sinnen und Trachten geht bloß darauf hinaus, die sozialdemokratische Bewegung hier lahm zu legen. Natürlich sind ihre Erfolge in dieser Hinsicht gleich Null, trotz Freiber und honigsüßen Nebenartens; denn zur Hebung der Lage der Vergleite tragen sie nichts bei. Das ist und bleibt nach wie vor Aufgabe der Sozialdemokratie.

Zwickau, 19. März. Die Töpfergehilfen beschlossen am 15. d. M. in öffentlicher Versammlung, der Lohnfrage näher zu treten und eine Versammlung unter Einladung der Meister abzuhalten.

Zeitzschheim, 19. März. Vier hiesige Genossen, welche auf einigen Dörfern das Flugblatt: An das Volk Sachsens verbreitet hatten, erhielten von der Amtshauptmannschaft Strafmandate in Höhe von je 50 Mt. oder zehn Tagen Gefängnis zugeschiedt. Diefelben sollen dadurch, daß sie die Flugblätter in die Wohnungen eingelegt haben, sich des groben Unfugs schuldig gemacht haben.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. März.

Als ein „großes und bahnbrechendes Reformwerk“ begrüßt die Leipziger Zeitung die Annahme der Wahlrechtsvorlage durch die erste sächsische Kammer. Wie zum Hohn jüht das Blatt die Bemerkung an: Möge das Gesetz zur Ehre

und zum Segen des Vaterlandes wirken! — Der Sozialdemokratie wird es vorbehalten bleiben, die Ehre des sächsischen Landes wieder herzustellen.

Verrücktheit in der Redaktionsstube. In den Leipziger Neuesten Nachrichten ist zu lesen:

Einem Einblitz in das Familienleben, wie es das Großstadtleben zeitigt, gewährt folgende Meldung eines Berliner Berichterstatters: Ein 19jähriger Knabe wurde am Sonntag früh in der Bankestraße zu Berlin in sinnlos betrunkenem Zustande aufgefunden und nach der Polizeiwache gebracht, wo ihm Gelegenheit gegeben wurde, seinen Rausch auszulassen. Wie der Knabe angab, hatte er mit seinen Eltern ein Tanzvergnügen besucht und alle drei hatten am frühen Morgen das Total im betrunkenen Zustand verlassen. Auf dem Wege nach der Wohnung hatte er seine Angehörigen verloren, die, ohne das Fehlen ihres Sprößlings zu bemerken, sich nach Hause begeben und schlafen gelegt hatten.

Dieser Notiz hängten die Leipziger Neuesten Nachrichten folgende Bemerkung an:

Nachdem die sozialdemokratische Lehre die „verbannte Hebräitstümlichkeit“ und den Sinn für die Häuslichkeit in ihren Anhängern total erstickt hat, kann man das oben geschilderte wohl verstehen. In Ihren Frichten sollt ihr sie erkennen!

Eine Gummizelle in Stülterich ist da das einzige, was noch helfen kann.

Die Leipziger Bismarckarbeiter haben das Bedürfnis, zu Ehren ihres Sachsenwälders Heiligen wieder einmal eine solenne Kneipe mit obligater Nationalbegeisterung zu veranstalten. Da Bismarcks Geburtstag diesmal in die geschlossene Zeit fällt, ist der Kommerz, dessen Fikibilität nicht beeinträchtigt werden soll, auf den 28. März angesetzt worden.

Der diesjährige deutsche Lagerhaltertag findet am 6. April (2. Osterfeiertag) hier im Saale der Kaiserhallen statt. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Vertrauensmannes und Diskussion. Hieran findet die erste Generalversammlung des Verbandes der in Konsum- und ähnlichen Vereinen beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Klassenbericht und Entlastung des Vorstandes, 3. Wahl des Vorstandes, 4. Wahl der Revisoren, 5. Anträge der Mitglieder. — Die Leipziger Lagerhalter geben ihren auswärtigen Kollegen am 1. Osterfeiertag abends einen Kommerz.

Die nächsten Kontrollversammlungen finden für den Bezirk der Stadt Leipzig in der Zeit vom 7. bis 11. April auf dem Kasernehofe in Mölkern, dem Exerzierplatz in Gohlis und im Kristallpalast statt. Im Bezirk Leipzig-Land werden die Kontrollversammlungen abgehalten am 13. April in Taucha, am 14. April in Markranstädt, am 15. in Lützenau, am 16. in Zwenkau und am 17. April in Liebertsdorf. Den Reservisten und Landwehrenten werden am Ende dieses Monats die Besuche zu den Kontrollversammlungen zugestellt.

Eine für die Straßenbeleuchtung mit Auerischen Doppelgasglühlichtbrennern wichtige Erfindung hat ein junger Danziger Ingenieur v. Morstein gemacht. Er entdeckte bei seinen Versuchen auf dem Gebiete der Beleuchtungstechnik ein sinnreiches Verfahren, daß es ermöglicht, die genannten Brenner auf den Straßenlaternen von einer Centralstelle aus gleichzeitig zu entzünden. Die Erfindung ist von einer sächsischen Fabrik sofort für 60 000 Mark zur Ausbeutung angekauft worden. Wenn die Einrichtung sich bewährt, dürfte sie wohl bald in den Städten, die sich mehr und mehr dem Gasglühlicht zuwenden, zur Anwendung kommen.

Waldent genießen von Mitte März ab auf 3 1/2 Monate Dauer in Sachsen gesetzlichen Schutz. Von jetzt an dürfen in unseren heimischen Wäldern nur noch die von Jahr zu Jahr spärlicher werdenden Auer- und Birkhähne, sowie die von Mitte oder Ende März auf dem Wege vom Süden nach den wasserreichen Niederungen des Nordens bei uns nur noch vereinzelt durchziehenden Schnepfen abgeschossen werden.

Eisenbahnsignalfahren. Eine neue zweckmäßige Einrichtung soll demnächst auf größeren Bahnhöfen Deutschlands getroffen werden. Da mit den Eisenbahnzügen und der Aengstlichkeit der Passagiere, den in Aussicht genommenen Zug etwa zu versäumen, gerechnet werden muß, und die Passagiere den Abruf in den Wartesälen und Restaurationsräumen oft überhören, der Abruf auch aus Bereschen unterbleibt, so geht man mit der Absicht um, verlässliche Eisenbahnsignalfahren in diesen Aufenthaltsräumen anzubringen. Diese sind so gerichtet, daß sie zu einer bestimmten Zeit vor dem Abgang eines jeden Zuges stark lauten und gleichzeitig mittels Tafeln, die sich herauschieben, die Richtung anzeigen, wohin der signalisierte Zug fährt. Es geschieht dies auf elektrischem Wege. Bei Zugverspätungen oder bei Änderungen der Zugabfahrten können die Signale dementsprechend umgestellt werden.

Von der Eisenbahn. Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat bestimmt, daß beim Verlangen eines Reisenden auf sofortige Erstattung des Fahrgeldes am Fahrkartenschalter die Rückzahlung des Fahrgeldes um den Betrag einer Bahnsteigkarte auch dann nicht zu erfolgen hat, wenn die Karte wegen bedeutend verspäteter Abfahrt des Zuges aufgegeben wird. Bisher wurde von der Rückzahlung nur dann abgesehen, wenn Mangel an Platz in der gewünschten Klasse herrschte, oder wenn der Zug ausfiel.

Die Beseitigung von Störungen in den Fernsprechstellen und von anderen Unregelmäßigkeiten im Fernsprechtsbetriebe wird oft dadurch verzögert, daß die Anträge an die Ober-Postdirektion gerichtet werden, während der Fernsprechtsbetrieb in Leipzig von dem hiesigen Stadt-Fernsprechante geleitet und beaufsichtigt wird. Bei eintretenden Störungen, und wenn längeres Ausfallen des Teilnehmers unerwiderst bleibt, empfiehlt es sich, jedesmal sogleich dem Aufsichtsbeamten beim Vermittlungsamte I durch den Fernsprecher Mitteilung zu machen. Aus Anlaß vorgekommener Mißbräuche wird ferner darauf hingewiesen, daß die dem Stadt-Fernsprechante unterstellten Telegraphenarbeiter für vorgenommene Instandsetzungen in den Fernsprechstellen in keinem Falle Geldbeträge einzuziehen haben.

Die projektierte Errichtung eines Aussichtsturmes auf dem sogenannten Scherbühlberg im Rosenthal soll in Kürze zur Ausführung gelangen. Der Rat hat dazu 10 000 Mark aus Stiftungsmitteln ausgeworfen. Die Besucher des Rosenthal werden von dem Turme eine Rundschau über einen großen Teil der Leipziger Umgebung genießen können.

Zum außerordentlichen Professor der medizinischen Fakultät an hiesiger Universität ist der bisherige Privatdozent Dr. Gustav Kriehl ernannt worden.

Während der Kaninchen-Ausstellung im Pantheon soll nächsten Sonntag nachmittags 1 Uhr eine Versammlung der Vertreter des Bundes deutscher Kaninchenzüchter in dem genannten Lokale abgehalten werden.

Eine wenig angenehme Überraschung warlele am Mittwoch Abend zweier Reisender, die auf dem Magdaburger Bahnhof den von Leipzig kommenden Personenzug verlassen hatten. Kaum hatten Sie den Perron betreten als ihnen von Kriminalbeamten ihre Verhaftung angekündigt wurde. Sie waren verdächtig, in Leipzig einen Mord an dem Bankier Schneider verübt zu haben. Die angestellten Erörterungen ergaben aber, daß die Polizeibeamten die Unrichtigen erwischt hatten, die dann auch am anderen Morgen wieder entlassen wurden. Der mutmaßliche Mörder wird beschrieben als ein Mann von 40 bis 45 Jahren mit kurzgeschorenem Vollbart und bekleidet mit kurzem dunklen Winterüberzieher. Ueber den Mord selbst wird berichtet: Der etwa 60 Jahre alte Bankier Schneider ist noch am Mittwoch nachmittag gegen 5 Uhr in Begleitung eines Mannes, auf den das angegebene Signalment paßt, in den Straßen der Stadt auf dem Wege nach seinem Bankgeschäft gesehen worden. Dort hat ihn bereits 1/8 Uhr eine Verwandte von ihm blutüberströmt und tot auf dem Fußboden liegend gefunden. An Schneiders Hals war eine suchtbare, vermutlich von einem Dolchstoß herriührende Wunde sichtbar, die den Tod des Unglücklichen durch Verblutung schnell herbeigeführt hat. Sein Gesicht lag nach unten in einer Mulde. Eine Menge auf dem Fußboden umhergestreut liegendes Metallgeld läßt mit Sicherheit auf einen Raubmord schließen, dessen Ausführung dem Mörder dadurch, daß Schneider, wie in Leipzig bekannt war, allein in seinem Comptoir arbeitete, wesentlich erleichtert worden ist. Was und wieviel vom Mörder geraubt worden ist, hat sich noch nicht feststellen lassen.

Unfälle. Auf dem Löhrlsplatz fiel am Mittwoch einem vorübergehenden 60jährigen Handelsmann von einem Bierwagen ein Fass auf den Körper. Der Unglückliche hat namentlich innere Verletzungen erlitten. — Am Mittwoch Abend wurde ein Streckenarbeiter der Magdaburger Bahn auf der Drehscheibe mit der Kurbel vor das Kinn geschlagen. Der Verunglückte mußte sich auf der Sanitätskavache verbinden lassen.

Wegen Funddiebstahls wurde in einem hiesigen Hotel ein Zimmermädchen aus Tabarz verhaftet. Sie hatte einen von einem Hotelgast zurückgelassenen Hundertmarkschein gefunden und an sich genommen und alsbald die Hälfte des Geldes veranagabt.

Diebstahl. Ein Pneumatik-Mover, Reumanns Germania Nr. 7, mit holzfarbig gestrichenen Felgen und Speichen und Korzgriffen an der Lenkstange, wurde aus einer Hausstube in der Mühlgasse gestohlen. Der Wert des Movers ist 200 Mt.

Vereine und Versammlungen.

Eine von 100 Personen besuchte Pappdecker-Versammlung fand am 15. März im Universitätskeller statt. Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der Organisation. 2. Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 3. Diskussion. Kollege Nicolaus schilberte in trefflicher Weise Zweck und Nutzen der Organisation. Kollege Wille erinnerte die Anwesenden an die Worte Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! und forderte die Kollegen auf, Mann für Mann den Verband beizutreten. Kollege Wilitz bespricht die schädlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Kein Gewerbe sei so krautig und lebensgefährlich wie das der Pappdecker und daher erbärmlichste Stundenlohn von 25 bis 30 Pfg. Höchstlohn bei 15- und 20jähriger Thätigkeit. Mehrere Kollegen tadelten scharf die Außerachtlassung der Unfallvorschriften und sonstige Mißstände bei der Firma G. F. Weber. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die öffentliche Versammlung der Pappdecker, Asphaltreure und deren Hilfsarbeiter fordert 1. einen Stundenlohn von 40 Pfg. für Vor- und 35 Pfg. für Hilfsarbeiter; denselben Lohn für Asphaltreure mit Zuschlag von 10 Pfg. pro Stunde; sogenannte Gratifikationen kommen in Wegfall, an deren Stelle tritt der vorerwähnte Zuschlag von 10 Pfg. und ist dieser nach Fertigstellung der Arbeit sofort mit auszugeben. 2. Beseitigung des Accordsystems. 3. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden; sind sie aber unbedingt nötig, so sind 10 Pfg. pro Stunde mehr zu zahlen. 4. Sonntagsarbeit ist vollständig zu unterlassen, in außergewöhnlichen Fällen nur bis 3 Uhr nachmittags bei 50 Proz. Zuschlag zulässig. 5. In Nachtschichten sind nur 8 Stunden zu arbeiten bei einem Zuschlag von 50 Proz. 6. Die Arbeitszeit dauert von 6 bis 6 Uhr. 7. Bei auswärtigen Arbeiten von 5 bis 7 Kilometer Entfernung 2 Stunden Begehlober 1 Mt. Auslösung. 8. Ueberstunden sind von der Fabrik aus zu berechnen und zwar für Vor- und Hilfsarbeiter gleichmäßig. Bei weiteren Entfernungen bis zu 100 Kilometern 1,50 Mt. und bei 2 Kilometer über 100 Kilometer tritt die Auslösung von 2 Mt. ein. 9. Der Lohn ist Sonnabends bis 6 Uhr auszugeben, so daß nicht, wie es bisher üblich war, mancher noch um 8 Uhr auf seinen Lohn warten mußte. Es wurde der Antrag angenommen, eine viergliedrige Pappdecker-Kommission zu wählen, die die Forderungen gemeinsam mit der gewählten Kommission der Ziegel- und Schieferdecker den Unternehmern unterbreiten soll. In dieser Versammlung wurden 45 neue Mitglieder in den Verband aufgenommen.

Soziale Rundschau.

Arbeiter Deutschlands! Arbeiter des Auslandes! Seit dem 15. Februar d. J. befinden sich ca. 6000 Textilarbeiter und Arbeiterinnen von Kottbus im Kampf mit dem Unternehmertum. Der größte Teil derselben wurde durch Massenentlassung auf das Strophenpflaster geworfen, da sie sich nicht verfliegen wollten, wie ihnen von seiten der Unternehmer zugemutet wurde, ihren im Kampf befindlichen Brüdern und Schwestern in den Rücken zu fallen. Neunmal boten wir die Hand zu einem anständigen Frieden; neunmal wurden wir zurückgewiesen unter dem Verlangen unbedingter Unterwerfung. Jetzt hat das Unternehmertum gedacht, die ausländische Arbeiter-schaft anzuhungern.

Arbeiter! So schamlos offen haben sich Unternehmer wohl noch nicht gegeben. Der Kampf ist nicht bloß mehr ein solcher um die Interessen der Arbeiterschaft, sondern auch um ihre Ehre. Umsonst aber besteht die Pflicht, ihn siegreich durchzuführen. Arbeiter! Im Vertrauen auf Euer bis jetzt so thatkräftig bewährte Solidarität hoffen wir, dieses Ziel zu erreichen. Der streikenden Textilarbeiterschaft von Kottbus.

Berlin, 19. März. Die Bäckergehilfen Berlins beschlossen gestern in einer Versammlung in Nießes Salon wegen einer Durchsicht des Innungsarbeitennachweises bei der Gewerbe-deputation des Magistrats vorstellig zu werden. Ueber das Nachweisbureau der Innung Germania wurde Beschwerde geführt und eine schwarze Liste der agitatorisch thätigen Gesellen verlesen. Eine öff.liche Versammlung soll sich mit der Frage

des zwölfstündigen Arbeitstages befaßen und eine Kontrollkommission wählen, die mit der Ueberwachung der Bäckereibetriebe betraut werden soll.

Die Spiritusfabrikanten helfen sich selbst und kartellieren sich. So hat eine Versammlung westpreussischer Spiritusinteressenten in Marienburg eine Spiritusverkaufs-Gesellschaft gegründet, an deren Spitze v. Groß-Kamin, Verbandsanwalt Heller und Generalsekretär Steinmeyer stehen.

Wien, 19. März. Bei den gestrigen Gewerbedeputiertenwahlen in der Stadt Wien siegten die Kandidaten der christlich-sozialen Partei über die der sozialdemokratischen.

Karlsruhe, 19. März. In Durlach (Baden) sind 100 Weibgäuber in den Streik eingetreten. Sie verlangen Erhöhung des Stundenlohnes von 37 auf 40 Pfennige. Die Stimmung unter den Streikenden ist eine gute.

Strasbourg i. G., 19. März. Die Lohnbewegung der Druckereihelfer endete mit dem Siege der Arbeiter. Es wurden eine nennstündige Arbeitszeit und Lohnerhöhung bewilligt.

eh. Zürich, 18. März. Daß die Verhandlungen der Kommission der Arbeiter mit den Brauereibesitzern Zürichs zu einer Verständigung geführt haben, berichtete ich bereits. Diese Verständigung scheint allerdings von kurzer Dauer gewesen zu sein; denn in der Generalversammlung der schweizerischen Brauereibesitzer, die am Montag in Olten tagte, wurde der Beschluß gefaßt, daß die Brauereien nur die faktualen nicht aber die von den Arbeitern geforderten obligatorischen Arbeitsnachweise anerkennen würden. Das Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat nun den Brauereien eine neue Offerte vorgelegt und den Arbeiteraktionen unterbreitet. Diese sollen bis Montag den 23. März darüber sich aussprechen, worauf das Bundeskomitee definitiv Beschluß fassen wird. Ob es in Zürich infolge des älteren Beschlusses nun doch zum Vorkoll kommen, ob derselbe gar über alle größeren Plätze der Schweiz verhängt wird, ist bei der heutigen Lage der Dinge nicht zu sagen. — In der Konferenz, die zwischen den Delegierten der Werkstättenarbeiter und den Verwaltungsoberorganen der Jura-Simplondahn stattgefunden hat, ist eine Einigung auf Grund einer befriedigenden Dienstfala und einiger anderen, auf die Aufstellung bezug. Entlassung bezüglichen günstigeren Bestimmungen, zu stande gekommen. — In den nächsten Tagen kommt Dr. Sourbe und, wie man hört, Bundesrat Jemp nach Zürich, um aufs neue mit der Nordostbahn zu unterhandeln.

1. Die Baseler Posamentier beabsichtigen Eintritt in eine Lohnbewegung. Sie fordern zehnstündige Arbeitszeit bei dem gleichen Minimaltagelohn von 4 Franken wie bisher. Die 10stündige Arbeitszeit stand bereits bei der vorjährigen Lohnbewegung als Hauptforderung, ist aber beim Friedensschluß fallen gelassen worden.

g. Rotterdam, 18. März. Unter den Dockarbeitern ist ein Ausstand ausgebrochen, der sich über alle diejenigen Arbeiter ausgedehnt hat, die Eisenutz ausladen. Die Ursache ist, daß durch die Anschaffung elektrischer Krähne die Arbeiterpflicht von 12 auf 9 Mann herabgesetzt wurden. Die Arbeiter verlangen die Pflüge auf ihrer alten Stärke zu behalten, weil ihnen sonst zu viel Gefahr droht von seiten der arbeitslos werdenden.

v. Amsterdam, 18. März. Der Ausstand der Ableitung Rosettenschleifer der Diamantarbeiter, der schon mehr als vier Wochen dauert, droht sich noch zu verlängern. Die Jeweliere beschloßen einstimmig, den Forderungen der Arbeiter nicht nachzugeben. Da aber die anderen Diamantarbeiter die Rosettenschleifer tüchtig unterstützen, ist seitens der Arbeiter keine Rede, ihre Forderungen loszulassen. Sie fordern 22 1/2 Proz. Lohnerhöhung.

Von Nah und Fern.

Pirna, 18. März. Die Kollugel eines Rennpferdes wurde zu Copitz in einem Weinberge gefunden. Die Kugel ist infolge ihres langen Verbleibs im Erdbreiche über und über verrostet. Man führt diesen Fund auf die kriegerischen Ereignisse des Jahres 1813 zurück, da sich damals auf dem jetzigen „Burglehmpfad“ eine Batterie befand. — Am hiesigen Postschalter wurden gestern und vorgestern wieder je ein falsches Einmarkstück angehalten.

Döhlen, 19. März. Hier hat sich der Volkshüter M. Wittner von Oberdöhlen im Karolachachte erhängt. Wittner hat in dem letzten Jahre schwere Schicksalsschläge erlitten. Er wurde vor einigen Jahren von einem Wagen überfahren, später starb seine Frau, im vorigen Jahre fand eine Tochter von ihm den Tod, indem sie in Dresden durch ein Glasdach brach, und im Januar d. J. erlitt Wittner wieder einen Weinbruch, von dem er erst kürzlich geheilt worden ist.

Wien i. B., 19. März. In Treuen fand am Mittwoch abend in der 10. Stunde in der Apotheke eine furchtbare Explosion statt. Der gesamte Lagerraum und die anstößenden Räume wurden vollständig zerstört. Der Provisor begab sich um die angegebene Zeit mit einem offenen Lichte in den Koffen Keller, wobei vermutlich infolge von Gasausströmung die Explosion erfolgte. Da in einem anderen Keller auch Spiritus, Benzol u. dergleichen, ist es als ein wahres Wunder anzusehen, daß nicht auch diese explodiert sind. Das Haus ist arg beschädigt. Auch Fenster der Nachbargrundstücke wurden eingedrückt. Der Provisor hat glücklicherweise nur einige Brandwunden erhalten. Der Schaden läßt sich bis jetzt noch nicht feststellen.

Großenhain, 19. März. In dem Stadtkrankenhaus ist der Direktor der Handelsschule, Wittger, an den Folgen von Blutvergiftung gestorben. Er hatte mit einer Stahlfeder einen Stich in die rechte Hand erhalten. Eine am Arme vorgenommene Operation vermochte nicht den Verletzten zu retten, da bald auch eine Anschwellung des linken Armes eintrat.

Glauchau, 19. März. Am Dienstag abend in der neunten Stunde ereignete sich in der Turnerstraße ein schwerer Unglücksfall dadurch, daß die Pferde eines Geschirres scheuten, wobei der Kutscher mehrere Rippenbrüche erlitt und der andere Insasse des Wagens, ein Reisender, am Kopfe lebensgefährlich verletzt wurde, so daß man an seinem Auskommen zweifelt.

Leisnig, 19. März. Am Dienstag vormittag in der ersten Stunde brach im Wohnhause des Handarbeiters Hermasdorff in Postenberg ein Brand aus, welcher das Anwesen völlig einäscherte. Der Geschädigte hat nicht versichert.

Berlin, 18. März. Die Broschüre Friedrichmanns: Kaiser Wilhelm II. und die Revolution von oben, erscheint, dem Lokal-Anzeiger zufolge, in Paris Mitte April in deutscher, englischer und französischer Sprache, 240 Seiten stark. Angeblieh laufen täglich Anzeigen von Persönlichkeiten der Berliner Gesellschaft in Paris ein, ob ihr Name in der Broschüre genannt sei. Also der beste Beweis, daß Friedrichmann „wack“ weiß.

Hamburg, 20. März. Bei der Ankunft der Hamburger Post Seestern hier selbst wurde ein Matrose verhaftet, welcher im Kanale auf den ersten Offizier Julius Zahde einen Mordversuch begangen hatte, indem er ihm mehrere Doldschläge in den Rücken versetzte. Der schwerverletzte Offizier ist in das Plymouther Krankenhaus gebracht worden. Was für Ursachen mögen den Matrosen zu einer solchen That veranlassen haben? Aus Liebhaberei hat er sie gewiß nicht verübt.

Dortmund, 19. März. Beim Sprengen von Steinmassen auf der Berghalde des Schachtes Kaiserstuhl löste sich ein Schuß zu früh. Durch umherfliegende Steine wurden drei Arbeiter schwer verletzt, von denen der Steiger Witz bereits seinen Verletzungen erlegen ist.

Düsseldorf, 19. März. Auf Beschluß des Oblier Oberlandesgerichts wurde der wegen großartigen Betruges angeklagte Dr. Volbeding gegen 200000 Mark Kaution aus der Haft entlassen.

s. Marburg, 19. März. Ermordeter Radfahrer? Unter dieser Spitzmarke geht die Meldung durch die Presse, daß der hier in Stellung gewesene Schreiber Eduard Neumann, dessen Leiche man in der Bahn fand, wahrscheinlich das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Diese Nachricht ist falsch. Es besteht gar kein Zweifel, daß Neumann von Rad stürzte (abends 9 Uhr), bei seiner hochgradigen Kurzsichtigkeit einen Fehltritt that und so in die längs der Chaussee stehende Bahn geriet. Neumann war ein tüchtiger Parteigenosse, der namentlich unter dem Sozialistengesetz stets am Platze war. Er stammt aus Berlin und war ursprünglich Bäcker. Vor etwa 12 Jahren kam er auf der Wanderschaft nach hier und wechselte vor circa 5 Jahren den Beruf. Die hiesigen Genossen werden dem Verstorbene ein dauerndes Andenken bewahren.

Mürnberg, 19. März. Gegen den Kommerzienrat Falk in Duppeldich ist eine Untersuchung wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit, begangen an unerwachsener Mädchen, eingeleitet worden. Von einer Verhaftung soll wegen des hohen Alters des Angeklagten, der bereits 74 Jahre (!) zählt, Abstand genommen worden sein.

Wien, 20. März. Das Extrablatt meldet, die Mannschaft des englischen Schooners Mary the Second, hauptsächlich aus Chinesen bestehend, menterte auf der Fahrt von Singapur nach den Karolinen. Der Kapitän, ein deutscher Steuermann und mehrere Passagiere wurden ermordet. Unter den Meuterern brach sofort ein Streit aus, wobei drei von ihnen ermordet wurden. Ein spanischer Kreuzer bemächtigte sich sodann des Schiffes und brachte die Meuterer nach Manila ein.

Leipzig, 20. März. In Oligalitz breitet sich der Flecktyphus aus; die Epidemie greift rasch vor sich. Unter den zahlreichen Opfern sind namentlich viel Aerzte.

Budapest, 19. März. Bei dem heutigen Säbelduell zwischen dem Minister Baron Josika und dem Grafen Berto Albelesberg erhielt letzterer einen schweren Stirnhieb. Josika wurde unbedenklich an der Hand verletzt.

Graz, 18. März. Gestern fand ein Pistolenduell zwischen zwei Konkurrenzstudenten statt. Bei dem Zweikampfe, der einen blutigen Ausgang nahm, fungierten Offiziere als Sekundanten.

Belfines (Gemeing), 18. März. Auf einem hiesigen Steinbruch explodierten 2 1/2 Kilogramm Dynamit, das auf einem Aufzug in die Grube hinabgelassen werden sollte. Einem Arbeiter wurde der Kopf abgerissen, einem zweiten ein Bein zerschmettert.

Vriech, 19. März. Gestern entstand in Jocz zwischen französischen und italienischen Arbeitern infolge eines am Montag stattgehabten Angriffs der Italiener auf einen französischen Arbeiter eine Schlägerei. Es verlautet, daß ein Arbeiter getödtet und fünf verwundet wurden. Gendarmen-Abteilungen wurden an den Thotort entsandt. Die italienischen Arbeiter haben sich nach Moyenvire in Deutsch-Bohmen zurückgezogen.

Petersburg, 19. März. Vor dem Friedensrichter kam heute die Klage des Fürsten Meljersky, Redakteur des Grafshand, gegen die Gebrüder Polowzew, Söhne des Mitglied des Reichsrats gleichen Namens, zur Verhandlung. Die Gebrüder Polowzew haben sich Thätlichkeiten gegen den Fürsten Meljersky, der ihren Vater in einem Artikel des Grafshand verleumdet hatte, zu Schulden kommen lassen und wurden zu je zwei Wochen Arrest verurteilt.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 19. März.

Die Gehaltsverhältnisse der Angestellten der hiesigen Butter- und Margarinefabrik von Paul Augustin haben in kurzer Zeit vier Handlungsgehilfen dieser Firma zu unredlichen Handlungen veranlaßt. Vor zwei Monaten wurde der Handlungsgehilfe Berner von der II. Strafkammer zu zehn Monaten Gefängnis und vor sechs Wochen der Handlungsgehilfe Schöne von der IV. Strafkammer zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, während sich jetzt der 22 Jahre alte frühere Bäcker und jetzige Handlungsreisende Arno Remo Jacob aus Trebula bei Schmöln von der III. Strafkammer zu verachtens Monaten und der Handlungsgehilfe Koch noch seiner Aburteilung harret. Jacob, der seit 1895 für die genannte Firma reiste, bezog anfangs ein Monatsgehalt von 80 Mk., das später auf 100 Mk. erhöht wurde. Nach seinen Angaben wurden ihm für Monatslohn täglich 70-80 Pfg., für Touren nach außerhalb einschließlich der Reisekosten 5 Mk. Spesen vergütet. Bei diesem Spesenlohn konnte er nicht auskommen, und als er einmal in Gera, wo er nach Vorschrift in einem besseren Hotel wohnen mußte, pro Tag 10 Mk. Spesen verbraucht und verrechnet hatte, wurden ihm nach seinen Angaben die mehr als 5 Mk. pro Tag verbrauchten Spesen vom Gehalt gekürzt. Die Firma hatte auch eine Schuld, die J. in Höhe von 50 Mk. bei einem Bäckereimeister, der Kunde von A. war, hatte, übernommen und zog sie J. vom Gehalt ab. So kam es, daß Jacob am ersten eines Monats nur 65 Pfg. Gehalt heraus bekam. Um sich als gewandter Reisender bemerkbar zu machen, schrieb er in das von ihm zu führende Durchschreibebuch fiktive Aufträge und

erhöhte auch willkürlich andere reelle Aufträge. Die fingierten Aufträge sandte er in der Hoffnung, daß die Kunden sie nachträglich genehmigten würden, der Firma ein. Gleichzeitig verbrauchte er in der Zeit von Februar bis Oktober 1895 in 17 Fällen für die Firma lastierte Beträge in Höhe von 11.70 bis 74.35 Mk., insgesamt 555.54 Mk. für sich. Von dieser Summe sind durch Gehaltsabzüge und durch seinen Schwager zusammen 190 Mk. gedeckt worden. Jacob entschuldigte sein Treiben damit, daß er mit dem Gehalt und den niedrigen Spesen nicht auskommen konnte. Mit Recht wies der Verteidiger Rechtsanwalt Freitag I. darauf hin, daß Augustin sich sagen mußte, daß bei einem derartigen Gehalt und solchen Abzügen und niedrigen Spesen der Angeklagte zu unredlichen Mitteln greifen mußte. Die III. Strafkammer verurteilte Jacob unter Anrechnung von drei Monaten der Untersuchungshaft zu der hohen Strafe von einem Jahr Gefängnis.

Letzte Nachrichten.

Mit dem furchtbaren Unglück auf der Leopoldgrube beschäftigte sich dieser Tage der Oberschlesische Berg- und hüttenmännische Verein. Ueber die Einrichtung der Leopoldgrube wurde nicht ein Wort des Tadel's ausgesprochen; dagegen wurde von der zahlreich besuchten Versammlung ein Beschluß gefaßt: 1. daß die bestehenden gesetzlichen Vorschriften für den Bergbau nicht mehr ausreichend sind, und 2. daß dahin gewirkt werden müsse, eine Einrichtung in den Gruben zu treffen, die es ermöglicht, sich nach außen hin zu verständigen. Dieser „Beschluß“, fügt die Westf. Morg.-Blg. hinzu, ist so ziemlich gleichbedeutend mit einer Anklage auf Fahrlässigkeit gegen das gesamte Grubenwesen. Denn was jetzt gefordert wird, nachdem das Unglück geschehen, wäre längst vorgeesehen worden, wenn die Gesetzgebung und Verwaltung auf der Höhe der Zeit gestanden hätten.

Die Zuckersteuer-Kommission beendete gestern abend die erste Lesung der Vorlage und nahm den Rest unverändert an. Die Kommission setzte den Eingangszoll für Zucker auf 40 Mark statt auf 45 Mark für 100 Kilogr. fest. Die Zuckermagazinen sorgen für ihren Vorteil.

Die Studentenskandale in Wien dauern fort. Die jüdischen Studenten sind über den Beschluß der Studentenversammlung über Satisfaktionsunfähigkeit jüdischer Studenten empört. Die Einberufer und Redner der Versammlung wurden mit der Relegation bedroht. Ein Sturm im Wasserfassel Solche klägliche Handel beschäftigt die akademische Jugend.

Telegraphische Depeschen.

Privattelegramme der Leipziger Volkszeitung.

m. Dortmund, 20. März. Auf Beche Kaiserstuhl verbrannten infolge zu frühzeitigen Explodierens einer Dynamitmenge drei Arbeiter. Der eine verstarb alsbald, die beiden anderen sind tödtlich verletzt. Außerdem haben noch zwei andere Bergleute das Augenlicht völlig verloren.

Wolffs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Paris, 20. März. Eine Note der Agence Havas besagt, die Erklärung Curzons im englischen Unterhause hinsichtlich der Unterredung Lord Dufferins mit dem französischen Minister des Auswärtigen Berthelot bezüglich der in der französischen Presse vom 17. ds. Mis. veröffentlichten Note über den Plan einer Expedition nach Dongola sei auf Grund eines Irrtums erfolgt. Berthelot habe lediglich erklärt, diese Mitteilung hätte keinen offiziellen Charakter gehabt. Die französische Regierung habe ihre Ansichten über die Absicht der englischen Regierung durch ein offizielles Schreiben und durch Erklärungen in der Deputiertenkammer zu erkennen gegeben.

Briefkasten der Redaktion.

G. L., Connewitz. 1. Ja. 2. Seit etwa Jahresfrist. Doch liegen die elektrischen Linien an der Peripherie der Stadt. G. W. 1. Bei einem Mietzins von 150 Mk. und mehr gilt halbjährige Kündigung. Wenn nicht etwa vierteljährige Kündigung vereinbart war, brauchen Sie erst am 1. Oktober zu zahlen. 2. Nur wenn das ausgemacht war. Der Hauswirt haftet aber für eventuell entstehenden Schaden. G. Sch., Meuditz. Wenden Sie sich an den Arbeiterverein Leipzig, Georgenstr. 20, Hof I. Sie finden dort eine gute Bibliothek mit zweckmäßiger Auswahl sozialwissenschaftlicher Schriften. Abends 8 Uhr. H. D., Goldhahngraben. Das ist seit 1890 wohl jedes Jahr der Fall gewesen. Wenn Sie die einzelnen Daten nachschlagen wollen, unsere Jahrgänge zeigen Ihnen in unserer Expedition zur Verfügung. Ein Arbeiter. Der Bau wird in kürzester Frist in Angriff genommen.

Auskunft in Rechtsfragen.

4950 Th. 1. In Leipzig. 2. Nein, er kann das ganze fordern. 3. Die Schuld ist aber verjährt, wenn seit 1891 weder eine Abzahlung noch sonst ein mündliches oder schriftliches Schuldanerkenntnis erfolgt ist, vorausgesetzt, daß es sich nicht etwa um Waren zu einem Gewerbebetrieb, sondern zum persönlichen Gebrauch gehandelt hat. 4. Durch eine jetzt erfolgende Abschlagszahlung wird die Schuld von neuem anerkannt, wodurch die Verjährung in Wegfall kommt. W., GutsMuth. Wir halten die vorzeitige Kündigung für völlig ungerechtfertigt. Sie müssen event. auf Einhaltung des Vertrages klagen.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Freitag den 20. März: 78. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot). Margarete. Oper in 4 Akten nach Goethe von Julius Barbier und Michel Carré. Musik von G. Bounob. Regie: Oberregisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Panzer. Faust Hr. de Brach Mephistopheles Hr. Wittkopf Valentin Hr. Demuth Wanda Hr. Reibel Margarete Fr. Kerne Siebel Fr. Bauer Martha Fr. Bauer * * * Margarete — Fr. Calm, als erster theatralischer Versuch. Nach dem 2. und 3. Akt finden längere Pausen statt. Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. Opern-Preise. Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10 (Sonn- u. Festtage von 10/2) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Ausgeld von 30 Pfg.) von 1-3 Uhr. Spielplan: Sonnabend: Die Mäurer. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Freitag den 20. März.

Ein Hadenwater.

Schwank in 3 Akten von Hans Fischer und Joseph Jarno. Regie: Ober-Regisseur Grünberger.

Cast list for 'Ein Hadenwater' including names like Wilhelm Neundorff, Bauunternehmer, and Dr. Ernst Müller.

Vorher:

Fräulein Wittwe.

Lustspiel in 1 Akt von Ludwig Fulda. Regie: Ober-Regisseur Grünberger.

Cast list for 'Fräulein Wittwe' including names like Emilie Reichard, Dr. Albert Funt, and Frau Abdallah.

Freitag den 20. März. Nach dem 1. Akt und dem 2. Akt des 2. Stückes finden längere Pausen statt.

Einlass 7/7 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende 9/10 Uhr. Gew. Preise. S. 10 bis 8 Uhr. Vorverkauf f. d. nächst. Tag (m. Ausg. v. 30 Pf.) v. 1-8 Uhr. Spielplan: Sonnabend: Das goldene Kreuz. Anfang 7/8 Uhr.

Küchenzettel der Köchlichen Speiseanstalten.

Sonnabend: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Rindfleisch mit Nudeln. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Kartoffelbrei mit frischer Butter.

Veranstaltungskalender.

Freitag: Vögel, Kranen- und Eierböden der Metallarbeiter. (Mittag 12 Uhr.) Café National, Markt-Deine-Str. 71. Abends 8 Uhr. T. D.: 1. Delegierten-Versammlung. 2. Verschiebung.

Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 19. März 1896.

Table with columns for 'Erzielte Preise per 50 kg in Markt für', 'Gewicht', and 'Zahl'. Lists prices for various types of livestock like calves, pigs, and sheep.

Der Geschäftsgang war schleppend. Anmerkung: * Mastfärb bis 45 Mark. Das Schlachtgewicht bei Rindern wird mit Takulieren berechnet. Die Schweine werden gehandelt mit 20 kg Tara.

Large advertisement for 'Ausverkauf!' (Mass Sale) at Hotel zum goldenen Sieb, Halesche Str. 3. Features 'Massen-Ausverkauf fertiger Herren- und Knaben-Garderobe' with detailed price lists for various clothing items.

Various small advertisements including 'Vermischte Anzeigen', 'Tüchtige Zwickler', and 'Eine gute Kapelle'.

Advertisements for 'Konzert und Ball' and 'Warnung!' (Warning) regarding a lost item or document.

Advertisement for 'Geschäfts-Eröffnung' (Business Opening) at 'L.-Kleinzschocher Warenhaus' and 'A. Lobsenzer Warenhaus' on Plagwitzer Straße 54B.

Damen- und Kinderhüte advertisement describing various styles of hats and their prices.

Fleischpreise (Meat Prices) listing prices for different types of meat like pork, beef, and lamb.

Advertisement for a 'Verkäuferin' (Saleswoman) in the consumer association.

Käufe und Verkäufe (Buys and Sales) listing various items for sale or purchase.

Table listing prices for various types of meat (Hindfleisch, Schweinefleisch, etc.) and their weights.

Advertisement for 'Käufe und Verkäufe' (Buys and Sales) with specific details on items and prices.

Table listing prices for various types of meat (Hindfleisch, Schweinefleisch, etc.) and their weights.

Advertisement for 'Käufe und Verkäufe' (Buys and Sales) with specific details on items and prices.

Advertisements for 'Wohnungsanzeigen' (Real Estate) and 'Familienanzeigen' (Family Notices).

Advertisements for 'Todesanzeigen' (Obituaries) and 'Todes-Anzeige' (Death Notice).

Obituary notice for August Müller, mentioning his death and funeral arrangements.

Obituary notice for August Müller, mentioning his death and funeral arrangements.

Obituary notice for August Müller, mentioning his death and funeral arrangements.